

Linkspartei protestiert gegen Beobachtung durch den Verfassungsschutz



Caren Lay: Nach Ansicht der Linkenpolitikerin wird der Verfassungsschutz für „parteipolitische Zwecke mißbraucht“

Foto: Barbara Dietl

BERLIN. Die Linkspartei hat gegen ihre Erwähnung im Bundesverfassungsschutzbericht protestiert. „Der Verfassungsschutz wird nach wie vor für parteipolitische Zwecke mißbraucht“, kritisierte die Bundesgeschäftsführerin der Partei, Caren Lay.

Der Inlandsgeheimdienst sei bloß der verlängerte Arm der schwarz-gelben Regierungskoalition. „Offensichtlich sollen Menschen, die mit der Linken sympathisieren, stigmatisiert und weiter ausgegrenzt werden“, beklagte Lay. Dies sei 20 Jahre nach der deutschen Einheit für eine Partei, die bereits in 13 Landtagen sitze, „absurd und inakzeptabel“.

Der am Montag von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vorgestellte Verfassungsschutzbericht 2009 hatte der Linkspartei „weiterhin zahlreiche Indikatoren für linksextremistische Bestrebungen“ bescheinigt. Dies liege insbesondere an der uneinheitlichen Haltung gegenüber linksextremistischer Gewalt und der Akzeptanz von offen extremistischen Zusammenschlüssen in ihren Reihen.

„DDR gegen Diffamierung verteidigen“

Zu diesen gehören offenbar auch die „Kommunistische Plattform“, die „Sozialistische Linke“, die „Arbeitsgemeinschaft Cuba Si“ sowie das „Marxistische Forum“. Letzteres verwahrte sich im Januar 2009 in der hauseigenen Schriftenreihe *Marxistisches Forum* gegen die „Diffamierung der

DDR als Unrechtsstaat“ und gegen die „seit langem betriebene sprachliche Manipulation mit Ausdrücken wie ‘ehemalige’ DDR statt DDR“ und „‘Marktwirtschaft’ statt Kapitalismus“.

Vielmehr müsse man die DDR verteidigen, „als legitimen, in vieler Hinsicht erfolgreichen Versuch“, eine neue Gesellschaft ohne „Ausbeutung, ohne Superreiche, Arbeitslosigkeit, Wolfsmoral, Bildungsprivilegien und Kriegsgelüste“ zu gestalten. (krk)

Aus JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. www.jungefreiheit.de 26/09 19. Juni 2009

Das Unterwanderungs-Netzwerk der Linken

Die Linkspartei gibt sich den Anschein, eine normale Partei zu sein. Dabei paktiert sie offen mit linksextremen Gruppen.

(JF)

DIE LINKE

Rund die Hälfte aller Deutschen scheint mit der Linkspartei kein Problem zu haben: sie sei eine demokratische Partei wie jede andere auch, so das Ergebnis einer Umfrage. Im Jahr 2007 hielten es 34 Prozent der Befragten für an der Zeit, daß die aus der Fusion von PDS und Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit hervorgegangene Partei auch in westdeutschen Länderparlamenten vertreten sein sollte. Mittlerweile ist dies in Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen Realität.

Sogar der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, meinte in einem Interview, man müsse sich fragen, „ob es noch verhältnismäßig ist, die Linke zu beobachten“. Dabei steht auch für ihn fest, daß es innerhalb dieser Partei noch immer extremistische Bestrebungen gebe, die auf eine Systemüberwindung abzielten. Zu den „offen extremistischen Zusammenschlüssen“ zählt der aktuelle Verfassungsschutzbericht die „Kommunistische Plattform“, die mit über 900 Mitgliedern zugleich die stärkste extremistische Organisation innerhalb der Linkspartei ist. Daneben werden auch der „Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog“, die „Sozialistische Linke“ und das „Marxistische Forum“ genannt.

Die Partei profitiert vom Wandel des Meinungsklimas. Während sie im Osten des Landes längst als Volkspartei gilt, wird sie auch im Westen nicht mehr als Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung, sondern eher als eine politische Kraft für mehr soziale Gerechtigkeit wahrgenommen. Auf der anderen Seite versucht die Linkspartei, möglichst viele außerparlamentarische Bewegungen an sich zu binden. Dabei scheut sie nicht die Zusammenarbeit mit offen extremistisch auftretenden Organisationen. Der Vorsitzende der niedersächsischen Linksfraktion, Manfred Sohn, stellte diesbezüglich fest: „Wenn sich die parlamentarische Tätigkeit mit kräftigen außerparlamentarischen Kämpfen verbindet, dann kann es gelingen, aus der Opposition heraus zu regieren.“ Tatsächlich können von dieser Strategie beide Seiten profitieren: Die außerparlamentarischen Gruppen können auf Geld- und Infrastrukturmittel der Linkspartei zurückgreifen, diese wiederum erhält mehr Aufmerksamkeit, als ihr dem tatsächlichen parlamentarischen Gewicht gemäß zukäme.

Ein herausragendes Beispiel für die Vernetzung der Linkspartei mit Linksextremisten ist die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Sie hat im März dazu aufgerufen, Informationsveranstaltungen der Bundeswehr zu stören. Ihre Bereitschaft, mit Linksextremisten zusammenzuarbeiten, drückte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion unverhohlen aus,

indem sie die von ihr im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage ermittelten Termine „Friedens- und Antifa-Gruppen zur Verfügung“ stellt. Diese sollten dann „mit Phantasie und Entschlossenheit“ gegen die „Militärpropaganda“ vorgehen, so Jelpke.

14 Parlamentsfraktionen

244 Mandatsträger

76.000 Mitglieder

23 Millionen Euro Reinvermögen (2007)

Linksjugend „Solid“

Der Jugendverband der Linkspartei propagiert offen das Ziel einer „Systemüberwindung“, die nicht nur auf demokratischem Weg, sondern auch mit den Methoden des Klassenkampfes herbeigeführt werden soll: „Es gilt: glaubhaft und schlüssig den roten Faden ‘Für Verbesserungen streiten und für den Systemwechsel kämpfen’ rüberzubringen und gleichzeitig zu erklären, warum es sinnvoll / nötig ist, sich zu organisieren sowie sein Kreuzchen an der richtigen Stelle zu machen.

Dies müßte die eine Seite einer solchen Kampagne sein. Die andere muß der Situation Rechnung tragen, daß nicht alle im Verband Wahlkampf im eigentlich Sinne machen wollen, sondern ihren Schwerpunkt bewußt auf soziale Bewegungen und die im kommenden Jahr voraussichtlich stattfindenden Kämpfe legen wollen“, so eine Stellungnahme des Berliner Verbandes. Zu den erwähnten Kämpfen gehörten im vergangenen Jahr zum Beispiel die gewaltsamen Proteste gegen den Nato-Gipfel in Straßburg und Baden-Baden.

„Solid“ und die Hannoveraner Stadtratsfraktion der Linkspartei beteiligten sich auch an einer „Antimilitaristischen Aktion“, mit der das traditionelle Sommerfest der Bundeswehr zum wiederholten Mal gestört wurde. Bündnispartner waren die DKP Hannover sowie die linksextremistische „Alerta Hannover“ und die DKP-nahe Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ).

Im Internet verweist „Solid“ auch auf die Seiten der „Interventionistischen Linken“ (IL), auf das linksextreme Nachrichtenportal Indymedia sowie „Antifa.de“.

Der „Interventionistischen Linken“ gehören laut Verfassungsschutz „Gruppen aus dem autonomen Spektrum“ an. Die IL war 2007 maßgeblich an der Organisation der Proteste gegen den G8-Gipfel beteiligt, bei denen in Rostock es zu heftigen Angriffen eines „Schwarzen Blocks“ auf die Polizei kam und 1.185 Personen vorläufig festgenommen wurden.

Laut einem Sprecher der IL könne Sachbeschädigung „eine legitime Form von Widerstand sein“. Auf der Seite „Antifa.de“ wird zur Solidarisierung mit mutmaßlichen Mitgliedern der terroristischen „Militanten Gruppe“ (mg) aufgerufen, die wegen Brandanschlägen auf Bundeswehr-Fahrzeuge vor Gericht stehen.

Unter anderem heißt es, das „Zerstören von Kriegsgerät ist eine Form der Abrüstung“.

Die Jugendorganisation beteiligt sich am sogenannten „Bundesweiten Bildungstreik“, bei dem unter anderem zu Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten („ziviler Ungehorsam“, „fiktive Banküberfälle“) aufgerufen wird. Die Begründung für solche Zusammenarbeit geht eindeutig aus dem 2008 verabschiedeten Programm des Jugendverbandes hervor: „Nur die außerparlamentarische Bewegung kann reale Veränderungen herbeiführen.“

8.200 „aktive und passive“ Mitglieder

Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband

Der parteinahe Studentenverband untersteht formell der Parteijugend „Solid“. Der SDS beschränkt sich allerdings nicht auf die Hochschulpolitik (etwa durch Bereiligung am sogenannten „Bildungstreik“), sondern plant für Oktober einen Kongreß zum Thema „Make Capitalism History“. Auf seiner Internetseite verweist die SDS-Hochschulgruppe der Berliner Humboldt-Universität auf die von Linksextremisten initiierten „Freiraum-ActionWeeks“, in deren Rahmen es zu zahlreichen Sachbeschädigungen kam.

Im Aufruf dieser Kampagne heißt es: „Das dezentrale ‘Do It Yourself’-Konzept ging auf und ließ die staatlichen Repressionsorgane ohnmächtig dastehen. Durch viele unberechenbare und spontane Aktionen wurde den Bullen kaum Angriffsfläche geboten.“ Weiter fordern die Aktivisten: „Besetzt Häuser und Plätze, verhindert Räumungen, stört die neoliberale Ordnung, holt euch die Stadt zurück!“

Gemeinsam mit der „Antifaschistischen Linken Berlin“ (ALB), die auch zu den Veranstaltern der gewaltsam verlaufenen „Revolutionären 1.Mai-Demonstration“ gehörte, hat der SDS Anfang des Jahres eine Broschüre anlässlich des 90. Jahrestages des Spartakusaufstandes unter dem Titel „Luxemburg und Liebknecht fürs 21. Jahrhundert“ herausgegeben.

Der Bundesverband des SDS wird derzeit ideologisch dominiert von der Gruppierung „Marx21“, einem „Netzwerk von Marxisten“ innerhalb der Linkspartei.

Es ist aus der trotzkistischen Gruppe „Linksruck“ hervorgegangen, der auch die hessische Landtagsabgeordnete und stellvertretende Linken-Fraktionsvorsitzende Janine Wißler entstammt. Laut Bundesverfassungsschutz verfolgte „Linksruck“ die Strategie des „Entrismus“, um durch gezielte Unterwanderung einer Organisation die eigene linksextreme Ideologie zu verbreiten.

60 Hochschulgruppen deutschlandweit

VVN-BdA

Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ist die größte Organisation des linksextremen Antifa-Spektrums. Sie galt bis 1989 als DKP-Vorfeldorganisation und wurde maßgeblich durch die DDR finanziert. Die VVN-BdA lehnt eine Distanzierung vom linksextremen Milieu ab. Immer wieder kommt es bei Veranstaltungen und Demonstrationen zu Bündnissen auch mit gewaltbereiten Antifa-Gruppen.

Der Bundesvorsitzende Heinrich Fink sagte 2006 in einem Interview mit dem ehemaligen FDJ-Organ Junge Welt: „Den Vorwurf, wir seien in welcher Art und Weise auch immer staatstragend,

möchte ich deutlich zurückweisen. Das Gegenteil ist der Fall.“ Fink wurde des weiteren vom ehemaligen Beauftragten für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, vorgeworfen, als „IM Heiner“ für die Stasi gearbeitet zu haben. Neben zahlreichen DKP-Mitglieder gehören auch mehrere Politiker der Linkspartei der VVN-BdA an, so die Bundestagsabgeordneten Dorothee Menzner, Monika Knoch, Eva Bulling-Schröter und Karin Binder. Menzners Sekretärin Regina Girod ist Bundessprecherin der VVN-BdA.

7.500 Mitglieder

Rote Hilfe

Die 1975 gegründete linksextreme Rote Hilfe kümmert sich vorrangig um die finanzielle und juristische Unterstützung von verurteilten Linksextremisten und Terroristen. Zudem unterstützt sie linksextreme Demonstrationen und gibt Tips, wie sich deren Teilnehmer bei einer Verhaftung verhalten sollen. Im Dezember jubelte die Rote Hilfe über die Freilassung des ehemaligen RAF-Terroristen Christian Klar, machte aber deutlich, daß für sie der „Kampf gegen die politische Justiz und für die Freiheit der politischen Gefangenen“ noch längst nicht zu Ende sei.

Im Januar 2008 erklärten die Linke-Bundestagabgeordneten Michael Leutert, Sevim Dagdelen, Cornelia Hirsch, die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping sowie die beiden sächsischen Landtagsabgeordneten Julia Bonk und Freya Maria Klinger ihren Eintritt in die linksextreme Vereinigung: „In Zeiten, in denen Teile der Exekutive linkes Engagement kriminalisieren“, sei diese Unterstützung notwendig.

Der niedersächsische Abgeordnete Patrick Humke-Focks ist ebenfalls Mitglied. Die hessische Landtagsfraktion beauftragte die Organisation im Juli 2008 mit einer Stellungnahme zur Änderung des hessischen Polizeigesetzes.

5.000 Mitglieder

Foto: Katja Kipping

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) ist der parteinahe Bildungsträger der Linkspartei. Sie fühlt sich der „Radikalität“ verpflichtet, mit der ihre Namensgeberin auf der „Verbindung von politischer Freiheit und sozialer Gleichheit“ bestand. Sie erhält finanzielle Mittel von den Bundesministerien für Inneres, Bildung, Entwicklungshilfe sowie vom Auswärtigen Amt und dem Deutschen Bundestag. Außer Stipendien vergibt die RLS auch Geld an zahlreiche linke und linksextreme Projekte. So erhält der Berliner Landesverband der VVN-BdA (s. u.) in diesem Jahr 5.000 und der linksradikale Unrast-Verlag 1.500 Euro. Auch die Initiative „Kein Bock auf Nazis“ wird mit 1.200 Euro unterstützt. Dort findet sich die Stiftung in einer Reihe mit weiteren Sponsoren, wie dem „Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabitz)“ oder „mob action“, einer Kleidermarke, die sich mit ihren Produkten (schwarzer Pullover mit angenähter Sturmhaube) gezielt an das linksextreme Lager wendet. Des weiteren förderte die RLS bis 2008 das Internetportal „Linksnet“ jährlich mit 7.500 Euro. Domain-Inhaber dieser Seite ist Rainer Rilling, ein Mitarbeiter der RLS. Zu den Kooperationspartnern von Linksnet gehören verschiedene linksradikale und linksextreme Zeitschriften, wie die Marxistischen Blätter, die Sozialistische Zeitung, Graswurzelrevolution oder Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung.

Seit einigen Jahren veranstaltet die RSL zudem die „Linke Medienakademie“, zu deren Partnern seit diesem Jahr auch die Tageszeitung und das Neue Deutschland gehören. Diese

Medienakademie will nach eigenen Angaben dazu beitragen, daß ein echter (rot-rot-grüner) Politikwechsel Wirklichkeit wird. Aufgabe der „Medienmacher“ sei es, dafür zu sorgen, daß aus rechnerischen Mehrheiten auf Landes- und Bundesebene tatsächliche werden. Dieses Ziel ließ sich die RLS in diesem Jahr ganze 14.000 Euro kosten. 2007 unterstützte sie zudem die „Schreibwerkstatt für junge AntifaschistInnen“, die vom „Verein zur Förderung politischer Bildung und Information“ in Zusammenarbeit mit dem linksextremen Szeneblatt Der Rechte Rand veranstaltet wurde.

Auch die einzelnen Landesverbände der Stiftung scheuen nicht vor der Zusammenarbeit mit Linksextremisten zurück. So kündigt die RLS Mecklenburg-Vorpommern für den 7. Juli eine Veranstaltung mit dem VVN-BdA-Bundesvorsitzenden Heinrich Fink an. In Niedersachsen veranstaltete die RLS am 3. Juni dieses Jahres gemeinsam mit der linksextremen „Redical M“ einen Vortragsabend. Bei dieser handelt es sich um eine Nachfolgeorganisation der „Autonomen Antifa M“, die von der niedersächsischen Generalstaatsanwaltschaft als kriminelle Vereinigung eingestuft wurde. Referent war ein Autor der Szenezeitschrift Phase 2. Diese wird von Linksextremisten zur Vernetzung, beispielsweise dem Verbreiten von Demonstrationsaufrufen, genutzt.

110 Mitarbeiter

Über 17 Millionen Euro öffentliche Zuschüsse pro Jahr (2007)

DKP

Im Januar 2008 konnte die DKP mit Christel Wegner eine Abgeordnete in den niedersächsischen Landtag entsenden – über die offene Wahlliste der Linkspartei. Nach dem Skandal um ihre rechtfertigenden Äußerungen zum Mauerbau distanzierte sich die Linkspartei und schloß Wegner aus der Fraktion aus. Der niedersächsische Parteivorsitzende und Linke-Bundestagsabgeordnete Dieter Dehm wollte jedoch auch künftig weitere offene Listen für seine Partei nicht ausschließen.

Mit dem niedersächsischen Fraktionsvorsitzenden Manfred Sohn und dem rechtspolitischen Sprecher Henning Adler sind zudem zwei weitere langjährige DKP-Funktionäre im Landtag vertreten. Auch der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Klaus-Rainer Rupp gehörte früher der DKP an, genau wie die Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter, Paul Schäfer und Wolfgang Gehrcke. Letzterer zählt sogar zu den Gründungsmitgliedern dieser Partei und war bis 1983 Mitglied des Bundesvorstandes, zeitweise sogar des Präsidiums.

Daneben gehört Gehrcke, der 1961 in die verbotene KPD eingetreten war, auch zu den Gründungsmitgliedern der nach wie vor eng mit der DKP verknüpften linksextremen Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ).

4.200 Mitglieder

Antifa

Die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der Linkspartei und linksextremen „Antifaschisten“ geriet im Zusammenhang mit der „Revolutionären 1.Mai-Demonstration“ dieses Jahr in die Schlagzeilen (440 verletzte Polizisten). Sie war von Kirill Jermak, Linkspartei-Bezirksverordneter

in Berlin-Lichtenberg, angemeldet worden. Auch der niedersächsische Linkspartei-Abgeordnete Patrick Humke-Focks trat immer wieder als Anmelder linksextremer Demonstrationen der gewaltbereiten „Antifaschistischen Linke International“ hervor (September und November 2008). Im Januar dieses Jahres verlor er seine Immunität, da er während einer Demonstration vor dem Landtag einen Polizisten geschlagen haben soll. Im Mai 2007 führte der sächsische Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Michael Leutert eine Antifa-Demonstration in Mittweida an, bei der laut Polizei auch gewaltbereite Linksextremisten mitmarschierten. Am 19. Januar 2008 meldete die Linke-Bundestagsabgeordnete Dorothee Menzner eine Demonstration in Bad Lauterberg an, an der zahlreiche sogenannte „Autonome“ teilnahmen. Bei ihnen fand die Polizei Vermummungsgegenstände, Baseballschläger, Schlagstöcke und Knallkörper.

6.300 gewaltbereite Linksextremisten in Deutschland

Foto: P. Humke-Focks

Wortführer des linken Netzes

Ulla Jelpke: Mitherausgeberin der linksextremen „Antifaschistischen Nachrichten“

Wolfgang Gehrcke: Der außenpolitische Sprecher war Gründungsmitglied der DKP

Sahra Wagenknecht: Linke-Vorstandsmitglied für die „Kommunistische Plattform“

Dieter Dehm: Ebnete Mitgliedern der linksextremen DKP den Weg in den Landtag

Foto: Linksextreme Demonstranten mit Fahnen, Transparenten und Plakaten während der Berliner Liebkecht-Luxemburg-Demo auf dem Weg zur Gedenkstätte der Sozialisten (Januar 2009): Schulterschuß mit der Linkspartei

Verfassungsschutz sieht keine Anzeichen für neuen Terrorismus



Linksextremisten sind auf dem Vormarsch Foto: JF

BERLIN. Trotz des deutlichen Anstiegs linksextremistischer Gewalttaten droht nach Ansicht von Bundesinnenministerium und Verfassungsschutz derzeit kein neuer Terrorismus von Links. „Die Schwelle ist sichtbar, aber nicht erreicht“, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, am Montag bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2009.

Nach Angaben des Verfassungsschutzes hat sich die Zahl der linksextremistischen Gewaltdelikte von rund 700 im Jahr 2008 auf 1.100 im vergangenen Jahr erhöht. Der linksextremistischen Szene werden mittlerweile 6.600 gewaltbereite Personen zugerechnet. Fast verdoppelt hat sich 2009 die Zahl der Brandstiftungen, die Zahl der Körperverletzungsdelikte stieg um 40 Prozent an. 2009 habe es zudem sieben versuchte Tötungsdelikte gegeben, davon vier gegen Polizisten. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) forderte angesichts des deutlichen Anstiegs linksextremistischer Gewalttaten erneut eine deutliche Trennlinie zum Linksextremismus.

„Selbstdistanzierung steht noch aus“

Mit Blick auf Demonstrationen, bei denen Linksextremisten gemeinsam mit Vertretern demokratischer Organisationen auftreten, erwarte er, daß es bei diesen Gelegenheiten keinerlei Absprachen oder gemeinsame Flugblätter mit Extremisten gebe, sagte der Minister.

Auch dürften friedliche Demonstranten nicht zulassen, daß sich Gewalttäter unter sie mischten. Sollte es zu Übergriffen kommen, müßten sich die friedlichen Demonstranten umgehend von der Veranstaltung entfernen und distanzieren.

Es sei in der Vergangenheit sehr gut gelungen, zu verhindern, daß Rechtsextremisten friedliche Demonstrationen für ihre Zwecke mißbrauchen konnten. Die Zivilgesellschaft müsse nun auch mit Blick auf den Linksextremismus klare Absprachen treffen. „Diese Selbstdistanzierung steht noch aus“, sagte der Minister.

Unterstützung erhielt der Innenminister von der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Es herrsche leider bis in linksliberale bürgerliche Kreise hinein die Tendenz, linke Gewalt zu verharmlosen, beklagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut. „Es ist dringend notwendig, gegen gewaltbereiten Linksextremismus ebenso breite Bündnisse zu schmieden, wie das gegen die rechte Szene der Fall ist.“

Wirtschaftsspionage nimmt zu

Beim Rechtsextremismus hat der Verfassungsschutz dagegen „zum wiederholten Male“ einen Rückgang des Personenpotentials festgestellt. Auch die Mitgliederzahlen der Parteien gingen zurück. Dennoch könne sich beispielsweise die NPD auf kommunaler Ebene insbesondere in den östlichen Bundesländern weiter etablieren. Als besorgniserregend bezeichnete de Maizière die deutliche Zunahme der Gewaltbereitschaft bei den „Autonomen Nationalisten“.

Einen weiteren Schwerpunkt des Verfassungsschutzberichtes bildet die Wirtschaftsspionage, die laut de Maizière „in erheblichem Maße“ an Bedeutung gewonnen habe. Zugenommen habe dabei vor allem die Ausspähung des Datenaustauschs über das Internet.

Auch die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus bleibe eine vorrangige Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Insbesondere vor der Bundestagswahl habe es deutschlandbezogene

Propaganda islamistisch-terroristischer Gruppierungen „in bisher nie gekannter Weise“ gegeben.
(ms)



Das Thema Linksextremismus wurde in Deutschland lange vernachlässigt und verharmlost. Gewaltbereite, demokratie- und staatsfeindliche Gruppierungen wurden als „Antifaschisten“ oder „alternative Jugendgruppen“ verharmlost.

Ignoriert wurde dabei, daß durch diese Verharmlosung die linksextremistische Gewalt stetig anstieg. So wurden in den vergangenen Monaten in Berlin, Hamburg und anderen Städten Hunderte Autos angezündet, Anschläge auf Wohnhäuser von Politikern verübt und Polizisten brutal angegriffen. Mittlerweile jedoch scheint sich der Wind allmählich zu drehen und Politik und Gesellschaft beginnen darüber nachzudenken, wie dem Problem des Linksextremismus begegnet werden kann.

Das folgende Dossier soll mit einer Auswahl von Artikeln aus der JUNGEN FREIHEIT über linksextreme Netzwerke, deren Protagonisten sowie deren Arbeitsweise aufklären.

Linksextremismus: Die verdrängte Gefahr

Von Felix Krautkrämer



Brennendes Auto in Berlin (2008) Foto: Flickr/ReclaBox

Brennende Autos in Berlin, Hamburg und Leipzig. Farbanschläge auf Wirtschaftsgebäude, Staatsanwaltschaften, Arbeitsämter und Wohnhäuser von Politikern. Verletzte Polizisten, zerstörte Schaufenster und bedrohte Journalisten. Die Spur der Gewalt, die Linksextremisten seit

Jahren quer durch die Republik ziehen, ist längst nicht mehr zu übersehen. Deutschlandweit stieg die Zahl der linken Gewalttaten im vergangenen Jahr um fast 55 Prozent, in der Hauptstadt sogar um 144 Prozent.

Dort rüstet sich nun auch wieder der „schwarze Block“ für die jährlichen Krawalle rund um den 1. Mai. Zahlreiche Linksextremisten wollen an diesem Tag „für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus“ und eine „klassenlose Gesellschaft“ demonstrieren. Da Innensenator Ehrhart Körting (SPD) angekündigt hat, konsequent gegen Randalierer vorzugehen, drohen linksextreme Gruppen unverhohlen mit Gewalt. Man werde dem „SPD-Senat am 1. Mai die Steine ins Gesicht werfen“, kündigte eine „autonome Gruppe“ an.

Nun rächen sich der jahrelange laxer Umgang mit linken Gewalttätern und die ewige Zurückhaltung gegenüber sozial-revolutionär daherkommenden Kräften, die nichts anderes im Sinn haben, als den bestehenden Staat zu zerstören. Offenbar hat man vergessen, wie der Terror der RAF begann. Am Anfang standen Brandanschläge, aus denen sich eine tödliche Spirale der Gewalt entwickelte.

Haß auf „das kapitalistische System“

Es sollte zu denken geben, wenn die Gewerkschaft der Polizei für den 1. Mai mit Hunderten von Verletzten rechnet und auch nicht mehr ausschließen will, daß es sogar zu Toten kommen könnte. Angesichts der skrupellosen Vorgehensweise der linksextremen Szene in den vergangenen Monaten haben solche Warnungen durchaus ihre Berechtigung. Erinnerung sei an den brutalen Angriff auf eine Polizeiwache in Hamburg Ende vergangenen Jahres oder die Anschläge mit Brandbomben auf mehrere Gebäude in Berlin, darunter das Haus der Wirtschaft.

Doch während Linksextremisten immer gezielter den Staat angreifen und dabei auch den Tod von Polizisten in Kauf nehmen, entscheidet ein Berliner Gericht, daß Steine und Flaschen, mit denen die Beamten oftmals attackiert werden, nicht ohne weiteres als Waffen gewertet werden können. Eine Verurteilung der Täter wegen besonders schweren Landfriedensbruchs ist so kaum noch möglich.

Solche Entscheidungen offenbaren nicht nur die Hilflosigkeit der Behörden, sondern auch deren Unlust, dem Treiben der Linksextremisten wirksam entgegenzutreten. Ungestört können in Berlin, Hamburg und anderswo sogenannte „Autonome“ in ihren Szenetreffen Haß gegen „das kapitalistische System“ verbreiten und zur gewaltsamen Revolution aufrufen. Nicht selten erfreuen sie sich dabei auch noch finanzieller Unterstützung durch den Staat.

Überhaupt genießt das linksextreme Lager trotz aller Gewalt immer noch erhebliche Sympathie seitens der Politik, und das nicht nur in den Reihen der Linkspartei. Ob die Mitgliedschaft der SPD-Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug in einer linksextremistischen Vereinigung, das öffentliche Aufrufen zur Begehung von Straftaten durch Abgeordnete der Grünen oder ein

gemeinsames Bündnis zwischen CDU-Politikern und der militanten Antifa während einer Anti-Rechts-Demonstration: Stets können sich linksextreme Organisationen der Unterstützung durch etablierte Politiker und Parteien sicher sein.

Da verwundert es auch nicht, wenn Polizisten beim Vorgehen gegen die linksextreme Szene von ihren mit Parteibuch ausgestatteten Vorgesetzten ausgebremst werden. Allein der Hinweis auf begangene Straftaten führt häufig schon zu reflexartiger Empörung. In Bayern verstieg sich unlängst die SPD zu der Behauptung, der Verfassungsschutz verharmlose die Gefahr des Rechtsextremismus, nachdem das Amt vermeldet hatte, daß es im Freistaat im vergangenen Jahr weniger rechtsextreme als linksextreme Gewalttaten gab.

Von solchen Vorwürfen kann auch Familienministerin Kristina Schröder ein Lied singen. Nachdem die CDU-Politikerin angekündigt hatte, staatliche Gelder im Kampf gegen den Linksextremismus zur Verfügung zu stellen, bliesen Opposition und diverse Medien zur Attacke. Die Ministerin verharmlose rechtsextreme Gewalt und kriminalisiere antifaschistisches Engagement, hieß es. Ihr Kampf gegen den Linksextremismus sei „ideologisch verblindet“. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraction im Bundestag, Ulla Jelpke, warf Schröder sogar vor, als „Weißwäscher des braunen Sumpfes“ zu fungieren und „neofaschistische Diskurse Mainstream-tauglich“ zu machen.

Es braucht eine rigorose Kurskorrektur

Was angesichts von Jelpkes Verbindungen zum linksextremen Milieu an Heuchelei kaum noch zu überbieten ist, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung nur als logische Konsequenz eines seit zehn Jahren andauernden „Kampfes gegen Rechts“, bei dem sich der Staat durch eine falsche Bündnispolitik seine eigenen Feinde noch herangezüchtet hat. Schließlich galt bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus bislang nahezu jedes Mittel als gerechtfertigt.

Wohlwollend wurde über Ausschreitungen bei linksextremen Demonstrationen hinweggesehen und statt dessen deren angeblich hehres Anliegen hervorgehoben. Fein säuberlich wurde zwischen der Gewalt gegen Personen und der Gewalt gegen Sachen getrennt, für letztere nicht selten noch Verständnis aufgebracht.

Hier bedarf es einer rigorosen Kurskorrektur. Politik und Gesellschaft müssen sich endlich von der Idee verabschieden, das Problem des Linksextremismus würde sich durch warme Worte, Samthandschuhe und Alimentierungen von selbst erledigen. Eine erste Gelegenheit hierfür bietet sich an diesem Wochenende. Der Staat kann zeigen, ob er gewillt ist, sein Gewaltmonopol zu verteidigen und damit ein längst überfälliges Zeichen zu setzen – oder ob er einmal mehr vor einer vergleichsweise kleinen radikalen Minderheit kapituliert und damit in Kauf nimmt, daß diese an Stärke gewinnt.

Chronik linker Gewalt



Linke Gewalt hat stark zugenommen Foto: Pixelio/A.Dreher

Innenexperten und Sicherheitsbehörden beklagen derzeit einen extremen Anstieg linker Gewalt. Deutschlandweit nahmen die linksmotivierten Gewalttaten 2009 im Vergleich zum Vorjahr um annähernd 55 Prozent zu, in der Hauptstadt sogar um 144 Prozent. Die folgende (unvollständige) Aufstellung soll einige exemplarische Fälle linksextremer Gewalt der vergangenen Monaten aufzeigen.

30. März 2009: *Vermummte Täter dringen am hellichten Tag in das Verlagsgebäude des Berliner Kuriers ein*, verwüsten die Redaktionsräume und zerstören Rechner und Mobiliar. Kurz zuvor hatte das Blatt über mögliche Ausschreitungen bei einer bevorstehenden Demonstration von Linksextremisten berichtet.

13. April 2009: *Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf die Bundeswehr in Dresden*. 42 Fahrzeuge werden zerstört, es entsteht ein Schaden von rund drei Millionen Euro.

1. Mai 2009: *In Berlin werden bei Demonstrationen 479 Polizisten verletzt*. Das Vorgehen der Randalierer ist äußerst brutal. Neben Steinen und Flaschen werden die Beamten auch mit Molotowcocktails angegriffen. Auch in Hamburg und Ulm kommt es zu schweren Ausschreitungen.

11. Juni 2009: *Bei einem Brandanschlag in Berlin werden sieben Fahrzeuge der Post-Tochter DHL zerstört*. Der Logistiker ist im Visier von Linksextremisten, da er auch Transportaufgaben für die Bundeswehr übernimmt.

17. Juni 2009: In Berlin werden zehn Fahrzeuge einer Firma, die Kitas und Schulen mit Essen beliefert, in Brand gesteckt. Es entsteht ein Schaden von über hunderttausend Euro. Die Polizei vermutet einen Zusammenhang mit den sogenannten linksextremistischen „Action Weeks“.

18. Juni 2009: Vor dem Haus des innenpolitischen Sprechers der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Robbin Juhnke, werden zwei Fahrzeuge in Brand gesteckt. In Bekennerschreiben heißt es, man habe die Autos „flambiert“, da Juhnke „ein Rechtsaußen-Hardliner der CDU“ sei und gegen Linke hetze.

Juli 2009: Linksextremisten rufen dazu auf, Bundeswehrsoldaten „anzupöbeln und anzugreifen“ und deren Fahrzeuge zu zerstören. Unter anderem heißt es in dem Aufruf: „Nicht zögern. Reinhauen. Und zwar richtig.“

2. Juli 2009: In Hamburg werden neun Fahrzeuge in Brand gesteckt, darunter drei Autos der Post.

4. /5. Juli 2009: Beim „Schanzenfest“ in Hamburg liefern sich rund tausend Linksextremisten heftigste Auseinandersetzungen mit der Polizei. 50 Beamte werden verletzt, 27 davon so schwer, daß sie ihren Dienst nicht fortsetzen können. Ein Streifenwagen wird in Brand gesteckt. Die Polizei muß Wasserwerfer und Schlagstöcke einsetzen.

27. Juli 2009: Linksextremisten besetzen die Geschäftsstelle des Grünen-Kreisverbandes im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, um gegen die Verhaftung einer mutmaßlichen Brandstifterin zu protestieren.

8. September 2009: In zwei Hamburger Stadtteilen werden zeitgleich sechs Fahrzeuge in Brand gesteckt.

12. September 2009: Bei einer Neuauflage des Schanzenfestes in Hamburg werden 30 Polizisten verletzt, Schaufenster eingeschlagen, Geschäfte geplündert und Barrikaden angesteckt. Rund 200 Vermummte greifen eine Polizeiwache an.

Oktober 2009: Linksextremisten drohen einem Berliner Staatsanwalt mit dem Tod. Der Jurist ist der Anklagevertreter in einem Verfahren gegen zwei Berliner Schüler, denen vorgeworfen wird,

bei den Ausschreitungen am 1. Mai einen Molotowcocktail geworfen und dabei eine Frau schwer verletzt zu haben.

7. Oktober 2009: Unbekannte verüben in Hamburg Anschläge auf die Häuser zweier Senatoren.

Die Täter bewerfen die Tür des Hauses von Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) mit Farbflaschen und Steinen. Ein neben dem Haus geparktes Auto wird in Brand gesteckt. Zeitgleich werden die Fensterscheiben des Hauses von Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach (CDU) eingeworfen.

28. Oktober 2009: In Hamburg werden zwanzig Fahrzeuge in Brand gesteckt.

4. Dezember 2009: In Hamburg zünden Vermummte im Stadtteil St. Pauli zwei Streifenwagen vor einer Polizeiwache an. Die aus dem Gebäude eilenden Beamten werden mit Steinen beworfen. Zeitgleich werden auf dem Gelände des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zwei Fahrzeuge des Zolls in Brand gesteckt. Ebenfalls zur gleichen Zeit greifen Unbekannte ein Gebäude des Bundeskriminalamtes in Berlin an.

Januar 2010: Laut Polizei wurden 2009 in Berlin 296 Fahrzeuge durch vermutlich politisch motivierte Brandanschläge beschädigt beziehungsweise zerstört.

22. Januar 2010: Unbekannte verüben auf die Ausländerbehörde in Göttingen einen Anschlag mit einer Brandbombe. Ein Mitarbeiter der Behörde wird verletzt.

2. Februar 2010: In Leipzig drohen Linksextremisten auf einer Internetseite, Polizisten zu erschießen, und bekennen sich zu einem Brandanschlag auf einen Sattelschlepper, auf dem sich zwei neue Streifenwagen befanden.

5. Februar 2010: Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf das Berliner Haus der Wirtschaft. Wie schon bei Anschlägen zuvor, verwenden die Täter selbstgebaute Brandbomben aus Gaskartuschen. Die Bauanleitungen hierzu werden im Internet verbreitet.

6. April 2010: Unbekannte setzen im Hamburger Stadtteil Groß Flottbek zehn Fahrzeuge in Brand. Einen Tag zuvor waren im Stadtteil Harvestehude sechs Autos angezündet worden. Da kein Bekenner schreiben vorliegt, geht die Polizei nicht von einem politischen Tathintergrund aus.

18. April 2010: Im nordrhein-westfälischen Drensteinfurt werden acht Postfahrzeuge durch Feuer zerstört und vier weitere beschädigt. Der Schaden beläuft sich auf etwa 150.000 Euro. Bei einer Zeitung gehen Bekennerschreiben ein, die auf linksextreme Täter schließen lassen.

1. Mai 2010: In Berlin und Hamburg kommt es rund um den 1. Mai wieder zu Ausschreitungen. Zahlreiche Polizisten werden verletzt. (JF)

„Kampf gegen Rechts“

Die Neue Mitte wird denunziert

Die Neue Mitte wird denunziert

Kampagne: Der "Kampf gegen Rechts" zielt auf das bürgerliche Lager
Michael Wiesberg

Wer die laufende Debatte zum Thema "Kampf gegen Rechts" aufmerksam verfolgt, dem wird nicht entgangen sein, daß diese in den letzten Wochen eine neue "Qualität" erreicht hat. Mehr und mehr macht der Begriff "Extremismus der Mitte" bzw. "Rassismus der Mitte" Karriere. So erklärte zum Beispiel die Fraktionssprecherin von Bündnis90/Die Grünen im Bundestag, Kerstin Müller, mit Blick auf die Unionsparteien vor kurzem, diese schürten mit ihrer Haltung zur Einwanderung "extremistische Bestrebungen". Müller, laut dem Wochenmagazin Focus 36/97 eine "frühere trotzkistische Predigerin der Weltrevolution", erklärte kategorisch: "Dieser Rassismus aus der Mitte ist der Nährboden für Rechtsradikalismus." (AP, 4. Oktober 2000) Noch deutlicher äußerte sich Müller Ende August dieses Jahres, als sie davon sprach, daß der organisierte Rechtsextremismus nur dann erfolgreich bekämpft werden könne, "wenn wir langfristig auch gegen den Rassismus angehen, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt" (Stuttgarter Nachrichten, 28. August 2000). Müller steht mit ihrem Diktum vom angeblichen "Rassismus" bzw. "Extremismus der Mitte" beileibe nicht alleine. Ähnliches behauptete bereits Anfang des Jahres der derzeitige Präsident des Bundestages, Wolfgang Thierse (SPD), als dieser ausführte, daß der "Rechtsextremismus längst kein Randphänomen der Gesellschaft" mehr sei, sondern "bis weit in ihre Mitte" hineinreiche (Salzburger Nachrichten, 28. Januar 2000). Dieser Hinweis wird in der Regel mit dem Argument verbunden, Unionspolitiker, die sich ja als Politiker der "Mitte" verstehen, seien "Stichwortgeber" "rechtsextremistischer Gewalttäter". So warf der Vorsitzende der bayerischen SPD-Landesgruppe, Ludwig Stiegler, dem CSU-Ministerpräsidenten Edmund Stoiber im Zusammenhang mit dessen Forderung nach einer "nationalen Bevölkerungspolitik" vor, "geistiger Wegbereiter und Stichwortgeber rechtsextremistischer Gewalttäter" zu sein (dpa, 28. August 2000).

Systematisiert vorgetragen wurde dieses Argument bereits im August 1999 vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus durch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus. Diese gaben eine Broschüre mit dem Titel "Zur Übernahme rechtsradikaler Argumente durch Berliner CDU Politiker" heraus. Im Vorwort zu dieser Broschüre, für die u.a. die heutige Bundesvorsitzende der Bündnisgrünen, Renate Künast, verantwortlich zeichnet, steht zu lesen: "Wir dokumentieren, daß führende Christdemokraten rechtsradikales Gedankengut aufnehmen, dies öffentlich darstellen und dadurch selbst ein Teil der rechtslastigen Grundströmung in der

Gesellschaft werden. In diesem Sinne sind sie willige Vollstrecker einer politischen Renaissance rechtsradikalen Gedankenguts".

Ähnliches war bereits im Rahmen der letzten "antifaschistischen" Erregung in Deutschland in den Jahren 1992 bis 1994 zu hören. Damals erklärte zum Beispiel der heutige Umweltminister Jürgen Trittin (Bündnis90/Die Grünen): "Die Rechtsverschiebung ist nicht von verwirrten Glatzköpfen und reaktionären Greisen am rechten Rand der Gesellschaft bewirkt worden. Sie ist im Zentrum der politischen Klasse entwickelt und umgesetzt worden." (FAZ, 14. Dezember 1994)

Ähnlich äußerten sich der sattsam bekannte "Klassenkampfstreber" (Cora Stephan) und, nichtsdestoweniger, öffentlich-rechtliche Rundfunkjournalist Oliver Tolmein (NDR, Deutschlandlandfunk), Bernd Siegler (taz) und Charlotte Wiedemann (Die Woche), als sie von einer "formlosen, selbstverständlichen Übereinkunft" bzw. einem "Pakt" zwischen "den Rechten und der bürgerlichen Mitte" sprachen (FAZ, 14. Dezember 1994).

Neu ist diese Denunzierung der Unionsparteien als treibende Kraft des "Extremismus der Mitte" also keineswegs. Insbesondere die Bündnisgrünen haben sich in der laufenden Kampagne offensichtlich von der PDS, genauer gesagt: von der Kommunistischen Plattform (KPF) in der PDS, inspirieren lassen. So schrieb zum Beispiel im Oktober 1998 Kurt Gossweiler aus Berlin in den "Mitteilungen der KPF", daß ein Berliner Verwaltungsgerichtsurteil gegen die Republikaner von Anfang September 1998 "gerichtsnotorisch" gemacht habe, "wer die eigentlichen Ideen- und Parolenspender der Ausländerhetze der Neonazis" seien: nämlich "führende Repräsentanten der Kanzlerpartei" (meint: der Regierung Kohl, d.V.). Weiter schreibt Gossweiler: "Wer im Treiben der `Rechtsextremen` eine Gefahr für ihren Bestand (gemeint sind die Grundrechte, d.V.) erkennt, der muß sie erst recht im Wirken der führenden Regierungsparteien erkennen."

Diese Argumente zuspitzend, schreibt Dimitri Tsalos in den "Mitteilungen" der KPF vom September 2000, daß der "Hauptträger menschenverachtender Taten", "der Staatsrassismus", "bewußt oder unbewußt" ignoriert werde. Konsequenterweise fordert der Autor: "Laßt uns den Staatsrassismus zerschlagen".

CDU/CSU soll Verantwortung zugeschoben werden

Letztere Äußerungen von Mitgliedern der KPF in der PDS können nicht mit dem Argument relativiert werden, hier handele es sich nur um krude Forderungen von unbelehrbaren Kommunisten. Diese Forderungen sind die logische Konsequenz dessen, was vermeintliche "Demokraten" von Bündnis90/Die Grünen oder aus der SPD mit politisch-korrektem Sprachgestus auch vertreten. Nämlich daß, um die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke zu zitieren, "konservative Stichwortgeber eine Mitverantwortung für das Gedankengut in den Köpfen der Rassisten" trügen (Frankfurter Rundschau, 16. September 2000). Noch offener drückte es die Fraktionsvorsitzende der Grünen im bayerischen Landtag, Ruth Paulig, mit Blick auf die CSU aus: Diese vertrete in ihrer Ausländerpolitik "eine rückwärtsgewandte, unverantwortliche Politik", die rechtem Gedankengut den Boden bereite (Süddeutsche Zeitung, 22. September 2000).

Mit dieser Denunziation mittransportiert wird die Behauptung, die Mitte der deutschen Gesellschaft sei "rassistisch" oder "extremistisch". Mit anderen Worten: Mit der Formel "Extremismus der Mitte" soll die politische Verantwortung für den angeblich steigenden Rechtsextremismus dem "bürgerlichen Lager" und damit insbesondere den Unionsparteien zugeschrieben werden. Der Begriff "Extremismus der Mitte" impliziert nämlich, daß die "politische Mitte durch ihre Politik in den Bereichen Asyl, Ausländer, innere Sicherheit und Soziales selbst für das Aufkommen rechtsextremistischer Parteien und fremdenfeindlicher

Gewalt verantwortlich" sei. Das stellte der Extremismusforscher Armin Pfahl-Traughber in einem Beitrag für die FAZ ("Die Extremisten, die aus der Mitte kommen", 14. Dezember 1994) fest. Absicht sei es zunächst, so führt Pfahl-Traughber weiter aus, "Politik und Staat undifferenziert für das Aufkommen des Rechtsextremismus verantwortlich zu machen."

Daß dies sogar durch amtierende Innenminister eines Bundeslandes geschehen kann, zeigte das Beispiel Herbert Schnoor (SPD), ehemaliger Innenminister von Nordrhein-Westfalen. Dieser wird in dem von Hans-Martin Lohmann herausgegebenen Buch "Extremismus der Mitte" wie folgt zitiert: "Die Ursachen für die gewalttätige Fremdenfeindlichkeit liegen nach Auffassung Schnoors 'mitten in unserer Gesellschaft'. Die Täter 'greifen das auf, was viele denken und sagen, und sie übersteigern dies zu mörderischer Gewalt'."

Der Begriff "Extremismus der Mitte" geht eigentlich auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset zurück, der ihn 1958 entwickelte. Lipset klassifizierte die Wahlerfolge der NSDAP vor allem als Ausfluß eines Mittelklassenextremismus. Seiner Meinung nach erhielten die Nationalsozialisten Zustimmung vorwiegend aus dem liberalen Bürgertum. Jüngere Untersuchungen haben diese These inzwischen falsifiziert. So kam der Politologe Jürgen W. Falter zu dem Ergebnis, daß die NSDAP keineswegs eine reine Mittelstandsbewegung gewesen war, sondern eher eine "Volkspartei mit Mittelstandsbauch". Arbeiten wie die von Falter haben der Karriere des Begriffes "Extremismus der Mitte" keinen Abbruch tun können. Im Gegenteil.

Mehr und mehr ist das ursprünglich soziologische Verständnis des Begriffes "Extremismus der Mitte", das sich auf die soziale Zusammensetzung der Wähler der NSDAP bezog, beiseitegeschoben worden. Laut Pfahl-Traughber ist der "analytische Aspekt des Begriffes 'Extremismus der Mitte' zugunsten des politischen Aspekts aufgegeben worden". Was hiermit gemeint ist, kann zum Beispiel in dem Beitrag des Soziologen Wolfgang Kraushaar in dem angesprochenen Sammelband "Extremismus der Mitte" nachgelesen werden. Bei den rechtsextremistischen "Schlägern und Brandstiftern" handele es sich, so Kraushaar, "um Exponenten einer gesellschaftlichen Normalität". Deswegen lehnt zum Beispiel der Darmstädter Soziologe Michael Th. Greven die Verwendung des Terminus "Rechtsextremismus" ab. Denn eines der wesentlichen Ziele des öffentlichen Redens über "Rechtsextremismus" sei, so Greven, die "Externalisierung sozialer Mitverantwortung".

Übersetzt meint dies nach Pfahl-Traughber, daß Greven den Begriff "Rechtsextremismus" deshalb ablehne, weil er eine "Verschiebung der Ursachen von Fremdenfeindlichkeit durch die politische Mitte hin zur extremen Rechten" ermögliche.

Von hier bis zu der Behauptung, daß der Rassismus in Deutschland systemimmanent sei und die Ausgrenzung von Anders- und Fremdartigen gewollt, ist dann nur noch ein ganz kleiner Schritt. Als Beispiel mag hier der Rassismus-Vorwurf von Wolfgang Thierse (SPD) an den brandenburgischen Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) dienen. Thierse behauptete in einem Brief an Schönbohm, rechtsextreme Gewalttäter erreichten ihre Ziele "mit Billigung offizieller brandenburgischer Stellen" (Süddeutsche Zeitung, 18. September 2000). Es besteht kein qualitativer Unterschied mehr zwischen dieser Behauptung Thierses und der in dem Antifaschistischen Infoblatt, in dem den (damals christdemokratisch-liberalen) "Biedermännern und Brandstiftern" in Bonn vorgeworfen wurde, angesichts der von ihnen verschuldeten "Sozialmisere" Ausländer zu "Sündenböcken" zu machen und zur Ablenkung von ihrer Verantwortung "zu einer altbekannten Waffe: zur rassistischen Demagogie" zu greifen. (Ausgabe 38/97. Zitiert in: "Antifaschismus als Aktionsfeld des Linksextremismus"; Hrsg. Verfassungsschutz Baden-Württemberg.) Beide Behauptungen legen nahe, daß der Rassismus quasi staatlich institutionalisiert ist.

So ist es nur folgerichtig, wenn der bereits angesprochene stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Ludwig Stiegler, feststellt, Teile der Union seien keine Helfer bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern selber ein Teil des Problems (Stuttgarter Nachrichten, 28. August 2000).

Das Linksbündnis hat sich längst formiert

Große Teile der Unionsparteien, die heute den "gemeinsamen Konsens der Demokraten im Kampf gegen Rechts" beschwören, begreifen nicht oder sind unwillig zu begreifen, daß die laufende Kampagne keineswegs nur auf "Rechtsextremisten" zielt, sondern das "bürgerliche Lager" ausdrücklich miteinschließt. Sie begreifen nicht, daß die Hatz gegen Rechts im Kern eine "antifaschistische" Kampagne ist, auf die alle Kriterien zutreffen, die zum Beispiel der Verfassungsschutz Baden-Württemberg linksextremistischer Agitation zurechnet: "Einzelfälle werden ohne Prüfung des Hintergrunds eingereiht in eine vermeintliche Entwicklung bzw. Tendenz. Nach diesem Muster werden Schändungen jüdischer Friedhöfe, Brandanschläge auf Wohnhäuser von Ausländern oder Asylbewerberheimen, das Auftreten von Skinheads ('Nazibanden') auf der Straße zum 'Regelfall' hochstilisiert, wonach 'der faschistische Terror für viele Menschen schon zum 'normalen Zeitgeschehen' gehört." ("Antifaschismus als Aktionsfeld", VS Baden-Württemberg)

Das laufende "antifaschistische" Szenario wurde ironischerweise von dem Leiter des Bereichs Forschung und Berater der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Joachim Veen, gedanklich vorweggenommen. Dieser erklärte am 22. Februar 1999 gegenüber dem Focus: "Das postkommunistische Zeitalter des wiedervereinigten Deutschland wird ein antifaschistisches sein! Wenn der undeutliche Begriff der 'Berliner Republik' neben vagen Assoziationen eine konkrete verfassungspolitisch-normative Dimension haben könnte, dann könnte diese am ehesten in ihrem antifaschistischen, nicht mehr antiextremistischen Charakter liegen." Die Unionsparteien haben bis heute aus dieser Einsicht keine Schlüsse gezogen, sonst würden sie sich in der laufenden Kampagne nicht noch den Stichwortgeber für immer neue repressive Strafverschärfungen abgeben.

Zu einem ähnlichen Ergebnis wie Veen ist übrigens auch der Politologe Arnulf Baring in seinem 1999 erschienenen Buch "Es lebe die Republik, es lebe Deutschland!" gekommen: "Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik erklärte sich (...) wesentlich daraus, daß alle diesen Staat prägenden Parteien von links bis rechts einig waren in der Abwehr rechts- und linksradikaler Kräfte. Dieser Grundkonsens konservativer und progressiver Parteien wird jetzt möglicherweise stillschweigend aufgekündigt durch ein lautlos heraufziehendes 'antifaschistisches' Linksbündnis, das sich durch eine Gegnerschaft gegenüber der Union und der FDP definiert, den Unterschied zu diesen Parteien für fundamentaler hält als die Distanz zwischen SPD und PDS."

Das "antifaschistische Linksbündnis", von dem Baring spricht, hat sich unter Einschluß der PDS längst formiert. Mehr und mehr gerät die Union jetzt auch durch eigenes Verschulden in Gefahr, sich den Sprachregelungen und -knebelungen dieses Bündnisses unterwerfen zu müssen. Konkret heißt dies, daß in Zukunft das Thema "Ausländer und Zuwanderung" nicht mehr im "demokratischen Diskurs" kritisch angesprochen werden kann, ohne daß die Verdammungsformel "Geistige Brandstiftung" ausgesprochen wird. Daß viele Unionspolitiker nur zu bereit sind, dem sich abzeichnenden "antifaschistischen (neudeutsch: pluralistischen) Linksbündnis" als "nützliche Idioten" zu dienen, zeigt das Beispiel der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John, die allen Ernstes der Überzeugung ist, daß wir für "eine multikulturelle Gesellschaft neue Gesetze" bräuchten. Ob das bisherige Recht ausreiche, könne man nur feststellen, wenn es eine "zentrale Erfassungsstelle" für Haßverbrechen (!) und ihre juristische Behandlung gebe. Bewährungsstrafen sollten, so Frau John, für rechte (meint:

deutsche) Gewalttäter generell ausgeschlossen werden (taz, 5. September 2000). Nicht aber für Straftaten linker oder ausländischer Extremisten, wird man hinzufügen dürfen.

Rot-Rot-Grün will eine andere Gesellschaft

Einer der wenigen Politiker, die in der Union begriffen haben, wohin die Reise geht, ist der hessische Ministerpräsident Roland Koch. Dieser warnte seine eigene Partei davor, sich in der Ausländer- und Integrationsfrage von der SPD "mundtot machen zu lassen" (Süddeutsche Zeitung, 24. August 2000). Exakt darum geht im Kern der derzeitigen antifaschistischen Erregung. Man zielt auf den "Rechtsextremismus", der bis in die "gesellschaftliche Mitte" hineinreicht, meint aber Gesellschaftsveränderung. Ist erst einmal der harte Kern der Zuwanderungskritiker "geächtet", dann hält niemand mehr die Transformation Deutschlands in ein multiethnisches Siedlungsgebiet auf.

Wie sich die rot-rot-grünen Gesellschaftsveränderer das zukünftige Deutschland vorstellen, das klingt altbekannt. "Wir dulden keine anti-egalitären Ansätze", gab zum Beispiel die bündnisgrüne Bundesvorsitzende Renate Künast zu Protokoll. Sie hätte auch sagen können: Wir dulden keine konservativen oder liberalen Gedanken mehr, weil diese auf der Einsicht in die Verschiedenheit der Menschen aufbauen. Es bedarf deshalb keiner großen Prophetie, daß dann, wenn angeblich "rechtsextremistische" Parteien wie die Republikaner endlich aus Landtagen verschwunden oder verboten sein werden, konservative Politiker der Unionsparteien die nächsten sein werden, die als vermeintliche "Stichwortgeber" bzw. "Biedermänner und Brandstifter" aus den Landtagen bzw. dem Bundestag gefällt "zu verschwinden" hätten, weil sie das "deutsche Ansehen im Ausland" schädigten (so die baden-württembergische SPD-Spitzenkandidatin Ute Vogt mit Blick auf die Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg).

Es bleibt freilich noch eine andere Variante: Die Unionsparteien passen sich soweit an, daß ihr Profil sich kaum noch von dem der "pluralistischen Linken" unterscheidet. Dies dürfte die Unionsparteien aber nicht retten: Sie werden sukzessive an Einfluß verlieren, weil sie politisch mehr und mehr überflüssig werden.

Alle regten sich übers Rüttgers Messeauftritte mit Bezahlung auf. Über die Veruntreuung und Unterschlagung von Steuergeldern im Wege des Mißbrauchs amtlicher und parteilicher Machtpositionen regt sich niemand auf. Die mehrheitlich linke Medienlandschaft verschweigt dies komplett, redet über den „Kampf gegen Rechts“, legt aber nicht offen, wie das ganze finanziert wird, obwohl es einen solchen Veruntreuungsskandal seit Bestehen der Bundesrepublik noch nie gegeben hat

Geldsegen für die Falschen

"Kampf gegen Rechts": Familienministerium stellt zusätzlich fünf Millionen Euro zur Verfügung
/ Mehrfach wurden auch linksextremistische Organisationen gefördert
Tobias Westphal

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen am Rande eines Stadtfestes im sächsischen Mügeln haben die Diskussion über die Finanzierung des staatlich geförderten "Kampf gegen den Rechtsextremismus" wieder aufleben lassen. Den Anfang hatte Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) gemacht, der noch vor Abschluß der staatsanwaltlichen Ermittlungen in Mügeln entsprechende Maßnahmen versprach. Zwar warnte er vor einem vorschnellen Urteil, kündigte

jedoch im gleichen Atemzug an, er plane im November eine Konferenz mit Vertretern aus den sächsischen Kommunen, um Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus zu erörtern.

Diese Idee ist nicht neu. Immerhin hat die gerne verkürzt als "Kampf gegen Rechts" bezeichnete Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bereits seit dem sogenannten "Aufstand der Anständigen" im Jahre 2000 von der rot-grünen Bundesregierung eine starke staatliche Förderung erfahren. Insgesamt flossen bis Anfang dieses Jahres 192 Millionen Euro Steuergelder in Initiativen, die noch im Jahr 2006 die klangvollen Bezeichnungen "Entimon", "Civitas" und "Xenos" trugen. Seit dem 1. Januar 2007 stehen dem Nachfolgeprogramm "Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" jährlich 19 Millionen zur Verfügung. Dieses Jahr wird die Bundesregierung laut Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) die Mittel im Kampf gegen Rechts aufstocken. Die Ausgaben werden um fünf Millionen Euro auf 24 Millionen Euro erhöht. Zudem sollen bislang befristete Programme auf eine dauerhafte Basis gestellt werden.

In der Vergangenheit war man nicht allzu wählerisch, was die Ausschüttung der Gelder anging. Immer wieder profitierten auch Gruppen davon, die zwar gegen Rechts kämpften, dafür aber gerne mit Linksextremisten zusammenarbeiten und auch diese unterstützen. Im Jahr 2005 fand sich etwa auf der Förderliste von Entimon das Projekt "Für Demokratie Courage zeigen" aus Niedersachsen, hinter dem sich eine Partnerschaft aus der DGB-Jugend, der Naturfreundejugend und der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken verbarg. Die DGB-Jugend organisierte unter anderem in Osnabrück eine Veranstaltung mit dem Motto "Tag der Befreiung - Tag der Arbeiterbewegung", auf der auch Vertreter der laut Verfassungsschutz linksextremistischen Vereinigung Verfolgter des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) auftraten.

Auch das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) wurde gefördert. IDA-Mitgliedsverbände sind unter anderem die Jungsozialisten und die DGB-Jugend. Außerdem ist dort die linksextremistische Vereinigung Jungdemokraten/Junge Linke (JD/JL) vertreten. Im Verfassungsschutzbericht des Jahres 1999 heißt es über die JD/JL, sie sei "ständiger Partner von Linksextremisten in Aktionsbündnissen, aber auch bei militanten Störungen staatlicher Veranstaltungen" dabei. Im Beirat der nordrhein-westfälischen IDA ist außerdem das linksextremistische Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) vertreten.

Auch andere Förderungen sind mehr als zweifelhaft. Zur Aufdeckung linksextremer Strukturen wurde im Mai im Vorfeld der G8-Gipfels von der Bundesanwaltschaft auch die Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative in Berlin (ARI) durchsucht. Eine finanzielle Unterstützung erhielt die ARI unter anderem von der Amadeu-Antonio-Stiftung. Zu den Partnern und Geldgebern der Stiftung gehörte beispielsweise das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die durchsuchte Einrichtung hatte also direkt von der Förderungspraxis der Bundesregierung im sogenannten "Kampf gegen Rechts" profitiert.

Ein weiteres Förderungsprojekt der Amadeu-Antonio-Stiftung war das laut Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen "linksextremistische Inhalte" verbreitende Internetportal nadir. Dort finden sich zahlreiche Beiträge und Aufrufe des Berliner Umbruch-Bildarchivs. Dieses war ebenfalls Ziel der Durchsuchungen von Polizei und Bundesanwaltschaft im Vorfeld des G8-Gipfels.

Kritiker fordern daher seit langem, daß alle im Zuge des "Aufstands der Anständigen" geförderten Projekte für die steuerzahlenden Bürger transparent gemacht werden. Seit Beginn der Förderung wurden rund 4.500 Projekte bezuschußt, und mittlerweile ist kaum überschaubar, ob alle Gelder in demokratische Hände gelangen. Ein erster Schritt zu mehr Transparenz ist die Anfang des Jahres eingeführte Änderung, daß das Geld zunächst an die Kommunen geht und

nicht direkt an private Initiativen. Die Kommunen müssen selbst ein Konzept erstellen, wie sie den Rechtsextremismus bekämpfen wollen.

Bürger, die sich über die Vergabepraxis informieren wollen können das Internetportal www.vielfalt-tut-gut.de besuchen. Allerdings finden sich dort kaum Informationen über speziell geförderte Projekte. Es bleibt daher zu hoffen, daß die als Regiestelle eingerichtete Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH in Berlin künftig darauf achtet, daß keine linksextremistischen Organisationen mehr subventioniert werden. Ziel muß die Veröffentlichung der genauen Förderbeträge sein. Zudem müßten die Initiativen verpflichtet werden, ihre Gelder selber zu verbrauchen und sich nicht wieder als Förderer zu betätigen - fernab jeglicher Transparenz.

Das Geld fließt reichlich

"Kampf gegen Rechts": 154 Millionen Euro Fördermittel seit 2001 / Zwischenbericht der Bundesregierung / Linksextremisten als Nutznießer
Holger Wartz

Mitten in der parlamentarischen "Saure-Gurken-Zeit" mußte die SPD Ende Juli noch einmal ganz dicke Geschütze auffahren. Generalsekretär Klaus Uwe Benneter und der Sänger der Pop-Band Die Prinzen, Sebastian Krumbiegel, veröffentlichten eine Erklärung, in der sie das "Verschweigen und Nichtstun" der Unionsparteien im "Kampf gegen Rechts" regelrecht anklagen. Was war geschehen?

Wenige Tage zuvor kritisierte der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer die millionenschweren Bundesprogramme "gegen Rechts" und wies darauf hin, daß es keine vergleichbaren Aktivitäten in Sachen "Linksextremismus" gebe.

Er reagierte damit auf den zweiten Zwischenbericht "zum Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms 'Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus'". Dieses Programm wurde 2001 von der Bundesregierung ins Leben gerufen, um "zivilgesellschaftliche" Projekte "gegen Rechts" finanziell zu fördern. Insgesamt wurden seit Programmbeginn über 3.600 Projekte und Initiativen mit mehr als 154 Millionen Euro gefördert. Im Jahr 2006 soll das Programm offiziell auslaufen - mit einem Fördervolumen von insgesamt 192 Millionen Euro.

Unter dem Dach des Aktionsprogramms sind die drei Programme "Xenos - Leben und Arbeit in Vielfalt", "Entimon - Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus" und "Civitas - Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern" versammelt. Xenos fördert vor allem Initiativen und Programme in Betrieben sowie in der beruflichen Bildung, Entimon richtet sich vor allem an Haupt- und Berufsschüler sowie Kinder und Civitas unterstützt vor allem Projekte, die sich für die "Demokratisierung vor Ort" einsetzen.

Die Studie geizt mit inhaltlichen Einblicken in die Projekte. Viel ist die Rede von "medialer Breitenwirkung", "kommunalen Kontextanalysen" und über den Weg von der "Interessensbekundung" bis zur "Projektförderung". Vor allem die aktuelle Förderliste des Programms Entimon gibt Aufschluß über die wahre Ausrichtung des öffentlich alimentierten "Kampfes gegen Rechts" jenseits schönklingender soziologischer Fachtermini.

Die Studie geizt mit inhaltlichen Einblicken

So findet sich dort das Projekt "Für Demokratie Courage zeigen" aus Niedersachsen, hinter dem sich in Wirklichkeit ein Joint-Venture aus der DGB-Jugend, der Naturfreundejugend und der

Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken verbirgt. So sehr man dort den vermeintlichen Rechtsextremismus bekämpft, so wenig Berührungängste hat man selbst mit dem organisierten Linksextremismus. So hat die DGB-Jugend am 8. Mai diesen Jahres in Osnabrück eine Veranstaltung mit dem Motto "Tag der Befreiung - Tag der Arbeiterbewegung" organisiert, auf der auch Vertreter der orthodox-kommunistischen und ehemals DDR-finanzierten Vereinigung Verfolgter des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) auftraten. Im Vorfeld dieser Veranstaltung sprach der Ansprechpartner für das von Entimon geförderte Projekt "Für Demokratie Courage zeigen", der DGB-Mitarbeiter Dirk Assel, mit Schülern, Auszubildenden und Studenten über das Thema "(Et)was tun gegen Rechts!?"

Auch das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) befindet sich auf der Entimon-Förderliste. Bei genauerem Hinsehen finden sich auch dort alte Bekannte. IDA-Mitgliedsverbände sind unter anderem die SDJ, die Jungsozialisten und die DGB-Jugend. Außerdem sind dort vertreten die linksextremistische Vereinigung Jungdemokraten/Junge Linke (JD/JL), die Jungen Liberalen und die Junge Union.

Im Verfassungsschutzbericht des Jahres 1999 heißt es über die JD/DL, sie sei "ständiger Partner von Linksextremisten in Aktionsbündnissen, aber auch bei militanten Störungen staatlicher Veranstaltungen" dabei. Der Verband sei "ideologisch nicht homogen; in ihm existieren nebeneinander marxistische, marxistisch-leninistische, antideutsche beziehungsweise antinationale, autonome und anarchistisch-libertäre Ansätze und Strömungen des Linksextremismus". Weder die JU noch die JuLis und schon gar nicht die kirchlichen Verbände, die bei IDA mit im Boot sitzen, scheinen daran Anstoß zu nehmen.

Im Beirat der nordrhein-westfälischen IDA ist außerdem das linksextremistische Duisburger Institut für Sozialforschung (DISS) vertreten, welches mit Fug und Recht als linksextremistische Ideologiezentrale bezeichnet werden kann. Deren Leiter, Siegfried Jäger, meidet linksextremistische Gesprächspartner jedenfalls nicht, sei es auf Veranstaltungen der PDS oder bei Gesprächen mit der Antifa-Zeitung Der Rechte Rand.

Ein linker Dauerempfänger der Steuergeldgeschenke "gegen Rechts" ist das Umfeld des DGB-Thüringen. Dessen "Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit" schien der Regierung ebenfalls förderungswürdig. Dort kann man beispielsweise nachlesen, was "Nationalismus" eigentlich genau ist: "Aber nicht nur laute Sprüche wie 'Ich bin stolz, Deutsche/r zu sein' sind nationalistisch. Nationale Töne bestimmen unseren Alltag: Ob im Standortstreit oder beim Heimatfest, ob mit der Nützlichkeitsklausel im Zuwanderungsgesetz oder im Ausschluß von Ausländern bei Wahlen."

Keine genauen Angaben über die Förderbeträge

Über die genauen Förderbeträge schweigt man sich bei allen genannten Projekten derzeit aus. Letztendlich war dies nur eine willkürliche Auswahl aus einer ganzen Masse an Initiativen, die sich an den Fördertöpfen der Bundesregierung bedienen. Viele dieser Projekte betätigen sich wiederum selbst als Förderer, also lediglich als Durchgangsstation zur Weiterverteilung der Geldmittel - fernab von jeglicher Transparenz.

Daß vor allem ausgewiesene Linksextremisten in den Genuß dieser Summen kommen, läßt die Maßnahmen der Bundesregierung zu einer reinen Klientelförderung werden. Für die Geldempfänger beginnt Rechtsextremismus bereits dort, wo Bundeskanzler Gerhard Schröder von der Standortfrage und Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) von der Terrorabwehr sprechen.

Stephan Mayer, der CSU Bundestagsabgeordnete aus Altötting, stand mit seiner Kritik an den Programmen weitestgehend allein auf weiter Flur. Weder ein Innen- noch ein Finanz- oder Haushaltsexperte seiner eigenen Partei unterstützte ihn dabei. "Die mutigen Menschen, die sich für unsere Demokratie engagieren", nannte SPD-Vorständler und Niels Annen die Aktivisten der alimentierten Projekte.

Es wäre so einfach für die Union aufzuzeigen, daß sich diese "mutigen Menschen" für alles mögliche engagieren, aber nicht für die Demokratie.

Foto: Scheckübergabe im Kampf gegen Rechts (2003 an Iris Berben): Der Geldfluß ist bis 2006 gesichert

Steuergeld für ein linkes Netzwerk

"Kampf gegen Rechts": Das "Bündnis für Demokratie und Toleranz" der Bundesregierung finanziert linksextremistische Gruppen und Initiativen
Manuel Ochsenreiter

Wenn Marieluise Beck (Grüne), die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, einen Preis übergibt, dann läßt sie sich meistens nicht lumpen. Jährlich beschenkt sie daher die Gewinner des Wettbewerbs "Aktiv für Demokratie und Toleranz" mit Geldpreisen von bis zu 5.000 Euro. Der Träger des Wettbewerbs ist das "Bündnis für Demokratie und Toleranz", welches im Jahr 2002 nach eigenen Angaben allein für den Wettbewerb 200.000 Euro an 89 Initiativen verteilte, die sich im weitesten Sinne "gegen Rechts" engagieren.

Am Montag erhielt der "Kölner Appell gegen Rassismus" den diesjährigen 5.000-Euro-Preis, er leiste "vorbildliche und innovative Integrationsarbeit," so die offizielle Pressemitteilung der Initiatoren der Preisverleihung. Hier lohnt sich tatsächlich ein Blick auf die Hintergründe - denn wie schon verschiedene andere Preisträger aus früheren Jahren scheint der "Kölner Appell gegen Rassismus" die Begriffe "Integrationsarbeit", "Demokratie" und "Toleranz" anders zu definieren, als man gemeinhin annehmen dürfte.

Der Verein ging nach eigenen Angaben aus dem 1983 gegründeten "Appell gegen menschenfeindliche Ausländerpolitik" hervor. Die Gründung sei eine "Reaktion auf die diskriminierende Politik und die immer feindseliger werdende Stimmung gegen Minderheiten in der Bundesregierung" gewesen. Vor allem gegen Abschiebungen und für das generelle Bleiberecht macht sich der Verein stark, er gab ein "Aktionshandbuch gegen Rassismus" heraus und organisiert beispielsweise Veranstaltungen mit dem Titel "Multikultur in der Festung Europa".

Der "Kölner Appell" ist mit Linksextremisten vernetzt 1999 führte der Kölner Appell "Protestaktivitäten" gegen die Unterschriftenkampagne von CDU und CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft durch. Selbstverständlich nimmt man auch mit einem Vertreter an der Antifa-Veranstaltung "Kölner Ratschlag gegen Rechts" teil.

Auch in den Pressemeldungen sprechen die Verantwortlichen des Vereins Tacheles. So wird der Kölner Polizei "Rassismus" unterstellt, da diese die sogenannten Klau-Kids, stehlende organisierte Banden von Zigeunerkindern, als besonderes Problem erachten. Politik, Medien und Polizei wird vorgeworfen, "systematisch Kriminalitätsfurcht" zu schüren.

Dabei müßte der Vorstand des "Kölner Appells" eigentlich ein ganz besonderes Verständnis für die Angst der Bürger haben, stammen doch zumindest zwei von ihnen aus dem Umfeld der Roten Armee Fraktion (RAF): Christiane Ensslin, die Schwester der Terroristin Gudrun Ensslin, und Klaus Jünschke, ehemaliges RAF-Mitglied, der 1977 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt und 1988 begnadigt wurde.

Ensslin vertritt die sogenannte "Mordthese" der Stammheimer Todesnacht, wonach es 1977 keinen kollektiven Selbstmord der RAF-Häftlinge gab, sondern staatlich angeordneten Mord - eine Verschwörungstheorie, die in der RAF-Sympathisantenszene nach wie vor viele Anhänger hat. Während Ensslin inzwischen hauptberuflich im RAF-Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung von Jan-Philipp Reemtsma arbeitet, schloß Jünschke in Haft ein sozialwissenschaftliches Studium ab und veröffentlicht heute Aufsätze über "Kriminalitätsursachen". Verkürzt propagiert er dort das alte linke Gesellschaftsbild, wonach dem sozialen Umfeld, der "Gesellschaft", die Hauptschuld an Kriminalität und Gewalt gegeben wird.

Ensslin und Jünschke werden sich jedenfalls sehr über den warmen Geldregen aus Berlin für ihre "vorbildliche Integrationsarbeit" gefreut haben. Wie diese in der Realität aussieht, kann jeder Interessierte selbst nachlesen.

So wirbt der "Kölner Appell" für die "Gesellschaft für Legalisierung", die ihr Selbstverständnis auf der Internetseite des Appells erläutert: "Die Gesellschaft für Legalisierung kündigt offiziell diesen Gesellschaftsvertrag, der in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union verabredet ist." Sie greife "die Verhältnisse an, die Lebensperspektiven in Alemanya auf rassistische Art und Weise hierarchisieren", heißt es dort weiter. Weiter ist die Rede von "rassistischen Sondergesetzen" in Deutschland.

Auch die Zusammenstellung der Verweise, die auf der Internetseite des "Kölner Appells" zu sehen sind, spricht Bände über dessen Ausrichtung. Unter dem Punkt "Antifa" sind dort die linksextremistische und ehemals DDR-finanzierte Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), das SPD-nahe Antifa-Organ Blick nach Rechts und die Kölner autonome Antifa verzeichnet. Ebenfalls findet man dort die Kampagne "Kein Mensch ist illegal", über die das nordrhein-westfälische Innenministerium schreibt: "Über verdeckte oder 'halblegale' Strukturen sollen Flüchtlingsgruppen Unterstützungsarbeit für 'Illegalisierte' leisten wie zum Beispiel die Organisierung medizinischer Hilfe, Beschaffung von Wohnungen, Arbeit und Papieren bis zur Fluchthilfe."

Es findet sich ebenfalls ein Verweis auf die Internetseite des "Jugendclub Courage", der eine Wanderausstellung zum Thema "Rechts um und ab durch die Mitte" konzipierte, auf der zahlreiche Unionspolitiker mit politisch motivierten Gewalttaten in Verbindung gebracht werden (JF 13/04).

Die politische Einseitigkeit, die Marieluise Beck sowie das "Bündnis für Demokratie und Toleranz" mit der Preisverleihung an den Tag legen, ist hierbei allerdings keine Ausnahme, sondern die Regel. Da wäre beispielsweise der "Antifa-Arbeitskreis" des Jugendzentrums Mannheim, der sich laut "Bündnis für Demokratie und Toleranz" besonders um Informationsveranstaltungen und "antifaschistische Demonstrationen" verdient gemacht habe. "Alle Aktionen des Arbeitskreises fußen dabei allein auf ehrenamtlichem Engagement und können auch Jugendliche anderswo ermutigen, sich gegen rechte Gewalt in ihrer unmittelbaren Umgebung einzusetzen". Das Jugendzentrum hat bereits vorgesorgt, falls es bei dieser Arbeit mal "Ärger" geben sollte. So referieren dort Funktionäre der linksextremistischen "Roten Hilfe" über juristische Fragen des politischen Kampfes. Sie werden wissen, warum - der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Bundes bezeichnet die "Rote Hilfe"

als "Solidaritätsorganisation, die Angehörige des gesamten linksextremistischen Spektrums politisch und finanziell (z. B. durch Zuschüsse zu Prozeßkosten) unterstützt, wenn sie aus politischen Gründen straffällig geworden sind". Daß der für sein Demokratieverständnis vom "Bündnis für Demokratie und Toleranz" ausgezeichnete Arbeitskreis Antifaschismus auch gemeinsame Veranstaltungen mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zum Thema "Antifaschismus früher und heute" durchführt, mag da kaum noch wundern.

Auch die linksextremistische Zeitschrift Der Rechte Rand wurde mit einem Hauptpreis ausgezeichnet. Der Verfassungsschutz des Bundes und die Bundesregierung sind sich in ihrer Beurteilung dieser Publikation einig. Während dem Verfassungsschutz die "personenzentrierte" Berichterstattung des Antifa-Organs erwähnenswert scheint, fand die Bundesregierung im letzten Jahr auf Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Georg Schirmbeck ebenfalls klare Worte: "Beim Magazin Der Rechte Rand liegen Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen vor".

Die Jury des "Bündnisses für Demokratie und Toleranz" scheint dies allerdings anders zu sehen. Bei der Vorstellung der Antifa-Zeitschrift ist man dort voll des Lobes: "In der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist die Zeitschrift zu einer der wichtigsten Informationsquellen geworden", sagt Annelie Buntenbach, Mitglied des Beirates des "Bündnisses für Demokratie und Toleranz".

Daß Buntenbach selbst keinerlei Berührungängste zur linksextremistischen Antifa-Szene hat, zeigt sie, so oft sie kann. So sprach sie beispielsweise 1998 auf der jährlichen Tagung des Herausgeberkreises der linksextremistischen Antifaschistischen Nachrichten. Genau diesem Herausgeberkreis attestierte der Bundesverfassungsschutz eine "revolutionär-marxistische" Herkunft. Das Blatt stamme aus einer Vorfeldorganisation des ehemaligen "Bundes Westdeutscher Kommunisten".

Was in der Vorstellung der Zeitschrift Der Rechte Rand allerdings noch geäußert wird, muß nachdenklich stimmen. So wird dort vor allem auf die enge Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendzentren hingewiesen.

Im Jahr 2002 wurde der Verein "Pfeffer und Salz" aus dem mecklenburg-vorpommerschen Angermünde mit 3.000 Euro ausgezeichnet. Auch diese Initiative war bis zur Einstellung ihrer Arbeit im letzten Jahr einschlägig bekannt, nicht zuletzt wegen ihrer zahlreichen gemeinsamen Erklärungen mit der inzwischen aufgelösten autonomen "Antifaschistischen Aktion Berlin" (AAB).

Die Auswahl sowie die Alimentierung der Preisträger ist kein Zufall, betrachtet man den Beirat des "Bündnisses für Demokratie und Toleranz". Mit der ehemaligen PDS-Abgeordneten Angela Marquardt, Siegfried Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung und Bernd Wagner vom "Zentrum Demokratische Kultur" betätigen sich dort bundesweit bekannte Linksextremisten.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß wieder einmal ein Kölner CDU-Politiker als Statist bei der links-linken Preisverleihung wirken durfte. So assestierte Beck bei ihrer Preisvergabe im Historischen Rathaus zu Köln ausgerechnet Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU). Es darf natürlich bezweifelt werden, daß dieser etwas über den "Kölner Appell", dessen Arbeit sowie deren Sprecher wußte.

Der Widerstand gegen Beck ist bislang dürftig

Bereits im Februar gab es einen ähnlichen Vorfall, als ausgerechnet Schramma-Stellvertreter Josef Müller (ebenfalls CDU) die erwähnte Ausstellung "Rechts um und ab durch die Mitte" mit einer Festrede eröffnete, was zu lautstarken Protesten innerhalb der NRW-CDU führte. Offensichtlich hat die Kölner CDU nichts daraus gelernt.

Marieluise Beck kann sich indes bislang völlig sicher fühlen. Wie es momentan zumindest aussieht, scheint sie sich im kritikfreien Raum zu bewegen. Dabei ist das "Bündnis für Demokratie und Toleranz" nur ein kleiner Teil eines riesigen Netzwerks aus linksextremistischen Initiativen, rot-grünem Regierungspersonal und "nützlichen Idioten" aus der CDU/CSU zur Legitimierung des "Kampfes gegen Rechts".

Dabei haben selbst die Verantwortlichen den Überblick über die zahlreichen Initiativen und Gruppen verloren die öffentlich gefördert werden. Nur näherungsweise beziffert eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Dezember 2002 die Zahl der vom Bund geförderten Initiativen auf 3.700 - mittlerweile dürften es weit mehr sein. Der Mittelaufwand für diesen Kulturkampf wurde damals auf bislang "mehr als 200 Millionen Euro" - selbstverständlich aus Steuermitteln - geschätzt.

Der Widerstand gegen diese exzessive Förderpolitik für extremistische Vereine war bislang mehr als dürftig. Zwar mußte sich Beck bereits im Februar 2003 im Bundestag einem Kreuzverhör verschiedener Unionspolitiker unterziehen, allerdings blieb ihr Auftritt dort folgenlos. Marieluise Beck scheint ihren Traum zu leben: Als geldverteilende Integrationsbeauftragte braucht sie bisher keine Angst zu haben, daß ihr Kanzler Schröder den Hahn zudreht.

Foto: Integrationsbeauftragte Marieluise Beck: Wenn es gegen Rechts geht, macht sie Fördermittel locker lockelockerlocker

200 Millionen Euro im "Kampf gegen Rechts"



Henry Nitzsche Foto: JF

BERLIN. Rund 200 Millionen Euro hat der Bund seit 2001 für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland zur Verfügung gestellt. Das geht aus einer Antwort der

Bundesregierung auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche (parteilos) hervor.

Demnach stellte die Bundesregierung in den Jahren 2001 bis 2006 für die beim Bundesfamilienministerium angesiedelten Programme „Civitas“ und „Entimon“ rund 117 Millionen Euro an Fördermitteln bereit. 65 Millionen Euro entfielen dabei auf „Entimon“ und 52 Millionen Euro auf „Civitas“. Darüber hinaus wurden weitere Mittel für das dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstellte Teilprogramm „Xenos“ bewilligt, über deren Höhe die Bundesregierung jedoch keine Angaben machte.

Seit 2007 stellt das Bundesfamilienministerium für seine beiden neuen Bundesprogramme „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „Kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ jährlich 24 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich verausgabt die Bundeszentrale für politische Bildung seit 2000 zur „Bekämpfung des Rechtsextremismus im engeren Sinne“ pro Jahr zwischen 2,5 und 2,8 Millionen Euro an Haushaltsmitteln.

"Schlag ins Gesicht eines jeden Steuerzahlers"

Insgesamt dürften so allein auf Bundesebene über 200 Millionen Euro in den "Kampf gegen Rechts" geflossen sein. Hinzu kommen weitere Millionen aus Ländermitteln.

Nitzsche bezeichnete das Ergebnis seiner Anfrage gegenüber der JUNGEN FREIHEIT als Schlag ins Gesicht eines jeden Steuerzahlers. „An allen Ecken und Kanten wird gespart und hier wird das Geld zum Fenster rausgeschmissen. Dabei dürfte doch jedem klar sein, daß die Programme nicht der Bekämpfung des Rechtsextremismus dienen, sondern allein der Alimentierung arbeitsloser Sozialpädagogen und verkappter Linksextremisten.“

Zudem kritisierte Nitzsche, daß die Bundesregierung auf dem linken Auge wohl mit Blindheit geschlagen sei. Er habe sich bereits mehrfach an die Regierung gewandt, um nachzufragen, welche konkreten Projekte sie namentlich zur Bekämpfung des Linksextremismus unterstütze und wieviel Geld sie dafür bereitstelle.

„Die einzige Antwort auf meine Anfragen waren schwammige ‘wir engagieren uns gegen jeglichen Extremismus und setzten uns prinzipiell für Demokratie und Toleranz ein’-Erklärungen, und das liegt daran, daß es kein einziges solches Programm gibt“, sagte Nitzsche.

Schöne Neue Idiotenwelt

10 Jahre „Kampf gegen Rechts“: An die Stelle des Politischen tritt eine fragwürdige
Gesinnungsethik
Thorsten Hinz

Die Bundesregierung hat angekündigt, die für den „Kampf gegen Rechts“ reservierten Finanzmittel künftig auch in die Auseinandersetzung mit dem linken und islamistischen Extremismus zu stecken: eine ihrer wenigen programmatischen Erklärungen, die Einsicht und Vernunft verraten. Die zuständige Familienministerin Kristina Köhler (CDU) nimmt das Vorhaben offenbar ernst. Köhler hat bereits als Bundestagsabgeordnete erkennen lassen, daß sie sich über den ideologischen und politischen Hintersinn des „Kampfes gegen Rechts“ im klaren ist. Vielleicht schafft sie es, einige Geldströme umzuleiten und zumindest die am übelsten riechenden Sümpfe trockenenzulegen.

Allein, für eine Tendenzwende genügt das nicht. Denn der „Kampf gegen Rechts“ richtet sich zwar gegen ein Phantom, doch er ist zu einer Staatsideologie geworden. Die Gründe sind vielfältig, einige reichen bis zu den Anfängen der Bundesrepublik zurück, die sich politischen Handlungsspielraum dadurch erkaufte, daß sie die NS-Vergangenheit „aufarbeitete“ und „bewältigte“. Nach 1989 wurde die Vergangenheitsbewältigung sukzessive zum „Kampf gegen Rechts“ ausgeweitet, institutionalisiert und mit zivilreligiösen Weihen versehen.

Was heute als „rechts“ attackiert wird, ist im Grunde nichts anderes als das Bedürfnis nach politischer und anthropologischer Normalität. Im „Kampf“ dagegen drücken sich die Weigerung und Unfähigkeit aus, ein normaler Staat mit einem normalen Staatsvolk zu werden, das seine Politik selber in die Hand nimmt und verantwortet.

Gerade die Funktionsebenen waren von der Wiedervereinigung heillos überfordert. Das amerikanische Angebot einer „Partnership in leadership“ (Partnerschaft in der Führung) löste beinahe Panik aus. Ähnlich war es in der Innenpolitik. Den Revolutionen in Osteuropa folgte ein Massenzustrom von Armutsyasylanten, der die Bevölkerung beunruhigte. Statt die Gesetze umgehend an die neue weltpolitische Lage anzupassen, wurden Kampagnen gegen „Ausländerfeindlichkeit“ gestartet.

Darin drückte sich ein antinationales Moment aus, das viele Linke und Linkliberale bis heute prägt. Das zweite Motiv war die Furcht vor politischem Handeln, das dem Eigeninteresse gegenüber den Fremdinteressen Geltung verschafft und immer auch ein Risiko in sich trägt. Der aufgeklärte Bundesdeutsche dagegen glaubt Zustimmung und Schonung zu erlangen, wenn er nur die anderen von seiner eigenen, subjektiv tief empfundenen Harmlosigkeit überzeugt. Die „Nie wieder Deutschland“-Mentalität beruht auf der geschichtlichen Erfahrung, daß der deutsche Nationalstaat 1945 in einer Katastrophe endete. Die linkliberalen Funktionsebenen machen auf ihre Weise ernst mit den Warnungen aus der deutschen Geschichte, indem sie das Politische durch einen moralischen bzw. gesinnungsethischen Fundamentalismus ersetzen.

Dieser Fundamentalismus, der das Politische negiert, ist selber zum Politikum geworden und besitzt eine enorme Eigendynamik. In diesem Land, das so richtig deutsch nicht mehr sein soll, formiert er die Gesellschaft neu, gibt ihr Struktur und Zielbestimmung. Doch um welchen Preis? Eine „Kleptokratie“ nannte Peter Sloterdijk kürzlich den mißbrauchten Sozialstaat. Eine vergleichbare Idiotenwelt wird durch den penetrant antirechten, antifaschistischen Staat formiert. Während der Staatshaushalt kollabiert und die Europäer durch Völkerwanderungen ihrer angestammten Lebenswelt verlustig gehen, haben die zivilgesellschaftlich gelenkten Deutschen

anderweitig zu tun: Die Großeltern backen Benefiz-Kuchen für „Brot für die Welt“, die Eltern kämpfen gegen den Klimawandel, und die Kinder wenden ihre Energien gegen Phantom-Nazis! Vereint fühlen sie sich im Kampf gegen ein säkularisiertes Böses, das im „Rechten“ Gestalt angenommen hat. Wie unmündige Kinder befinden sie sich in einer Beschäftigungstherapie und meinen, an etwas Großartigem mitzuwirken. Doch als politische Subjekte sind sie neutralisiert.

Im Zuge des „Kampfes gegen Rechts“ entscheiden statt Gerichten häufig gewaltbereite Autonome und Aktivisten darüber, ob bestimmte Versammlungen und Demonstrationen überhaupt stattfinden dürfen. Durch ihre Duldung ermächtigen Zivilgesellschaft und Staat sie, in Rotfront- und SA-Manier ihre kriminellen, jedenfalls minderwertigen Instinkte, Gelüste und Interessen auszuleben. Wenn sie – wie jetzt mit den Anschlägen auf Polizeieinrichtungen in Hamburg und Berlin – über das Limit hinausschießen, bestätigt sich die Komplizenschaft noch im Beschweigen des linksextremen Hintergrunds.

Zugleich gibt es Indizien, daß Zivilgesellschaft und Staat dazu neigen, die Gewalttäter zu instrumentalisieren, um unliebsame Meinungsäußerungen und Initiativen zu unterdrücken. Dieses Mit- und Ineinander von antifaschistischem Terror und staatlicher Repression wird zweifellos anwachsen, je mehr staatliche Machtpositionen die Linkspartei erobert. Unter formal demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen wird damit ein Typus herangezüchtet, mit dem man – frei nach Oskar Lafontaine – gegebenenfalls auch Konzentrationslager (respektive Umerziehungszentren zur Generierung eines demokratisch-antirassistischen Bewußtseins) betreiben kann.

Unterhalb der Ebene höchstrichterlicher Urteile wird längst ein Ausnahmerecht praktiziert. Nach dem dubiosen Lebkuchenmesser-Attentat auf den Passauer Polizeichef Alois Mannichl vor einem Jahr wurden unter dem anfeuernden Geheule der Medien völlig Unschuldige, aber „Rechte“ fest- und ihre Wohnung auseinandergenommen. Eine Neugewichtung und Relativierung des „Kampfes gegen Rechts“ durch die Bundesregierung wäre auch ein notwendiges Zeichen gegen plebiszitär gesteuerte staatliche Behörden und Gerichte.

Simple Gleichungen

„Kampf gegen Rechts“: Es geht um viel Geld und politischen Einfluß
Felix Krautkrämer

Der Aufschrei war groß, als Union und FDP im Koalitionsvertrag vereinbarten, die staatlichen Programme gegen Rechtsextremismus auch auf den Linksextremismus auszuweiten. Hochschullehrer, die sich ihre wissenschaftlichen Meriten im „Kampf gegen Rechts“ erwarben, und linke Politiker protestierten heftigst. Von einer politisch motivierten „Rückkehr in die Denkschablonen des Kalten Krieges“ war die Rede.

Die Aufregung ist verständlich. Schließlich geht es um viel Geld, um politischen Einfluß und nicht zuletzt um Arbeitsplätze. 24 Millionen Euro stellt das Bundesfamilienministerium seit 2007 jährlich ausschließlich im „Kampf gegen Rechts“ zur Verfügung. Davon entfallen 19 Millionen auf das Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und fünf Millionen auf „Kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. In den Jahren 2001 bis 2007 waren insgesamt 117 Millionen Euro für „Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft“ bereitgestellt worden.

Enge Kooperation mit Linksextremisten

Die Bundeszentrale für politische Bildung verausgabt seit ihrer Umstrukturierung und Neuausrichtung im Jahr 2000 jährlich zwischen 2,5 und 2,8 Millionen Euro zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Bezeichnenderweise setzt die Behörde dabei auch vermehrt auf die Zusammenarbeit mit einschlägigen Antifa-Journalisten. So finden sich im Online-Dossier der Bundeszentrale zum Thema Rechtsextremismus Beiträge von Andrea Röpke (JF 18/09), Gernot Modery alias Anton Maegerle (JF 14/06) und Martin Langebach alias Christian Dornbusch, die allesamt über beste Kontakte zur linksextremen Szene verfügen.

Aber auch das Berliner Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellt reichlich Geld zur Verfügung: beispielsweise für das zum Bundesprogramm Xenos gehörende Projekt „Einstieg zum Ausstieg“. Mit sieben Millionen Euro unterstützt das Ministerium nach eigenen Angaben den „Ausstieg junger Menschen aus der rechten Szene“. Hiervon profitiert seit kurzem auch das stets mit dem finanziellen Aus kämpfende Aussteigerprogramm Exit.

Im Internet gibt es ebenfalls unzählige Projekte gegen Rechtsextremismus, wie beispielsweise das „Netz gegen Nazis“, „Mut gegen Rechte Gewalt“, „Aufmucken gegen Rechts“, „Kein Bock auf Nazis“ oder „Recht gegen Rechts“. Symptomatisch hierbei ist die Weigerung, zwischen Konservativen, Rechten, Rechtsextremen und (Neo-)Nazis zu unterscheiden. Da ist der konservative SPD-Politiker (Thilo Sarrazin, Hans Apel, Heinz Buschkowsky) genauso „rechts“ wie die CDU-Rebellen Martin Hohmann und Henry Nitzsche und die rechtspopulistische Bürgerbewegung Pro Köln genauso „Nazi“ wie die NPD.

Konservativ gleich Rechts gleich Rechtsextrem gleich Nazi: So lautet die simple Gleichung beim „Kampf gegen Rechts“, dessen Zweck offenbar jedes Mittel heiligt. Wenn es um die Verhinderung von NPD-Demonstrationen geht, marschieren Politiker von CDU, FDP, SPD und Grünen nicht selten Seite an Seite mit Vertretern der Linkspartei, DKP, der Vereinigung Verfolgter des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und linksextremer Antifa-Gruppen. So protestierten zum Beispiel am diesjährigen 1. Mai in Ulm CDU, SPD und FDP gemeinsam mit der DKP, der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands und der VVN-BdA gegen eine Veranstaltung der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten. Aus den Reihen des Bündnisses „Ulm gegen Rechts“ kam es dann auch zu massiven Gewaltausschreitungen, bei denen mehrere Polizisten verletzt wurden.

Die Zusammenarbeit mit Linksextremisten beschränkt sich jedoch nicht nur auf gemeinsame Demonstrationsbündnisse. Immer wieder profitieren linksradikale und linksextreme Organisationen auch von den staatlichen Fördermitteln im „Kampf gegen Rechts“. Im Jahr 2001 erhielt beispielsweise das linksextreme Szeneblatt Der Rechte Rand – Informationen von und für AntifaschistInnen 10.000 D-Mark aus dem damals noch dem Innenministerium unterstehenden „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“. Ebenso wurde das SPD-eigene Antifa-Organ Blick nach rechts 2000 mit 56.500 D-Mark aus Mitteln des Innenministeriums gefördert.

Zwar wurden 2007 mit der Umstrukturierung der Anti-Rechts-Programme im Bundesfamilienministerium die Förderungskriterien verändert, wodurch verhindert werden sollte, daß linksextreme Organisationen von den staatlichen Geldern profitieren, doch erwies sich dies nur bedingt als wirksam. Zum Beleg reicht ein Blick auf die aktuell geförderten Projekte. Dort findet sich der Sportverein Roter Stern Leipzig aus dem Umfeld des linksextremen Szenetreffs „Conne Island“ im Leipziger Stadtteil Connewitz (JF 3/08). Der Verein bietet nach eigenen Angaben „Beratungen und Schulungen für Multiplikatoren auf Verbands- und Vereinsebene und für Schulklassen an. Schwerpunktthemen dieser Schulungen sind Neonazismus, (Alltags-)Rassismus, Antisemitismus und Homophobie.“ Doch ein Blick auf die Internetseite des Roten

Stern Leipzig zeigt dessen wahre Ausrichtung. Unter der Rubrik „Politik“ wird direkt zu den linksextremen Internetportalen nadir, Indymedia und left action verlinkt.

Im Jahr 2000 hieß es seitens des sächsischen Verfassungsschutzes, daß die Mehrheit der Gründungsmitglieder des Vereins der „linksextremistischen autonomen Szene Leipzigs“ angehöre. Der Rote Stern Leipzig beteilige sich an „Aktionen der linksextremen Szene“, und sogenannte „Autonome“ mobilisierten in dem Verein „offenbar Jugendliche für antifaschistische Themen“. Doch diese Beurteilung hinderte das Bundesfamilienministerium nicht, den Roten Stern Leipzig 99 e. V. in diesem Jahr mit 10.000 Euro zu fördern. Genausowenig störte sich Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), der dem Verein Anfang November in Kooperation mit der Amadeu-Antonio-Stiftung den mit 15.000 Euro dotierten Sächsischen Förderpreis für Demokratie verlieh.

Kein Wochenende ohne Aktionen gegen Rechts

Daß eine solche Förderpraxis als normal angesehen wird, mag auch daran liegen, daß der „Kampf gegen Rechts“ längst zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen geworden ist. Kaum ein Wochenende vergeht, ohne daß ein breit aufgestelltes örtliches Aktionsbündnis ein Bürger- und Familienfest gegen Rechts oder das Fegen gegen Rechts veranstaltet. Ob „multikultureller Weihnachtsmarkt“ in Königs Wusterhausen oder die „Nikoläuse gegen Rechts!“ in Unna, dem Engagement sind keine Grenzen gesetzt. Auch Freiwillige Feuerwehren, das Technische Hilfswerk oder Fußballvereine, sie alle engagieren sich gegen „Rechts“, was bisweilen so weit geht, daß die eigenen Mitglieder ausgeschlossen werden, wenn diese im Verdacht stehen, rechtsextrem zu sein. Banken kündigen „rechten“ Kunden die Konten, Hotels verweigern ihnen die Übernachtung. Selbst die evangelische Kirche prüft die rechtlichen Möglichkeiten, sich von rechtsextremen Mitgliedern zu trennen.

Ein Vergleich zwischen Links- und Rechtsextremismus findet so gut wie nicht statt. Schließlich würde dadurch laut dem Berliner Grünen-Politiker Daniel Gollasch der Nationalsozialismus relativiert. Auch die Juso-Chefin Franziska Drohsel sprach sich jüngst in der taz gegen eine solche „Gleichmacherei“ aus. Es gebe doch erhebliche Unterschiede zwischen Rechts- und Linksextremismus, so die 29jährige: Rechtsextremismus spreche Menschen das Recht auf Leben ab. Grundlage linker Politik sei dagegen „das Streben nach einem freien und selbstbestimmten Leben für alle“.

Stichwort: Xenos – Integration und Vielfalt

Neben dem im Beitrag erwähnten Xenos-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ hat das Bundesprogramm „XENOS – Integration und Vielfalt“ das Ziel, „Aktivitäten gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in arbeitsmarktbezogene Maßnahmen“ zu integrieren. Im Fokus stehen hier u.a. die „Qualifizierung und Weiterbildung“, „Betriebliche Maßnahmen und Bildungsarbeit in Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen“, „Maßnahmen zur Integration von Migranten“, die „Aufklärung und Sensibilisierung gegen Rechtsextremismus“ oder die „Förderung von Zivilcourage und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Kommunen und im ländlichen Raum“. Das Gesamtvolumen von Xenos beträgt für den Zeitraum 2008 bis 2012 rund 350 Millionen Euro.

Organisationen/Publikationen

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

Rhetorik des Verdachts

Linksextremismus: Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) kämpft mit "restmarxistischen Ressentiments gegen die bürgerliche Gesellschaft"

Curd-Torsten Weick

Man hätte sich etwas anderes vorgestellt als das wilhelminische Stadthaus mit neoklassizistischen Fassadenelementen in einem gutbürgerlichen Wohnviertel - wohl eher einen formlosen funktionalen Bau der siebziger Jahre. Um so größer ist die Überraschung, wenn man vor dem Haus steht, in dem das 1987 gegründete Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) seinen Sitz hat. Und daß neben dem DISS-Schild jenes der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung - "Kontaktstelle NRW" prangt, läßt die Überraschung noch steigen.

Man wohnt also unter einem Dach, und so nimmt es nicht wunder, daß man auch kooperiert. Etwa im vergangenen Jahr, als die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) den "Workshop 'Kritik der Identität als Bestandteil moderner Rationalität. Zur Vermittlung neuerer kulturwissenschaftlicher Theorie'" förderte und dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung 1.000 Euro überwies. "Rechtsextremismus und Neoliberalismus in Europa. Zusammenhänge, Widersprüche, Gegenstrategien", hieß es dann Anfang Dezember 2005, und die RLS fragte: "Trotz neoliberaler Globalisierung, die auf Liberalisierung und Transnationalität setzt, macht sich europaweit eine zunehmende Popularität rechtsextremer Ideologien breit. Trotz? ... oder: wegen?" Hierzu referierte neben anderen der DISS-Mitarbeiter Alfred Schobert über den "Ort des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft".

Auch die Konrad-Adenauer- Stiftung setzt auf das DISS

Wenn es um "Rassismus und Einwanderung, rechtsextreme Entwicklungen, völkisch-nationale Tendenzen" und um "Antisemitismus" geht, ist das DISS häufig mit von der Partie - und das nicht nur bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es genügt ein kurzer Blick auf learn-line.nrw.de. Learn:line ist der nordrhein-westfälische Bildungsserver und wird erstellt und betrieben vom Landesinstitut für Schule/Qualitätsagentur, einer dem Ministerium für Schule und Weiterbildung unterstellten Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen. Ein Klick auf die Rubrik "Lehrerfortbildung", dann auf "Angebote" und schon geht es um "Englisch in der Grundschule" und etwas weiter geht es "Gegen Rechts und Gewalt". Ein weiterer Schritt auf "Kooperation" und man findet auch das DISS.

"Tradition und Transformation - Zur Kontinuität des völkischen Denkens und der völkischen Bewegung", hieß dann auch eine Kooperationsveranstaltung der Würzburger Akademie Frankenwarte, des "politischen Standorts für Bildungsarbeit im Sinne der sozialen Demokratie", mit dem DISS im November 2004. Ein Jahr später folgte ebenda das DISS-Colloquium "Macht - Religion - Politik".

Selbst die Konrad-Adenauer-Stiftung verweist zum Thema Wahlen neben dem Bundeswahlleiter, der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Infratest dimap, dem Institut für Demoskopie Allensbach und dem ZDF-Politbarometer auf das DISS und erklärt: "Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung existiert seit 1987. Durch diskursanalytische und ideologiekritische Untersuchungen soll 'Wissenschaft gegen den Strich' betrieben und auf restaurative und undemokratische Tendenzen hingewiesen werden. Machtstrukturen können so sichtbar und

kritisierbar werden. Das Ziel der Arbeit ist, durch wissenschaftliche Analysen einen Beitrag zur Demokratisierung leisten." Diese Beschreibung wurde geradezu wortgleich von der Internetseite des DISS übernommen.

"Wissenschaft gegen den Strich" betrieb das DISS in seiner Studie über die "Nahost-Berichterstattung zur Zweiten Intifada in deutschen Printmedien unter besonderer Berücksichtigung des Israel-Bildes". Im Auftrag des Berliner Büros des American Jewish Committee (AJC) nahmen die Duisburger den Tagesspiegel, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, die Süddeutsche Zeitung, die taz, die Welt und den Spiegel im Zeitraum vom September 2000 bis zum August 2001 unter die Lupe. Dabei kamen der DISS-Chef Siegfried Jäger, Hochschullehrer für Sprachwissenschaft, und dessen Frau Margarete zu dem Schluß: "Der Diskurs über die Zweite Intifada enthält mit den dort produzierten negativen Zuschreibungen zahlreiche Anchlüsse an deutsche historische und aktuelle Diskurse. Auch durch diese Anschlußstellen sind die produzierten Texte oftmals dazu geeignet, in deutschen Diskursen vorhandene antisemitische und rassistische Vorurteile zu reproduzieren oder auch erst herzustellen."

Vage Vorwürfe des Antisemitismus

"Überall lauert der Antisemit", erklärte daraufhin ein empörter Klaus Hartung in der Zeit. In der taz sprachen Stefan Reinecke und Christian Semler von einer "mißlungenen Studie" und kritisierten die "Rhetorik des Verdachts". "Vage Vorwürfe des Antisemitismus" erkannte auch Heribert Seifert in der Neuen Zürcher Zeitung und erklärte im Hinblick auf die Studie des "einschlägig bekannten" DISS: "Noch ärgerlicher sind freilich die Versuche einer sektiererischen Linken, ihre restmarxistischen Ressentiments gegen die bürgerliche Gesellschaft als Kampf gegen Antisemitismus zu tarnen."

Dieser doch recht eindeutigen Einschätzung zum Trotz scheint das DISS mit seiner "einschlägig bekannten" Arbeit längst von bürgerlichen Kreisen angenommen worden zu sein. Entsprechend zeigte sich der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), Michael Konken, auf der Leipziger Buchmesse darüber erfreut, daß das DISS, der DJV-Landesverband NRW sowie die NRW-Aktion "Journalisten gegen Rassismus" (siehe Seite 7) das Projekt einer sprachlich und politisch korrekten Sprachfibel in Angriff nehmen wollen.

Fernab von diesem NRW-Netzwerk führt das DISS seine Aufklärung über "rechtsextremistische Tendenzen", die gern auch auf den konservativen Sektor ausgeweitet wird, fort und läßt dabei keine Berührungängste nach linksaußen erkennen. Im Gegenteil. So trat Siegfried Jäger im Mai 2001 im Berliner Rathaus Schöneberg als Referent "Für eine tolerante Gesellschaft - gegen Rechtsextremismus und Rassismus" in Erscheinung. Als Veranstalter trat neben anderen linken Gruppen auch die PDS auf. Jene Partei also, deren Aktivitäten von verschiedenen Verfassungsschutzämtern kritisch beäugt werden, weil die PDS nach einer Überwindung des politischen Systems trachte und linksextremistische Interessen vertrete, wie es in der Welt vom vergangenen Donnerstag hieß. Parallel betätigte sich der Vize-Vorsitzende des DISS, Alfred Kellershohn, schon mal als Autor von Beiträgen für die links-autonomen Antifaschistischen Nachrichten, die der Verfassungsschutzbericht des Bundes in der Rubrik "Agitations- und Kommunikationsmedien" als "linksextremistische/linksextremistisch beeinflusste Publikationen" einordnete. Zum Herausgeberkreis des linksextremen Blattes wiederum gehört ein weiterer wissenschaftlicher Mitarbeiter des DISS, Martin Dietzsch.

DISS-Mitarbeiter Alfred Schobert bedient gleich eine ganze Reihe linker bis linksextremer Publikationen, früher vor allem etwa Jungle World und das ebenfalls vom Verfassungsschutz als linksextrem eingeordnete Blatt Der Rechte Rand, die anarchistische Zeitschrift

Graswurzelrevolution, und im letzten Jahr mindestens viermal die antideutsche Monatszeitschrift Konkret.

Parallel dazu hatte sich bereits früher der DISS-Gründer Siegfried Jäger positiv zum Antifaschismus kommunistischer Tradition bekannt: "Über Jahrzehnte hinweg ist antifaschistische Arbeit das Werk kleinster Zirkel gewesen. Besonderer Verdienste kommen hier den alten Widerstandskämpfern zu, besonders aber den vielen kleinen Gruppen, die im Rahmen der VVN gearbeitet haben und dort weiter arbeiten." Zum VVN meint nun das NRW-Innenministerium: "Bei der 'Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten' (VVN-BdA) setzt sich die maßgebliche Beeinflussung durch die DKP bis heute fort. Die VVN-BdA hat sich zwar mittlerweile auch einer anderen Klientel geöffnet; die Zielgruppen sind jedoch neben dem bürgerlich-demokratischen Spektrum auch die anderen linksextremistischen Parteien und die autonome Antifa-Szene. Das Engagement der VVN-BdA liegt in der Herausgabe themenbezogener Zeitschriften (Antifa-Rundschau, Antifaschistische Nachrichten) und vielfach tendenziös eingefärbter Informationsbroschüren ...".

Dessenungeachtet fungiert das DISS weiterhin sowohl als Initiator wie als Koordinierungszentrale "antifaschistischer Aufklärung", die gern von Landesbehörden in Anspruch genommen wird, die gleichzeitig vor den linksextremen Kooperationspartnern des DISS warnen.

Ob das NRW-Kultusministerium oder das Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Arbeitsaufträge erteilen, ob die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung DISS-Workshops gegen Rechtsradikalismus subventionierte oder ob Siegfried Jäger als "Experte" im Hauptausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages fungierte: Das DISS ist umtriebiger, findet Gehör und dadurch sein Auskommen.

Literaturempfehlung: Kritik als Ideologie - Die "Kritische Diskursanalyse" des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung. Wissenschaftliche Reihe - Heft 7. Hrsg.: Institut für Staatspolitik (www.staatspolitik.de).

Foto: Unter einem Dach: PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung und das DISS

Foto: Bürgerliche Fassade des DISS in der Duisburger Siegstraße: Kooperation mit Linksextremisten

Stichwort: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ging aus dem 1990 in Berlin gegründeten Verein Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. hervor. 1992 wurde sie von der PDS als parteinahe Stiftung anerkannt. Finanziell ausgestattet wird sie im wesentlichen aus dem Bundeshaushalt. 2004 betragen die Zuwendungen 11,85 Millionen Euro. Bundesweit organisiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung eigene Veranstaltungen zu linker Politik, so nächsten Dienstag (4. April) in Erfurt mit Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und anderen zum Thema "Wie weiter links? - Welche Perspektiven hat ein linkes Gesellschaftsprojekt?" Darüber hinaus kooperiert die Stiftung mit unterschiedlichsten sozialistischen/kommunistischen Partnern, fördert finanziell linke Tagungen, Kongresse und Konferenzen, unterstützt Buchpublikationen und CD-Projekte ("*Kein Bock auf Nazis!*"). Das angeschlossene Studienwerk vergibt Stipendien aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Das Netzwerk (Amadeu-Antonio-Stiftung, Bündnis für Demokratie und Toleranz, ZDK Gesellschaft für Demokratische Kultur gGmbH, Mut gegen rechte Gewalt, Blick nach Rechts, Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA))

Fest im Antifaschismus der DDR verwurzelt

„Kampf gegen Rechts“: Ein gut mit Steuergeldern ausgestattetes Netzwerk trägt den 2000 ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“
Hinrich Rohbohm

Für Politik und Medien stehen die Täter unmittelbar nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf vom 2. Oktober 2000 fest. Es wird über die Gefahren des Rechtsextremismus geredet, gesendet und geschrieben. Auch noch, als die Staatsanwaltschaft einen 19 Jahre alten staatenlosen Jordanier sowie einen 20jährigen marokkanischen Einwanderer als Verantwortliche für die Anschläge präsentiert. Die Nachrichtenagentur dpa vermeldete kurzerhand, daß es sich bei den Tätern um „zwei Rechtsradikale ausländischer Herkunft“ handle. Und auch die Tatsache, daß bei dem Anschlag auf einen S-Bahnhof ebenfalls in Düsseldorf wenige Monate zuvor bis heute keine Täter ermittelt werden konnten, scheint für den im Jahr 2000 ausgerufenen „Kampf gegen Rechts“ keine Rolle zu spielen.

Es war nicht das erste Mal, daß Politiker im Zusammenspiel mit Medien ohne Belege Rechtsextremismus herbeiredeten. Doch im Jahr 2000 wird aus dem Kampf gegen Rechtsextremismus ein institutionalisierter „Kampf gegen Rechts“, vorangetrieben durch einen „Aufstand der Anständigen“. Doch wer oder was ist rechts? Und: Wer sind die Anständigen? SPD, Grüne und die damalige PDS sind sich schnell einig. Die Anständigen sind sie selbst. Bekämpfen wollen sie Rechtsextremisten. Wer mit ihnen marschiert, ist ebenfalls anständig. Wer Zweifel äußert oder gar Kritik an dem oberflächlichen Vorgehen übt, ist unanständig – und wohl sowieso ebenfalls „rechts“.

Für die Deutungshoheit darüber, wer guter Demokrat und wer böser Rechter ist, sorgt mittlerweile ein breites Netzwerk (siehe Kasten unten), dessen Wurzeln häufig zurück bis in die Zeit des DDR-Regimes ragen. Eine Fülle von Organisationen, von denen die meisten Bundesbürger wenig oder überhaupt nichts gehört haben, kümmert sich um die Verteilung der jedes Jahr fließenden Steuergelder in Millionenhöhe. Alles unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen Rechts“. Mehr als 3.000 derartige Projekte werden in Deutschland durch staatliche Mittel gefördert. Und hinter so mancher dieser Organisationen verbergen sich Personen mit nur allzu offensichtlichem kommunistischem Hintergrund. Kein Wunder: Schon zu DDR-Zeiten war der Antifaschismus ein wirksames Mittel im Kampf gegen die aus Sicht der SED „faschistische BRD“.

Eine der Schlüsselorganisationen im „Kampf gegen Rechts“ ist dabei die Amadeu-Antonio-Stiftung. Sie unterhält Kontakt zu rund 250 sogenannten Kooperationspartnern, zumeist linke Gruppierungen. Andere Partner wiederum sind angesehene Unternehmen, mit deren Unterstützung die Stiftung sich Akzeptanz in bürgerlichen Kreisen verschafft. Zudem ist sie für die Verteilung der Gelder an die einzelnen Initiativen zuständig. Will heißen: Wer finanziell Förderung erhalten möchte, kommt an der Amadeu-Antonio-Stiftung kaum vorbei. Deren Vorsitzende ist Anetta Kahane, ehemalige Inoffizielle Mitarbeiterin des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Im Jahr 1991 wurde sie

mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet. Zur Begründung hieß es, sie stehe mit anderen stellvertretend für die friedlichen Demonstranten des Herbstes 1989 in der DDR. Für Stasi-Opfer ein Schlag ins Gesicht. Mittlerweile ist Kahane, die aus einem kommunistischen Elternhaus stammt, Mitglied im Kuratorium der Theodor-Heuss-Stiftung, die die Medaille verleiht und die Zivilcourage fördern will. Nach der Wende in der DDR war Kahane als Ausländerbeauftragte für den Ost-Berliner Magistrat tätig. Ein Jahr nach der Wiedervereinigung gründete sie die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA), eine Organisation, die Projekte an Schulen organisiert. Eine Aufklärungsarbeit über Rechtsextremismus, die wie ein Türöffner funktioniert und den Zugang zu Kindern und Jugendlichen ermöglicht.

Zum Netzwerk der Amadeu-Antonio-Stiftung gehört zudem eine Organisation mit dem Namen „ZDK Gesellschaft für demokratische Kultur GmbH“. Geschäftsführer ist Bernd Wagner, ehemaliger Oberstleutnant im Polizeiapparat der DDR, sowie langjähriges SED-Mitglied. Nach der Wende ist er weiter für die Kriminalpolizei tätig, wird sogar Leiter der Abteilung Staatsschutz im „Gemeinsamen Landeskriminalamt der neuen Bundesländer“. Gemeinsam mit Ingo Hasselbach, der als Muster-Neonazi-Aussteiger verkauft wird, gründet er das Aussteigerprogramm Exit. Auch bei Hasselbach ist der soziale Hintergrund interessant. Sein Vater, überzeugter Kommunist und Antifaschist, war zu DDR-Zeiten Chef des Jugendradios, die Mutter für die DDR-Nachrichtenagentur ADN tätig. Auch Wagner wurde bereits mit der Heuss-Medaille geehrt. Er gehört dem Freundeskreis der Theodor-Heuss-Stiftung an.

ZDK Gesellschaft für Demokratische Kultur GmbH

Die Organisation ist 1997 als Projekt der von der ehemaligen inoffiziellen Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane gegründeten Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) entstanden. Hieraus entwickelte sich im Jahr 2003 die ZDK Gesellschaft für Demokratische Kultur gGmbH. Geschäftsführer ist der ehemalige Oberstleutnant im Apparat der DDR-Volkspolizei, Bernd Wagner, der von 1975 bis 1989 Mitglied der SED gewesen ist.

Eigenen Angaben zufolge versteht sich die Gesellschaft als Institution, die sich bundesweit für demokratische Werte einsetzt und deren Initiativen dem Schutz vor Gewalt und Extremismus dienen. Die Gesellschaft gibt die Schriftenreihe „Bulletin“ heraus, die sie gezielt Schulen, Verwaltung, Polizei, Justiz, Sozialarbeitern und Medien zukommen läßt. Sie soll den einzelnen Institutionen als Orientierung dienen. Zudem ist das ZDK für das ebenfalls von Wagner gegründete Neonazi-Aussteigerprogramm Exit verantwortlich. Ein weiterer Schwerpunkt ist das „Verbundnetz von Demokratie und Toleranz“, eine Initiative der VNG Verbundnetz Gas AG. Die Unternehmensgruppe mit Sitz in Leipzig ist Deutschlands drittgrößter Erdgasimporteur. An ihr ist unter anderem die russische Gazprom beteiligt, bei der Altbundeskanzler Gerhard Schröder als Aufsichtsratsvorsitzender fungiert. Gesellschafter des ZDK sind die Amadeu-Antonio Stiftung sowie die in Weinheim ansässige Freudenberg-Stiftung.

Blick nach Rechts

„Blick nach Rechts“ ist ein zweiwöchentlich erscheinender Informationsdienst zum Thema Rechtsextremismus. Herausgeber ist der Journalist und frühere Ost-Berlin-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ Helmut Lölhöffel. Träger des Dienstes ist die Berliner Vorwärts Verlagsgesellschaft, die auch die gleichnamige SPD-Parteizeitung herausgibt. In Kooperation mit

der Amadeu-Antonio-Stiftung erstellt der „Blick nach Rechts“, dessen Schirmherrin die SPD-Politikerin Ute Vogt ist, monatlich Schwerpunkte zum Thema Rechtsextremismus. Auftraggeber hierfür ist die Bundeszentrale für politische Bildung, deren Präsident der SPD-Politiker Thomas Krüger ist. Krüger war 2005 in die Kritik geraten, weil er den Vorsitzenden der vom Verfassungsschutz beobachteten „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland“ als „Experten für Integrationsfragen“ empfahl und auch noch an ihm festhielt, als ihm dessen islamistischer Hintergrund schon bekannt war.

„Blick nach Rechts“ wiederum war 2004 durch eine kleine Anfrage der Unionsfraktion bezüglich der Förderung des Dienstes durch Steuergelder ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Dabei stellte sich heraus, daß das SPD-Blatt auf seiner Internetseite Verlinkungen zu linksextremistischen Organisationen aufwies. Die Antwort auf die Anfrage hatte ergeben, daß „Blick nach Rechts“ im Jahr 2000 mit rund 56.000 Mark aus Mitteln des Bundesinnenministeriums gefördert worden war.

Bündnis für Demokratie und Toleranz

Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ sieht sich als „der zentrale Ansprechpartner und Impulsgeber der Zivilgesellschaft in den unterschiedlichen Themenfeldern der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung“. Ihr Auftrag sei es, zivilgesellschaftliches Engagement zu sammeln, zu bündeln, zu vernetzen und öffentlich zu machen. Es wurde während der rot-grünen Koalition am 23. Mai 2000 vom Bundesinnenministerium und vom Bundesjustizministerium ins Leben gerufen. Im Beirat des Demokratie – und Toleranz-Bündnisses ist auch Ulla Jelpke von der Linkspartei vertreten. Jelpke gehörte in den achtziger Jahren dem Leitungsgremium des Kommunistischen Bundes an und war bis 1989 Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete für die Grün-Alternative Liste. Nach der Wende wechselte die heute 58jährige zur PDS.

Neben Jelpke ist auch ZDK-Geschäftsführer Bernd Wagner Beiratsmitglied. Darüber hinaus ist das Bündnis ebenfalls Kooperationspartner der Amadeu-Antonio Stiftung. Unter dem Dach des Bündnisses firmierte auch das von der rot-grünen Regierung eingeführte Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“, das sich in die Teilprogramme „Xenos“,

„Entimon“ und „Civitas“ gliederte. Bis 2006 flossen an Xenos 75 Millionen Euro an Steuergeldern, an „Entimon“ 65 Millionen sowie an „Civitas“ 52 Millionen Euro. Rund 4.500 Projekte und Initiativen wurden dadurch unterhalten. Inzwischen ist das Projekt eingestellt. Als Nachfolge wurde 2007 das Programm „Vielfalt tut gut“ aufgelegt, das jährlich vom Bund mit 19 Millionen Euro ausgestattet wird.

Mut gegen rechte Gewalt

„Mut gegen rechte Gewalt“ ist eine Aktion des „Stern“ und der Amadeu-Antonio Stiftung, die über Rechtsextremismus in Deutschland informiert. Mit seinem Engagement hat der „Stern“ der Amadeu-Antonio Stiftung eine größere Bekanntheit verschafft. Die Spenden an „Mut gegen rechte Gewalt“ fließen an die Amadeu-Antonio Stiftung. Der Internetauftritt von MUT wurde 2007 mit dem alternativen Medienpreis ausgezeichnet, der von der Nürnberger Medienakademie und der Stiftung Journalistenakademie vergeben wird. Letztere arbeitet eng mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen, die bei dem alternativen Medienpreis ebenso als Sponsor auftritt wie Verdi und die „Linke Medienakademie“, eine Arbeitsgemeinschaft, die sich „Rote Reporter“ nennt und eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Linkspartei ist.

Blick nach Rechts I siehe auf dieser Homepage auch „UTE VOGT SPD (http://de.wikipedia.org/wiki/Ute_Vogt und „Operation Übernahme“). **Ute Vogt ist Schirmherrin des Vereins Blick nach Rechts; außerdem in der Nürnberger Mißbrauchsvereinigung der UNESCO Regelung 1978 führend tätig, insbesondere was die sog. Städtekoalitionen betrifft:**

Gut für den sozialistischen Stallgeruch

SPD: Mit der Zeitung "Blick nach rechts" hält sich die Partei ihr **hauseigenes Antifa-Organ**
Siegfried Übach

Abseits des Rummels um den Möllemann/Friedman-Disput ereignete sich, von dem Medien nur gering beachtet, ein Fauxpas, verursacht durch einen Dritten, der seine Nase zu sehr in den Wind gestreckt hatte.

Bundeskanzler Gerhard Schröder wollte am 13. Mai auf einer Berliner SPD-Funktionärskonferenz proletarischen Kampfgeist beweisen, haute auf den Putz und verzettelte sich in Wahlkampfretorik. In seiner dort gehaltenen Rede beschwor er die alte linke Angst vor spukenden Dämonen: "Es geht ein Gespenst um in Europa, nämlich das Gespenst eines erstarkenden Rechtsradikalismus in vielen Ländern Europas." Hiergegen müsse ein sozialdemokratisches "Bollwerk" errichtet werden, meinte Schröder. Im Kreise seiner Getreuen ließ Schröder es sich dann nicht nehmen, die Gespenster genauer zu definieren. So äußerte er: "Wir werden nicht zulassen, daß dieses Europa Leuten wie Berlusconi, Haider, Le Pen oder sonst wem in die Hände fällt."

Dieser Tonfall war ganz nach dem Geschmack einiger Genossen. Besonders wohligh wurde es aber einem ums Herz: dem Journalisten Helmut Lölhöffel. Der in Königsberg geborene und in Niedersachsen Aufgewachsene hat sich als Lokalredakteur in Köln verdingt, war Redakteur bei ddp und arbeitete als Korrespondent der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Rundschau. 1999 bekam er den Medienpreis des Deutschen Bundestages von Bundestagspräsident Thierse überreicht. "Mein Herz schlägt links", bekannte er 2000 freimütig, allerdings betübte ihn der Fortgang Oskar Lafontaines aus dem Bundeskabinett so sehr, daß er aus der SPD austrat, um sich fortan als "parteiloser Sozialdemokrat" zu präsentierten. Nichtsdestotrotz erkannte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit Lölhöffels Qualitäten und ernannte ihn 2000 zum Vize-Sprecher des Senats.

Seit 1997 fungiert Lölhöffel als Herausgeber eines einschlägig bekannten "Informationsdienstes" unter dem Namen Blick nach rechts. Blick nach rechts ist das gemäßigte, immer wieder seine angebliche "Seriosität" betuernde, hauseigene "Antifaschismus"-Organ der SPD. Hier gibt man sich schlichter, sachlicher und leichtverdaulicher als bei den eindeutiger der linksradikalen Subkultur entwachsenen "Antifa"-Blättern, wie beispielsweise Der rechte Rand. Doch markige Überschriften und bekennende Kommentare lassen keinen Zweifel aufkommen, daß man beständig bemüht ist, "rechtsgerichtete" Gegner zu observieren und im Falle ihrer Ausübung der Meinungsfreiheit zu attackieren. Schließlich wollen gutbezahlte SPD-Ministersessel nicht nur durch Verfassungsschutzorgane gesichert bleiben, sondern bedürfen weitergehender Schutzmaßnahmen. Hierbei kommt willfähigen Helfern wie Lölhöffel Bedeutung zu.

Neider gibt es überall, auch im Bereich des organisierten "Antifaschismus". Der PDS-Anhänger und Konkret-Autor Peter Kratz, ein Dr. Watson der "Antifa", dem selbst in Kreisen der radikalen Linken "wirres Denunziantentum" vorgeworfen wird, wittert die Volksfeinde schon

lange in den eigenen Reihen. Auch bei Helmut Lölhöfffel wurde Kratz fündig und klärte im Internet über dessen "alte Neonazi-Seilschaften" auf. Schließlich sei Lölhöfffel in der Jugend Aktivist der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft e.V." gewesen, eine "Nazi-Sekte", wie Kratz sich kundig gemacht hat. Lölhöfffel unterhalte Kontakte zu seinem alten "Neonazi-Mitstreiter" Ulrich Rosenbaum, tätig in der SPD-eigenen Hamburger Morgenpost, und verbreite zusammen mit dem Journalist Burkhard Schröder Internet-Links zu neonazistischen Aufrufen. Kratz vermutet System dahinter und verbreitet die bange Frage: Könnte der Blick nach rechts am Ende doch nur ein geschickt aufgemachtes "Nazi"-Werbeblatt sein?

Gegründet wurde das Blatt 1980 allerdings aus ganz anderer Ecke. Der Journalist Kurt Hirsch hatte es als Öffentlichkeitsorgan seiner 1968 ins Leben gerufenen Vereinigung "Pressedienst Demokratische Initiative" (PDI) aus der Taufe gehoben. Ziel des PDI sollte die "Aufklärung" vor "reaktionären" und "neofaschistischen" Tendenzen sein. Die glaubte man damals vor allem in der Person des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß auszumachen und initiierte mit einem breiten linkssozialistischen Unterstützer-umfeld in Politik und Medien die große Kampagne gegen den politischen Konservatismus. Hirsch versuchte, den Erfahrungsschatz der DDR auf Westdeutschland anzuwenden. Zu seinem Bedauern wurde deshalb 1993 gegen ihn ein Verfahren der Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts der Agententätigkeit für die Stasi eingeleitet.

Das finanzielle Dilemma hatte Hirsch schon vor Honecker und Mielke ereilt. 1983 war der PDI pleite und mußte sämtliche Tätigkeiten einstellen. In dieser Situation erinnerten sich die SPD-Genossen an das geschickt nutzbare Blättchen Blick nach rechts und brachten es fortan ab 1984 als SPD-Pressedienst heraus. Heute residiert man in einer SPD-eigenen Immobilie neben dem Willy-Brandt-Haus, unterhält seit 1996 eine Internetseite, auf der man ein infantiles Spiel gegen "rechte Sprüche" anbietet und eine wirre Deutschlandkarte mit verzeichneten "rechten Vorfällen", also "behördlichen" und "verbalen Rassismus", "Drohungen" oder "rechten Versammlungen". Auch in der Jugenderziehung ist man aktiv, so schrieb der Blick nach rechts Ende 2001 den Wettbewerb "Du gegen Rechts" aus, bei dem zum Beispiel zehn 12- bis 15jährige Kinder der Rintelner Pestalozzischule das Theaterstück "Drachen gegen Rechts" aufführten. In der Jury saßen unter anderem Frank Jansen vom Tagesspiegel, Gabriele Nandlinger und natürlich Helmut Lölhöfffel vom Blick nach rechts. Zu dem Sponsoren gehörte auch das Bundesministerium des Innern. Die Schirmherrschaft übernahm Bundestagspräsident Wolfgang Thierse.

Das Rezept des Blick nach rechts ist einfach. Immer wieder sollen Sozialdemokraten und gestandene "Antifaschisten" mit den Weihen der Seriosität und Moralität ausgestattet werden, "Rechte" - also je nach Bedarf "Neonazis", "Faschisten" oder Konservative - werden dagegen als unseriös, dumm und/oder gefährlich dargestellt. Für ihre Kurzartikel ist die Blick nach rechts-Crew nicht wählerisch. Funktionäre der DKP-Vorfeldorganisation "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" gehören ebenso zu den Berichterstattern wie bekannte Namen der "Antifa"-Publizistik. Darunter der Kölner Hochschullehrer Christoph Butterwegge, der sich mit Vorliebe in PDS-Arbeitsgruppen umhertreibt, oder ein allgegenwärtiger Autor unter dem Pseudonym Anton Maegerle. Mit dabei auch, als vornehmes Aushängeschild, Armin Pfahl-Traugher, Mitarbeiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz. So schließen sich Kreise.

Zurück zu Kanzler Schröder. Kurz nach seinen Vorwürfen auf der SPD-Funktionärskonferenz traf der Medienkanzler am Dienstag anlässlich des Nato-Rußland-Gipfels bei Rom mit Silvio Berlusconi zusammen. Die umstrittene Textpassage mußte deshalb abgemildert werden. Lölhöfffel, dem Schröders Verbalexzeß so gut gefallen hatte, daß er den Text im Blick nach rechts veröffentlicht sehen wollte, gab klein bei. Nun heißt es offiziell: "Wir lassen nicht zu, daß dieses Europa in die Hände rechter Populisten fällt." Der Blick nach rechts wird hiermit vorerst leben müssen.

Klick nach links

"Kampf gegen Rechts": Fördert die Bundesregierung über ein SPD-Blatt Linksextremisten? /
Kleine Anfrage der CDU/CSU
Manuel Ochsenreiter

Normalerweise ist man bei dem SPD-eigenen Antifadienst Blick nach Rechts gewohnt, selbst Menschen und Organisationen ins Visier zu nehmen. Nun ist plötzlich alles seitenverkehrt. Denn der 1980 unter Stasi-Einfluß gegründete Mediendienst, der inzwischen nur noch eine Internetplattform ist, hat offensiv für linksextremistische Organisationen geworben.

Besonders pikant: Gleichzeitig soll der Blick nach Rechts Fördergelder des Bundes in Höhe von bis zu 28.000 Euro erhalten haben, und ausgerechnet eine Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Ute Vogt, fungiert auch noch als Schirmherrin des Antifa-Projekts.

Ein Bericht in der Welt brachte es vor zwei Wochen ans Tageslicht: Der Blick nach Rechts verweise gleich auf ein "gutes Dutzend" linksextremistischer Internetseiten, die allesamt dem Antifa-Spektrum entstammten, vor dem auch der dem Bundesinnenministerium unterstellte Bundesverfassungsschutz stets warnt.

Seit letzter Woche steht nun eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Förderung linksextremistischer Gruppierungen durch Otto Schilys (SPD) Ministerium im Raum. Detailliert auf sieben Seiten erkundigen sich die Unionsabgeordneten nach den Hintergründen der offensichtlichen Förderung. So verwies die Empfehlungsliste des Blick nach Rechts sowohl auf die "Antifaschistische Aktion Eckernförde" wie auf die "Antifa Görlitz" - beide finden auch in der Broschüre "Extremistische Bestrebungen im Internet" des Bundesinnenministeriums von 1999 Erwähnung. Im Impressum weist der Blick nach Rechts darauf hin, daß er sich die "Inhalte von Internetseiten Dritter nicht zu eigen" mache. Die Hinweise auf diese Seiten würden allerdings "nach bestem Wissen und unter Beachtung größtmöglicher Sorgfalt hergestellt".

Bereits die Vielzahl der Verweise zu "offenkundig linksextremistischen Bewegungen, die auch in Verfassungsschutzberichten erwähnt werden, zeigt aber, daß der Blick nach Rechts eine mit Steuergeldern finanzierte Plattform auch für die Verbreitung linksextremistischer Parolen unter dem Etikett der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist", heißt es in der Unions-Anfrage.

In der VVN-BdA sind Kommunisten tonangebend

Dabei hat es anscheinend vor allem eine Organisation dem Blick nach Rechts und Staatssekretärin Vogt angetan: Die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA). Der Verfassungsschutzbericht des Jahres 1999 gibt nähere Hinweise zu dieser Organisation. Tonangebend im VVN-BdA "sind aktive und ehemalige Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)", so der Bericht.

Der Verband orientiere sich der "klassischen orthodox-kommunistischen Faschismus-Doktrin, nach der 'Faschismus' und 'bürgerliche Demokratie' gleichermaßen der Sicherung der Herrschaft des Kapitals dienen".

Die VVN-BdA beteilige sich sogar führend an "zahlreichen Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen mit linksextremistischen Zusammenschlüssen". Dabei praktiziere die Vereinigung eine "offene Bündnispolitik" gegenüber gewaltbereiten Gruppen, führt der VS-Bericht weiter aus.

Ute Vogt ist dieser linksextremistische Zusammenschluß keinesfalls unbekannt. Im Januar letzten Jahres setzte sie sich als Pforzheimer Abgeordnete für die VVN-BdA ein. Damals wehrte sich die CDU Baden-Württembergs dagegen, daß eine Propagandaausstellung der VVN-BdA ("Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland") im Kulturhaus Osterfeld der Stadt gezeigt werden sollte. Der Grund: Die "unsägliche Verquickung der rassistischer Parolen rechtsextremer Organisationen mit Aussagen von demokratisch gewählten CDU-Volksvertretern", hieß es beim CDU-Kreisverband. Ute Vogt nannte den CDU-Kreisvorsitzenden und Landesstaatssekretär Stefan Mappus, der den Widerstand gegen die VVN-BdA anführte, einen "beleidigten Landesfürsten". Anstatt die Extremisten der VVN-BdA zu kritisieren, zog Vogt über die CDU her. Es sei ein "klarer Fall von Machtmißbrauch" der einer demokratischen Partei nicht würdig sei, so Vogt.

Ohnehin scheinen vor allem die baden-württembergischen Sozialdemokraten, denen Vogt vorsteht, ein besonderes Verhältnis zur VVN-BdA zu pflegen. Bereits vor zehn Jahren empörte sich die Fraktion der Republikaner im baden-württembergischen Landtag darüber, daß ausgerechnet die damalige Familienministerin und Sozialdemokratin Brigitte Unger-Soyka Mitglied in der orthodox-kommunistischen VVN-BdA war.

Unger-Soyka hat ihr Engagement bei den Linksextremisten nicht geschadet - heute arbeitet sie im Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend als Gleichstellungsbeauftragte. Zwar sei sie heute nicht mehr Mitglied der VVN-BdA, dies habe aber "keine inhaltlichen Gründe", wie Unger-Soyka im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT erklärte. Vielmehr habe sie sich nach ihrem Umzug nach Berlin 1999/200 "von ganz vielen Mitgliedschaften" getrennt. An ihrer Wertschätzung der Arbeit des Vereins ließ sie keinen Zweifel.

Doch bereits die Geschichte des Blick nach Rechts ist eng mit dem Linksextremismus verquickt. Von Beginn an diente er weniger der Bekämpfung des tatsächlichen Rechtsextremismus, sondern der Diffamierung des politischen Gegners - namentlich der Union. Denn der Gründer des Blick nach Rechts, Kurt Hirsch, handelte im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Das MfS hatte Hirsch bereits 1970 "auf ideologischer Basis" als Inoffiziellen Mitarbeiter (Deckname "Helm") angeworben. Hirsch soll sogar für kurze Zeit Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) gewesen sein.

Aufgabe von IM "Helm" war es, vor allem konservative Politiker und kommunistuskritische Organisationen als "rechtsextremistisch" zu diffamieren.

Hierzu publizierte er zahlreiche Broschüren, die von der Stasi über den "Presseausschuß der Demokratischen Initiative" mit mindestens 300.000 Mark finanziert wurden. Hirsch konnte damals viele Förderer aus den Reihen der SPD für den PDI gewinnen, darunter Peter Struck, Renate Schmidt und Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Als Hirsch 1983 verkündete, der Blick nach Rechts sei pleite, kaufte die SPD die Publikation und beschäftigte IM "Helm" fortan für ein monatliches Gehalt. Heute ist der ehemalige Vize-Senatssprecher von Berlin Helmut Lölhöffel Herausgeber des Blick nach Rechts.

Linksextremistische Vielschreiber am Werk

Dafür, daß es bei dem SPD-eigenen Antifa-Blatt mit der glaubhaften Abgrenzung gegenüber der extremen Linken nicht allzu weit her liegt, zeigt allerdings auch seine Autorenschaft. So greift beispielsweise Blick nach Rechts-Autorin Andrea Röpke auch für das Antifa-Magazin Der Rechte Rand sowie für die ehemalige FDJ-Zeitung Junge Welt zur Feder. Beide Publikationen sind den deutschen Innenbehörden wohlbekannt. Neben dem Rechten Rand ist auch die Junge Welt im VS-Bericht des Jahres 1998 erwähnt. Die Junge Welt sei demnach "das auflagenstärkste und aufwendigste organisationsunabhängige Blatt" der extremen Linken.

"Das Spektrum der Redakteure und Autoren spannt sich von Anhängern der DKP und KPF (Kommunistische Plattform) der PDS über frühere Unterstützer deutscher linksterroristischer Organisationen bis hin zu ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS und 'Kundschaftern des Friedens'", heißt es im VS-Bericht. Die ehemalige Ost-Zeitung bemühe sich darüber hinaus um Leser aus dem Bereich der "gewaltbereiten Linken".

Bei seinen Autoren scheint der Blick nach Rechts also nicht besonders wählerisch - weshalb auch? Kritik bleibt für gewöhnlich aus. So gehört der linksextremistische Kölner Hochschullehrer Christoph Butterwege zum wohlwollenden Umfeld des Blick nach Rechts.

Daß die Unions-Anfrage solche Punkte nicht aufgreift, kann nur an der mangelnden Sachkenntnis und Interesse an solchen Zusammenhängen liegen. Denn auch nach dem Artikel in der Welt und dem Großreinemachen in der Liste der Verweise (der Blick nach Rechts entfernte die Antifa-Links) befinden sich noch genug problematische Hinweise auf der Internetpräsenz.

So wird dort auch noch heute für die Ausstellung "Rechts um und ab durch die Mitte ?!" des Kölner Jugendclubs Courage e.V. geworben (die JF berichtete mehrfach). Auf den Schautafeln der Ausstellung werden gleich reihenweise Unions-Politiker mit rechtsextremistischer Gewalt in Verbindung gebracht.

Außerdem wird Besuchern der Ausstellung die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" empfohlen. In der Erklärung hierzu heißt es, die Kampagne informiere "über die Konsequenzen von Abschiebungen". Auf der Internet-Seite des nordrhein-westfälischen Innenministeriums scheint man mehr zu wissen: "Über verdeckte oder 'halblegale' Strukturen sollen Flüchtlingsgruppen Unterstützungsarbeit für 'Illegalisierte' leisten wie zum Beispiel die Organisation medizinischer Hilfe, Beschaffung von Wohnungen, Arbeit und Papieren bis zur Fluchthilfe."

Über die Kampagne "deportation class", zu der die Ausstellung dem Besucher mitteilt, sie engagiere sich gegen das "Geschäft mit Abschiebungen", sagt das Innenministerium: "Hauptaktivisten der Kampagne sind Personen des autonomen und antiimperialistischen beziehungsweise sozialrevolutionären Spektrums."

Daß im Bundesinnenministerium einiges im argen liegt, ist offenkundig. Nicht nur Unionspolitiker sind sich darin einig, daß aufgrund der Affäre um den Blick nach Rechts auch Schilys Glaubwürdigkeit als Bundesinnenminister auf dem Prüfstand steht. Seitens seiner Behörde gibt man sich gelassen und sieht bislang keinen Anlaß, sich vom Blick nach Rechts zu distanzieren. Auch sonst war man zu keiner Stellungnahme zur Sache bereit.

Einflußreiche Verstrickungen

"Kampf gegen Rechts": Internetseite "Netz gegen Nazis" stellt Konservative unter Extremismus-Verdacht / Unterstützung durch das ZDF
Felix Krautkrämer

Wenn es eines in Deutschland nicht genug gibt, dann Projekte gegen Rechtsextremismus. Das dachte sich wohl die Zeit, als sie ihr in der vergangenen Woche gestartetes Internetprojekt "Netz gegen Nazis" ins Leben rief. Nach Ansicht der Zeitungsmacher aus Hamburg war das bitter nötig: Schließlich gewinnen Rechtsextremisten in der Gesellschaft, in Parlamenten, auf der Straße, in der Jugendkultur und im Internet immer mehr an Einfluß. Rechtsextremismus sei ein gesamtdeutsches Phänomen und zudem auch keine Frage des Alters, sondern in weiten Teilen der Gesellschaft präsent. Ein Glück also, daß der Zeit mit dem ZDF, dem Deutschen Fußballbund (DFB), dem Deutschen Olympischen Sportbund, der Deutschen Fußballliga und dem Deutschen Feuerwehrverband äußerst prominente Kooperationspartner zur Verfügung stehen. Der Einfluß des Netzes gegen Nazis dürfte daher entsprechend groß werden.

Um so bedenklicher ist es, daß die Verantwortlichen keinerlei Differenzierung vornehmen. NPD, Autonome Nationalisten, aber auch Burschenschaften, das Studienzentrum Weikersheim, das Institut für Staatspolitik sowie die JUNGE FREIHEIT werden gemeinsam als "Nazis" beziehungsweise "Neonazis" klassifiziert. Wirft man einen Blick auf die Autorenliste, wird auch schnell klar, warum: Das Zitierkartell der üblichen Antifa-Journalisten gibt sich ein Stelldichein. Neben dem berüchtigten Anton Maegerle finden sich in trauter Runde die Genossen im Geiste: Andreas Speit, Andrea Röpke, Christian Dornbusch und Jan Raabe. Sie alle eint vor allem ihr völlig überzogenes Verständnis von Rechtsextremismus, die Neigung, gelegentlich die bloße Denunziation der wissenschaftlichen Arbeitsweise vorzuziehen, sowie die mangelnde Abgrenzung zum linksextremen Spektrum.

Und wo Maegerle die Zeilen füllt, da sind auch die Kollegen vom Blick nach rechts nicht weit. Schließlich ist Maegerle seit Jahren Autor des SPD-eigenen Antifa-Infodienstes. Kein Wunder also, daß sich im "Netz gegen Nazis" auch mehrere Beiträge der verantwortlichen Redakteurin des Blick nach rechts, Gabriele Nandlinger, finden. Allerdings handelt es sich dabei nicht um neuere Artikel, sondern zumeist um zweitverwertete, leicht modifizierte Beiträge, die Nandlinger zuvor schon anderswo veröffentlichte. Der JF widmet das "Netz gegen Nazis" gleich mehrere Beiträge, darunter auch vom emeritierten Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht zu haben scheint, die Menschheit vor der angeblichen Gefährlichkeit der JF zu warnen. Doch obwohl sich Gessenharter seit Jahren mit der Zeitung beschäftigt, kommt er über das Niveau schwurbelig-verklausulierter Andeutungen nicht hinaus. So vertritt Gessenharter im "Netz gegen Nazis" zum Beispiel die Meinung, solange die JF nicht den radikalen Bruch mit einer sagenumwobenen "neurechten Weltanschauung" vollziehe, "muß jeder, der sich mit dieser Zeitung gemein macht, wissen, daß er damit einer gefährlichen Relativierung des Grundgesetzes Vorschub leistet".

Der Blick nach rechts findet aber auch auf einer anderen Ebene Einzug ins "Netz gegen Nazis": in der Literaturliste zum Thema Rechtsextremismus, und zwar in Form des Pressedienstes Demokratische Initiative (PDI). Diese Einrichtung ging auf eine Initiative der DKP-gesteuerten und einst von der SED finanzierten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zurück. PDI-Gründer Kurt Hirsch verfügte zudem über beste Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit. Ab 1980 gab der PDI den Blick nach rechts heraus, bis ihn 1984 nach massiven finanziellen Schwierigkeiten die SPD übernahm, die seitdem für ihn verantwortlich ist.

Obwohl die Verbindungen des PDI zum MfS bekannt sind, tauchen in der Literaturliste des Zeit-Portals allein acht Titel dieser Initiative auf. Da verwundert es auch nicht, daß das Logo des Netzes gegen Nazis - zwei ineinandergreifende Hände - stark an das Parteiemblem der SED erinnert.

Der PDI ist allerdings nicht die einzige fragwürdige Publikation, auf die verwiesen wird. Neben Büchern aus linksradikalen Verlagen wie Unrast und Elefanten Press wird bezeichnenderweise auch das 1994 erschienene Buch "Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU & CSU?" empfohlen.

Und genau das ist symptomatisch für das "Netz gegen Nazis". Konservativ, Rechts, Rechtsextrem: Alles wird in einen Topf geschmissen und mit dem "Nazi"-Etikett verfeimt. Eigentlich nichts Neues. Daß sich aber die Zeit und vor allem das öffentlich-rechtliche ZDF für diese antifaschistische Vorgehensweise hergeben, hat schon eine besondere Qualität, deren Außenwirkung nicht unterschätzt werden darf - zumal mit DFB und Deutschem Feuerwehrverband zwei Organisationen als Mitinitiatoren zur Verfügung stehen, die Millionen von Mitgliedern erreichen.

Und genau deswegen trat die Zeit anscheinend auch an diese Einrichtungen heran. Zumindest bestätigte dies der Deutsche Feuerwehrverband auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT. Der 1,3 Millionen Mitglieder umfassende Verband erreiche Jugendliche auch in großflächigen Bundesländern und strukturschwachen Regionen. Diese Jugendlichen will das "Netz gegen Nazis" anscheinend möglichst früh zu überzeugten Antifaschisten erziehen. Deswegen wurde auch ein Forum eingerichtet, in dem die Benutzer miteinander über ihre Erfahrungen mit Rechtsextremismus diskutieren können, wovon mittlerweile auch reichlich Gebrauch gemacht wird.

Foto / Fotomontage: Internetseite "Netz gegen Nazis", SED-Emblem: Verweise auf linksextremistische Organisationen

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

„Sie ist immer Kommunistin geblieben“

SPD: Die Dienstwagenaffäre von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt lenkt den Blick auf deren radikale politische Vergangenheit
Hinrich Rohbohm

Sie steht in der Kritik, weil sie ihre 100.000 Euro teure Dienstlimousine in ihren spanischen Urlaubsort kommen ließ. Steuerverschwendung, argwöhnen einige Medien. Alles sei korrekt gewesen, meint Ulla Schmidt (SPD). Jetzt ist herausgekommen: Auch in vorherigen Jahren nutzte die SPD-Politikerin ihre Nobelkarosse im Urlaub. Union und FDP fordern ihren Rücktritt – nicht zum ersten Mal. Denn Schmidts Biographie weist weit mehr Geschmäcke auf als die fragwürdige Nutzung von Dienstwagen im Urlaub.

Doch zumindest in Ulla Schmidts Geburtsstadt Aachen hält man zu ihr. „Das ist doch nur Wahlkampf“, meint ein 69 Jahre alter Rentner aus der Kaiserstadt. „Das war inszeniert“, ist sich eine 24jährige Studentin sicher. Und die Aachener Zeitung sekundiert der hiesigen Bundestagsabgeordneten in Form eines Kommentars von Ralph Allgaier, in dem es heißt: „Aufregen sollte sich die Bevölkerung über anderes: Etwa über jene Menschen, die an der

Entstehung der Weltfinanzkrise mitbeteiligt waren und nun schon wieder fette Gewinne einfahren ...“

Gegen Ulla Schmidt gab es viele Anschuldigungen. Doch keine hat bislang ihre Karriere stoppen können. Die 60jährige ist mit der Stadt Aachen eng verwachsen: Hier wird sie am 13. Juni 1949 geboren. Hier macht sie 1968 Abitur. Und auch ihr Studium der Psychologie und Pädagogik absolviert sie in der Kaiserstadt. Nebenbei jobbt sie als Aushilfskellnerin in der Aachener Rotlicht-Tanzbar „Barbarina“, die ihrer Schwester Doris Zöller gehört.

1976 kandidiert sie erstmals für den Deutschen Bundestag. Nicht für die SPD, sondern für den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), eine maoistisch ausgerichtete linksextremistische Kaderorganisation, die laut damaligem Verfassungsschutzbericht den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und über die proletarische Revolution gewaltsam die Diktatur des Proletariats erreichen will. Der KBW verehrte kommunistische Diktatoren wie Mao in China oder Pol Pot in Kambodscha: Massenmörder, die wie einst Hitler Millionen von Menschen auslöschen ließen. Die Organisation nennt Mao ihren „Führer“. Sie unterstützt den als Schlächter von Afrika bekannt gewordenen einstigen Diktator Ugandas, Idi Amin, sowie die kommunistische Bewegung Robert Mugabes in Zimbabwe, die später aufgrund zahlreicher Menschenrechtsverletzungen in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerät.

In der Ausgabe vom April 2006 schreibt das Magazin Cicero über Ulla Schmidt: „Sie erzählt nichts davon, daß KBW-Jugendgruppen ganze Lagerfreizeiten unter das Motto ‘Gewehre für die Jugend in Zimbabwe, proletarische Revolution und bewaffneter Aufstand in Deutschland’ stellten. Auch nicht, daß ihr Parteiblatt den Regierungsbehörden selbst die These geliefert hatte, daß über die Spendenaktion mit dem Titel ‘Gewehre für die Jugend Zimbabwes’ eine U. Schmidt in ihrer Klasse 30 Mark einsammeln ließ.“ Laut Verfassungsschutzbericht von 1978 sammelte der KBW über 1,1 Millionen Mark für die Mugabe-Bewegung. Schmidt selbst sieht das laut Cicero so: Nach einer Buchlektüre über Kinder in Zimbabwe hätten ihre Schüler Geld spenden wollen. In Nordrhein-Westfalen ist Ulla Schmidt 1976 eine der Spitzenkandidatinnen des KBW. Sie wird für Platz zwei der Landesliste nominiert. Im gleichen Jahr absolviert sie ihr zweites Staatsexamen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen. Einer Verpflichtungserklärung auf das Grundgesetz verweigert sie die Unterschrift. Aufgrund des Radikalenerlasses wird sie zunächst nicht in den Schuldienst übernommen.

Doch wie viele andere kommunistische Altkader gelingt auch ihr der Marsch durch die Institutionen. Nach einer dreimonatigen Assistenzstelle in einem Aachener Kaufhaus wird sie noch im gleichen Jahr Lehrerin für Sonderpädagogik an der Schule für Lernbehinderte in Stolberg. Auch in die Gewerkschaft wird sie wieder aufgenommen, die sie aufgrund ihrer linksextremistischen Aktivitäten zunächst ausgeschlossen hatte. Sie läßt sich in den Personalrat wählen. Von ihrem Mann, einem Ex-Funktionär des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), trennt sie sich. 1983 tritt sie der SPD bei. Es ist ihr einstiger Gegenkandidat bei der Bundestagswahl von 1976, der sie fördert und zu den Sozialdemokraten holt: Dieter Schinzel, ein dem linken Flügel der Partei nahestehender Politiker und Bruder des Schlagersängers Christian Anders. Schinzel gerät Mitte der neunziger Jahre in die Schlagzeilen, weil er an einem Falschgeld-Handel beteiligt sein soll.

Gemeinsam mit einem WDR-Redakteur wird er am 27. Mai 1994 verhaftet. Fünf Personen werden aufgrund des Falschgeld-Deals in der Größenordnung von vier Millionen Schweizer Franken verurteilt, das Verfahren gegen Schinzel und den WDR-Redakteur eingestellt. Die Banken kündigen Schinzel daraufhin seine Kredite, und die inzwischen zur Bundestagsabgeordneten aufgestiegene Ulla Schmidt springt für ihn als Bürge ein. Wodurch auch sie finanzielle Probleme bekommt. Einen Teil ihrer Bundestagsdiäten, zwei

Lebensversicherungen sowie ihren BMW muß die ehemalige KBW-Funktionärin an die Banken abtreten, selbst Überweisungsaufträge werden storniert. Schon 1992 gerät sie in das Visier der Steuerfahndung. Bei einer Razzia in der Wohnung ihrer Schwester finden Kripo-Beamte ein Sparbuch mit fünfstelligen Summen, das auf den Namen Ulla Schmidt ausgestellt ist.

Schröder beruft die Aachenerin dennoch in sein Kabinett, macht sie 2001 zur Gesundheitsministerin. „Sie ist immer Kommunistin geblieben“ sind nicht wenige Mediziner überzeugt. Bereits am 29. Dezember 2005 schreibt ein Arzt bei „facharzt.de“ im Internet: „Das von ihr maßgeblich beeinflusste System des deutschen Gesundheitswesens ähnelt einer dirigistischen Verwaltungsbürokratie kommunistischer Prägung in lehrbuchartiger Genauigkeit.“ Und das Magazin versicherungstip (vt) resümiert in seiner Ausgabe vom 26. September 2006: „Das damalige nachhaltige Engagement, dessen heutige Vertuschungs-Versuche und ein Gesundheitsreform-Entwurf, der Enteignungscharakter hat, sind deutliche Zeichen, daß kommunistisches Gedankengut bei Ulla Schmidt die Zeit überdauerte.“

Foto: Ulla Schmidt: Einst hatte sie es als angehende Lehrerin abgelehnt, eine Verpflichtungserklärung auf das Grundgesetz zu unterschreiben

Anarchist Black Cross (ABC) / Bewegung militanter Widerstand (BMW)

Im Visier linksautonomer „Haßbrenner“

Brandanschläge in Berlin: Schon jetzt übersteigt die Anzahl der angezündeten Fahrzeuge die Summe des gesamten Vorjahres
Hinrich Rohbohm

Es ist Nacht in Kreuzberg. Stille. Nur vereinzelt sind Leute unterwegs. Alles ist so ruhig und normal, daß es für Kreuzberger Verhältnisse fast schon wieder unnormale sein könnte. Und doch: War da nicht ein Geräusch? Stimmen sind zu hören. Gelächter, Gefeiße. Dann ein Scheppern. Haben sie wieder zugeschlagen?

Nein. Kein Knall, keine Flammen. Brennende Autos sind nicht zu sehen. Zwei Jugendliche hatten lediglich eine Blechbüchse über die Straße gekickt, unterhalten sich, grölen in die Nacht hinein. Heute nacht bleibt es friedlich in Berlin. Ausnahmsweise. Denn die Autofahrer der Hauptstadt werden immer häufiger durch Brandanschläge auf ihren fahrbaren Untersatz terrorisiert.

Anfang September dieses Jahres waren innerhalb weniger Stunden gleich fünf Wagen der Oberklasse in Brand gesetzt worden. Zwei Fahrzeuge hatte es am Paul-Lincke-Ufer erwischt, zwei in der Dresdener Straße und einen Wagen in der Admiralstraße. Inzwischen liegen der Polizei Bekenner schreiben vor, der Staatsschutz ermittelt.

„Bis zum 8. September gab es in diesem Jahr bereits 103 politisch motivierte Anschläge auf Fahrzeuge“, sagt Polizeisprecher Guido Busch. Hauptsächlich würden die Täter in Pankow, Berlin-Mitte und in Friedrichshain-Kreuzberg zuschlagen. Gegenden, die als Hochburgen der linksautonomen Szene gelten. Dabei wurden 157 Pkws „abgefackelt“, weitere 53 in Mitleidenschaft gezogen. Zumeist handelt es sich dabei um Wagen der Oberklasse, die als Anschlagziel dienen. Mercedes, Porsche oder BMW. Auch Geländewagen mußten des öfteren dran glauben. Schon jetzt übersteigt die Anzahl der angezündeten Fahrzeuge die Summe des gesamten Vorjahres. So habe es nach Angaben der Berliner Polizei im Jahr 2008 lediglich 73 Anschläge gegeben.

Auch in Hamburg schlugen die Feuerteufel zu. In diesem Jahr sind 31 Autos nach Anschlägen niedergebrannt. Beim Schanzenfest am vergangenen Wochenende, wo es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Linksextremisten gekommen war, brannten in den Stadtteilen Othmarschen und Altona sogar drei Wagen gleichzeitig. Die Ordnungshüter in der Hansestadt wollen jetzt den Polizeihubschrauber „Libelle“ einsetzen, mit dem sie per Wärmebildkamera nachts Fahndungen vornehmen zu können. Doch woher kommt der Haß, die abgrundtiefe Abneigung gegen teure Autos?

Handelt es sich bei den Tätern um Linksextremisten? Kommunisten, die Porsche-, Mercedes- oder BMW-Wagen als Symbolfigur eines von ihnen verhaßten kapitalistischen Systems sehen? Sind es militante Umweltschützer, die sich am Nobelgefährt abreagieren, weil ein Oberklasse-Wagen als verschwenderische Benzinschleuder gilt? Oder ist es einfach nur blinder Vandalismus, Ausdruck von spontaner Zerstörungswut ohne Sinn und Motiv?

Ohne Zweifel dürfte von allem etwas dabei sein. Wann oder wo die Täter zuschlagen, ist vollkommen unklar. Zu leicht ist es, des Nachts in irgendeiner Straße mit simplen Grillanzündern ein Auto in Flammen zu setzen. Und ehe das Gefährt richtig zu brennen beginnt, haben sich die Täter längst aus dem Staub gemacht. Trotzdem verdichten sich die Hinweise, daß die Anschläge Teil einer linksextremistischen Strategie sein könnten. Während es in Hamburg keine Bekennerschreiben gibt, gibt es in Berlin stichhaltige Anhaltspunkte dahin, daß es sich um gezielte politische Taten handeln könnte. „Wir haben mittlerweile mehrere Bekennerschreiben erhalten“, betont Polizeisprecher Guido Busch.

Eines stammt von einer Organisation mit dem Namen „Bewegung militanter Widerstand“ (BMW). Die Gruppe behauptet, acht Fahrzeuge in Friedrichshain, Neukölln, Kreuzberg und Berlin-Mitte angezündet zu haben. Als Begründung gibt sie die „Umstrukturierung“ ärmerer Bezirke an. Ihr Motto: „Brennende Nobelkarossen versus Gentrifizierung“. Übersetzt aus dem linksextremistischen Jargon bedeutet dies: Vertreibung von Mietern aus ihrem Wohngebiet aufgrund von Luxussanierungen. Einen Hinweis darauf, wo die Brandanschläge bevorzugt verübt werden, liefert „BMW“ auch gleich noch mit: In Gegenden, die von der „Vertreibung“ am stärksten betroffen seien. Zugleich hatte die Gruppe zu ihrem Schreiben eine Bedienungsanleitung für das Anzünden eines Autos mitgeliefert.

Inzwischen ist auch ein wenig Licht in die Ermittlungen über die Tätergruppen gekommen. Polizisten in Zivil, die gezielt nach sogenannten „Haßbrennern“ Ausschau halten, können erste Erfolge vorweisen. So ermittelten die Beamten vierzehn Verdächtige, von denen sich derzeit sieben in Untersuchungshaft befinden. Sechs von ihnen wird zur Last gelegt, Autos aus politischer Motivation angezündet zu haben. Dabei haben zumindest drei der mutmaßlichen Täter offensichtliche Verbindungen zur linksextremistischen Szene.

Somit könnten die Anschlagsserien möglicherweise bald ein Gesicht bekommen. Etwa durch die 21jährige Alexandra R., Mitglied der antifaschistischen Berliner Anti-Nato Gruppe (BANG). Bereits am 1. Mai war R. in Hamburg mit dem Gesetz in Konflikt geraten, als sie ein Bankgebäude mit Steinen bewarf. Vorbestraft ist sie dennoch nicht. Sie war lediglich zu Sozialstunden verurteilt worden.

Ein weiterer mutmaßlicher Täter: Christoph T. (22), der beschuldigt wird, mit einem 20 Jahre alten Komplizen Mitte Juni einen VW-Passat in der Pettenkofferstraße in Friedrichshain in Brand gesetzt zu haben. Er soll mit typischer Kleidung aus der linksextremistischen Szene erwischt worden sein. Und der Niederländer Niels V. (24) wurde im Juni während der linksautonomen „Action Weeks“ festgenommen. Er wird beschuldigt, zusammen mit einem 18jährigen einen Mercedes in der Adalbertstraße in Kreuzberg in Brand gesetzt zu haben.

Entlarvend: Die drei Inhaftierten erhalten nach ihrer Festnahme prompt Unterstützung aus der linksextremistischen Szene. Etwa von Anarchist Black Cross (Anarchistisches Schwarzes Kreuz), kurz ABC genannt, eine 1905 in Rußland gegründete internationale Organisation, die inhaftierte Anarchisten unterstützt. Auf der linken Informationsplattform Indymedia schreibt ABC in bezug auf die Festnahmen: „Ob die Gefangenen nach den staatlichen Vorgaben als ‘schuldig’ oder ‘unschuldig’ gelten, interessiert uns nicht. Wir dürfen unsere Solidarität nicht beschränken, sondern für alle dasein, die mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihren Beitrag zum Kampf gegen Staat und Kapital leisten.“

Alexandra R. gilt als militante Antifa-Aktivistin. Auch der von Linksextremisten getragene Verein „Rote Hilfe“ scheint sie zu unterstützen. Im Internet ruft die Antifa bezüglich des Falles von R. zu Spenden auf das Konto des Vereins auf. Dies geschieht auch auf der Netzseite von „Political-prisoners.net“, auf der unter anderem für eine Sympathiekampagne zugunsten der Roten Armee Fraktion (RAF) geworben wird.

Mittlerweile sind die Brandanschläge aber auch ein Problem für die Berliner Politik geworden. So wirft die Opposition dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit vor, nicht entschlossen genug gegen die Linksextremisten vorzugehen, um den kommunistischen Koalitionspartner von der Linkspartei bei Laune zu halten.

Kreuzberger Autofahrer lassen sich unterdessen nicht aus der Ruhe bringen. „Wenn es mich erwischt, dann ist das nun mal so, dann habe ich eben Pech gehabt“, ist der Tenor nicht weniger Anwohner. Zusätzlich heizte der Chef des Landeskriminalamtes, Peter Michael Haeberer, die Diskussion an. Der hatte zu den Brandanschlägen vor dem Innenausschuß gesagt: „Würde ich meiner Frau einen Brillantring kaufen und sie würde ihn unter einer Laterne liegenlassen, würde ich mich auch wundern.“ Ein Satz, der den Kreuzbergern übel aufstößt. „Was soll ich machen, eine Garage ist teuer“, meint ein VW-Golf-Fahrer, der über den „Witz“ des LKA-Chefs „nicht lachen“ kann.

Basierend auf Meldungen der Berliner Polizei (www.berlin.de/polizei) sammelt ein Team der Tripsbytips GmbH (Reiseunternehmen) Daten zu brennenden Autos in Berlin und visualisiert sie im Internet unter www.brennende-autos.de.

Stichwort: „Anarchist Black Cross Berlin“

Die 1905 in Rußland gegründete Organisation „Anarchist Black Cross“ (ABC) unterstützt inhaftierte Anarchisten und organisiert für sie Solidaritätsaktionen. Darüber hinaus fordert sie die Abschaffung aller Haftanstalten, da ihre Mitglieder der Überzeugung sind, daß Gefängnisse lediglich der Erhaltung der herrschenden Klasse dienen. ABC unterhält zahlreiche Unterorganisationen in mehreren Ländern. Auch in Berlin existiert eine Gruppe, die sich mit den mutmaßlichen Autobrandstiftern solidarisch erklärt und in deren Namen zu Spenden an die linksextremistische Rote Hilfe aufruft (www.abc-berlin.net).

Fotos: Berlin-Friedrichshain (Rigaer Straße): Bisher ermittelte die Polizei vierzehn Verdächtige, von denen sich sieben in Untersuchungshaft befinden, Schmiererei an Hauswänden

Rote Hilfe

Rote Hilfe kämpft gegen die „Diffamierung der RAF“

Von Felix Krautkrämer



BERLIN. Die neue Bundesvorsitzende der Jusos, Franziska Drohse, hat dem medialen und politischen Druck nachgegeben und ist aus der **linkextremen Organisation Rote Hilfe** ausgetreten.

Grund für ihren Austritt sind allerdings nicht die verfassungsfeindlichen und extremistischen Positionen, welche die Rote Hilfe vertritt. Vielmehr hätte ihr die Diskussion der vergangenen Tage gezeigt, „daß die Jusos nicht auf Grund ihrer politischen Positionen, sondern wegen meiner privaten Mitgliedschaft bei der Roten Hilfe wahrgenommen“ würden, wie die 27jährige gegenüber dem *Spiegel* sagte.

Eine glaubwürdige Distanzierung zu der linkextremen Gruppierung fand nicht statt. Ebenso wenig zur linkextremen DKP-nahen "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA).

Derweil ruft der **Unterverband der Jusos im niedersächsischen Holzminden** weiterhin dazu auf, in die Rote Hilfe einzutreten. Und das, obwohl die Organisation im Bundesverfassungsschutzbericht als linksextreme Organisation eingestuft wird.

"Diffamierung der RAF"

Die Rote Hilfe e.V. sieht sich in der Tradition der 1924 in der Weimarer Republik unter Führung der KPD gegründeten „Roten Hilfe“, deren erster Vorsitzender der KPD-Politiker und spätere DDR-Staatschef Wilhelm Pieck war.

In der Bundesrepublik entstanden erste Rote Hilfe-Gruppen zu Beginn der siebziger Jahre, hauptsächlich auf Initiative der "Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten".

Im Januar 1975 fand dann der Gründungskongreß der Roten Hilfe zu einem deutschlandweiten eingetragenen Verein statt.

Ihre Bundesgeschäftsstelle hat die linksextreme Organisation heute in Göttingen. Nach Angaben des Verfassungsschutzes verfügt sie über etwa 4.300 Mitglieder in fast 40 Ortsgruppen. Zudem gibt sie vierteljährlich die Verbandszeitschrift, *Die Rote Hilfe*, heraus.

In der aktuellen Ausgabe beklagt die Redaktion anlässlich des 30. Jahrestages der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer und dem anschließenden Selbstmord der RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stammheim, daß die „Medien der BRD“ einer wahren „Propagandamaschinerie“ in Gang gesetzt hätten.

Diese habe nicht nur die „Diffamierung der RAF“, sondern ebenso die Denunzierung des gesamten Aufbruchs der Linken in den 1960-er und 1970-er Jahren“ zum Ziel. An anderer Stelle heißt es, „Denunzianten, Besserwisser, Klugscheißer und Medienhetzer noch und nöcher, derweilen schwadronieren die Herrschenden ungeniert über das Zusammenwachsen von innerer und äußerer Sicherheit“.

Rote Hilfe kämpft gegen die „Diffamierung der RAF“

Von Felix Krautkrämer

"Antifa heißt Angriff" und "Krieg dem imperialistischen Krieg"

Die Rote Hilfe versteht sich als „parteiunabhängiger, strömungsübergreifender linker Organisationszusammenhang“. Dabei unterstützt sie nach eigenen Angaben „Menschen, die im bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaatsgefüge BRD auf Grund ihrer politischen Betätigung verfolgt, also in der einen oder anderen Form zu Zielscheiben der staatlichen Repression werden“.

Die Unterstützung findet in finanzieller, politischer und rechtlicher Weise statt. Sie beschränkt sich dabei aber nicht nur auf "linke Demonstranten, die bei Kundgebungen festgenommen werden", wie oftmals verharmlosend geschrieben wird, sondern wird auch, wie beispielsweise 2003, Personen gewährt, die angeklagt waren, als Mitglieder einer linksterroristischen Gruppe Brand- und Sprengstoffanschläge begangen zu haben.

„Politische Betätigung“ definiert die Organisation als „das Eintreten für die Ziele der Arbeiterbewegung, der antikapitalistische, antifaschistische, antisexistische oder gewerkschaftliche Kampf, oder der Widerstand gegen weltweite Kriegsgefahren“. Ihre „Antirepressionsarbeit“ sei nach eigener Ansicht notwendig, „um z. B. Revolution zu machen, 'Antifa heißt Angriff' tatsächlich in der Praxis umzusetzen oder 'Krieg dem imperialistischen Krieg' entgegenzusetzen.“, so die linksextreme Vereinigung in einer Ausgabe ihrer Verbandszeitschrift 2006.

"Abschaffung aller Knäste"

Zu dem jährlich von Linksextremisten am 18. März begangenen „Tag der politischen Gefangenen“, bringt die Rote Hilfe regelmäßig eine Sonderausgabe ihrer Verbandszeitschrift heraus, in der zur Solidarität mit inhaftierten Linksextremisten im In- und Ausland aufgerufen, sowie deren Freilassung gefordert wird.

Ein zentrales Anliegen stellt dabei immer wieder die Forderung nach der Freilassung der sich noch im Gefängnis befindenden Terroristen der RAF dar. Die Extraausgabe erscheint gewöhnlich als Beilage in der linksextremen Tageszeitung *Junge Welt*. 2005 forderte die Rote Hilfe darin unter anderem die „Abschaffung aller Knäste“.

Der traditionelle Aktionstag 18. März knüpft an die Barrikadenkämpfe in Berlin während der März-Unruhen 1848 und den Beginn der Pariser Kommune im März 1871 an. Bereits 1923 hatte die „Internationale Rote Hilfe“ der „Kommunistischen Internationalen“ am 18. März den „Internationalen Tag der politischen Gefangenen“ ausgerufen.

Das Netz der Linkspartei (Die Linke, Linksjugend „Solid“, Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband, VVN-BdA, Rote Hilfe, Rosa-Luxemburg-Stiftung, DKP, Antifa)

Personen

Der Antifa-Journalist **Anton Maegerle (Gernot Modery)**

"Fall Stephan Braun": Antifa-Journalist Anton Maegerle im Dienst der SPD

Von Felix Krautkrämer



A. Paul Weber, Der Denunziant (1962)



Stephan Braun: Bestreitet jede Querverbindung zu Linksextremisten

BERLIN. Der „Fall Stephan Braun“ zieht weitere Kreise. Immer irritierter reagiert die Öffentlichkeit auf die durch Recherchen der JUNGEN FREIHEIT ans Licht gekommenen Querverbindungen des baden-württembergischen Abgeordneten und SPD-Verfassungsschutzexperten Stephan Braun ins linksextremistische Milieu.

Der angesehene VS-Verlag für Sozialwissenschaften hat jetzt die Reißleine gezogen und die Auslieferung des heftig umstrittenen und von Braun gemeinsam mit Ute Vogt (SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg) herausgegebenen Buchs „Die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘“ gestoppt.

Grund dafür war die mangelhafte Recherche eines Co-Autoren von Braun: Dem einschlägig bekannten Antifa-Journalisten Anton Maegerle unterliefen gleich mehrere peinliche Fehler. Sein Porträt über den promovierten Historiker Stefan Scheil wies so gravierende Mängel auf, daß Passagen des Buches geschwärzt beziehungsweise überarbeitet werden müssen.

Für Kenner der Arbeitsweise Maegerles kam dies aber nicht überraschend. Ist er doch bekannt für Beiträge, deren vordergründiger Zweck in der Denunziation von Personen liegt, die nach primitivem politischem Schubladendenken einem „rechten Spektrum“ zuzuordnen sind.

Die diskreditierende Arbeitsweise Maegerles zeigt sich beispielsweise auch daran, daß er im in Brauns Buch enthaltenen Autorenporträt über Stefan Scheil unterschlug, daß dieser mehrere Werke im renommierten „Duncker & Humblot“-Verlag veröffentlichte und zudem auch für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt. Daß Scheil ein anerkannter Historiker ist, paßte Maegerle nicht ins Bild

Maegerle scheut das Licht der Öffentlichkeit

Bei „Anton Maegerle“ handelt es sich allerdings um ein Pseudonym. Sein richtiger Name lautet Gernot Modery und beheimatet soll er im badischen Bruchsal bei Karlsruhe sein. Zudem ist Modery laut Bericht zur Jahreshauptversammlung 2006 auch Beisitzer im Vorstand des SPD-Ortsverbandes im nahe gelegenen Untergrombach. Neu ist allerdings, daß dieser sagenumwobene Kampfname mittlerweile von seinem Arbeitgeber bestätigt wird. In einem kürzlich im hauseigenen Antifa-Organ der SPD, dem „Blick nach rechts (bnr)“, erschienenen

Artikel war plötzlich vom „bnr-Autor Gernot Modery“ die Rede. In der Öffentlichkeit ist er unter diesem Namen allerdings kaum bekannt.

Maegerle scheut das Licht der Öffentlichkeit. Angeblich aus Angst vor Rechtsextremisten. Selbst der Verleihung eines Preises, den Maegerle 2007 für seine „Recherchearbeit“ erhielt, blieb er fern. In einem Fernsehbericht über die Preisträger wurde darauf geachtet, daß Maegerle nicht zu erkennen war.

Doch trotz des Preises ist Maegerle als Experte für Rechtsextremismus mehr als umstritten. Nicht nur, weil er bereits selbst in linksextremen Publikationen wie *Der Rechte Rand* oder *Konkret* publiziert hat. Seine Arbeitsweise gilt unter Extremismusexperten auch als unwissenschaftlich. Der renommierte Extremismusforscher Eckhard Jesse schrieb einmal über Maegerle, dieser wittere „in bekannter Antifa-Manier überall Rechtsextremisten“.

Da gerät auch schon einmal selbst der populäre Volksmusiker Heino unter Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen. Denn der singe „nicht nur Lieder wie ‘Schwarzbraun ist die Haselnuß’“, sondern lasse „seine Platten auch von rechtsextremen Verlegern vertreiben“. Das wisse nur keiner, wie Maegerle einmal geheimnisvoll der *Berliner Zeitung* verriet.

Auch Edmund Stoiber (CSU) wurde von Maegerle bereits mit dem Verdacht des Rechtsextremismus belegt. In einem Beitrag in der linksextremen antideutschen Wochenzeitung *Jungle World* unterstellte er dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten „beste Kontakte in die Grauzone des Rechtsextremismus“.

Der Artikel „Kamerad Stoiber“ war zuvor bereits in den *Archiv-Notizen* des linksextremen Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) erschienen. Kein Zufall war aber der Erscheinungstermin in der *Jungle World* im August 2002 in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes, bei der Stoiber als Kanzlerkandidat der CDU/CSU antrat. Maegerles Arbeitgeber, der sozialdemokratische "Blick nach rechts", dürften solche Diskreditierungen des politischen Gegners nicht ungelegen gewesen sein. Maegerle ist offenbar der Mann für „nasse Sachen“, immer von SPD-Strippenziehern eingesetzt, wenn es gilt, die Union und ihren konservativen Flügel kampagnenartig unter Druck zu setzen.

Ein weiteres Merkmal von Maegerles Arbeitsweise ist das Konstruieren von Zusammenhängen mittels der Verwendung von Zitaten ohne Quellenangabe, um die Person, über die er schreibt, zu belasten und in die rechtsextreme Ecke zu stellen.

So wirft er beispielsweise in Stephan Brauns aktuellem Buch dem promovierten Politologen und JF-Autor Claus Wolfschlag vor, daß dieser einmal angab, der Schriftsteller Ernst von Salomon (Der Fragebogen) zähle zu seinen Lieblingsautoren. Als nächstes führt Maegerle an, daß von Salomon an der Ermordung des Außenministers Walther Rathenau beteiligt war, um dann das

Zitat „Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau!“ folgen zu lassen. Selbstverständlich ohne jede Quellenangabe.

Ob nun der Satz von Wolfschlag oder Salomon stammt, was nachweislich nicht der Fall ist, oder von irgend jemand ganz anderem, darüber läßt Maegerle den Leser bewußt im Unklaren. Wichtig ist für ihn und seine Kausalkette nur, daß er Wolfschlag dem Verdacht des Antisemitismus aussetzen kann. Daß Salomon insbesondere in seinem bei Rowohlt veröffentlichten Bestseller „Der Fragebogen“ seine Mittäterschaft am Rathenau-Mord selbstkritisch aufgearbeitet hat, unterschlägt Maegerle bewußt. Seriosität sieht anders aus.

Stephan Braun wäre gut beraten, bei weiteren Buchprojekten seine Co-Autoren nicht nur auf ihre Sympathie für linksextreme Meinungen zu überprüfen, sondern auch auf die Wissenschaftlichkeit ihrer Arbeitsweise. Und auch die zahlreichen Zeitungen und Fernsehmagazine sollten den Wahrheitsgehalt von Maegerles „Informationen“ überprüfen, wenn sie sich auf ihn als Zuträger verlassen. Noch will die SPD aber offenbar auf diesen Lieferanten von sinistren Dossiers nicht verzichten.

Der Politologe **Christoph Butterwegge**

Endlich daheim

Extremismus: Der Soziologe Christoph Butterwegge hat mit der SPD gebrochen und sieht die WASG als seine neue Heimat
Holger Wartz

Zweimal habe er an die Führung seiner Partei, der SPD, geschrieben - zweimal wurde ihm nicht geantwortet. Nicht ohne Verbitterung weist der Kölner Sozialwissenschaftler Christoph Butterwegge auf diesen Umstand hin. Weder Gerhard Schröder noch Franz Müntefering hielten es für nötig, auch nur einen Formbrief an Butterwegge zu senden. Das kränkt. Nun ist Butterwegge - endlich - angekommen. Er spielt jetzt öffentlich mit dem Gedanken, nach seinem Austritt aus der SPD zur Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) überzutreten.

In den Jahren zuvor wurde Butterwegge allerdings nicht als Sozialdemokrat, sondern vor allem als Mahner der Demokratie "gegen Rechts" wahrgenommen. Der ausgewiesene Linksextremist schaffte es sogar in den vergangenen Jahren, in den innersten Beraterkreis der nordrhein-westfälischen Landesregierung zu rücken - bis zu deren Ablösung durch die von Jürgen Rüttgers (CDU) geführte schwarz-gelbe Koalition im Land.

Butterwegges größter Coup dürfte der Auftritt auf einer vom Innenministerium organisierten Fachtagung im Oktober 2003 gewesen sein (die JF berichtete mehrfach). Dort ging es um das Wesen der "Neuen Rechten" - ein vor allem vom NRW-Verfassungsschutz genutzter Kampfbegriff, mit dem hauptsächlich Positionen der bürgerlichen Mitte unter Beschuß genommen werden.

Damals gab es parlamentarische Anfragen aus den Reihen der CDU und der FDP - nicht zuletzt auch zum linksradikalen Hintergrund Christoph Butterwegges, der sich dort als demokratischer

Lehrmeister in Szene setzen durfte. Über Butterwegges Verstrickungen mit der linksextremistischen Antifa-Szene blickte die rot-grüne Landesregierung indes großzügig hinweg.

Dabei schrieb das Nachrichtenmagazin Focus 1998 über den Professor, er "legitimiere oder modernisiere marxistisch-leninistische Umsturztheorien" und publiziere in linksextremistischen Verlagen wie im Magazin frontal des marxistischen Sozialistischen Hochschulbundes SHB. Außerdem schrieb er für den Verlag "das europäische Buch", der mit der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlins (SEW), einem SED-Ableger, zusammenarbeitete.

Butterwegge referierte 1998 bei der Antifaschistischen Aktion Berlin. Diese Organisation wird vom Berliner Verfassungsschutz dem linksextremistischen Gewaltpotential zugerechnet. Der Verfassungsschutzbericht des Bundes von 1998 gibt ein Zitat aus einer Selbstdarstellung der Antifaschistischen Aktion Berlin wieder: "Unser Konzept ist Revolutionärer Antifaschismus. Revolutionär bedeutet die Ausrichtung auf grundsätzliche, fundamentale Umwälzung der bestehenden Lebensverhältnisse. Miteingeschlossen ist dabei die Weigerung, sich auf die Spielregeln des Bestehenden einzulassen". Auch im Verfassungsschutzbericht NRW für das Jahr 2001 taucht die Antifaschistische Aktion Berlin auf. Mit ihm als Berater des Innenministeriums, so hieß es im Jahr 2003 aus der Düsseldorfer CDU-Fraktion, habe man "den Bock zum Gärtner" gemacht.

Der jetzige Abschied von der SPD ist nicht sein erster. Bereits 1975 verließ Butterwegge die Sozialdemokraten - allerdings nicht freiwillig. Ihm wurde vorgeworfen, gegen die SPD-Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber den Kommunisten verstoßen und sich in einem Zeitschriftenaufsatz parteischädigend geäußert zu haben. Denn Butterwegge, der 1970 Mitglied der SPD und der Jusos wurde, scherte sich stets recht wenig um das demokratische Bekenntnis der Sozialdemokraten. Er positionierte sich bereits damals schnell als Anhänger des radikalen Stamokap-Flügels. 1983 stellte er einen Antrag auf Wiederaufnahme.

Ausgerechnet Gerhard Schröder, sein alter Gefährte aus wilden Juso-Tagen, zählte damals zu seinen engsten Verbündeten. Mit Unterstützung des späteren Bundeskanzlers wurde Butterwegge schließlich 1987 wieder in die Partei aufgenommen - ohne sich allerdings von seinen kommunistischen Idealen verabschiedet zu haben.

Denn auch in der Zwischenzeit war Butterwegge stets ganz linksaußen unterwegs. So bewegte er sich im Umfeld der DKP, allerdings ohne ihr beizutreten. In den siebziger und achtziger Jahren war er für das DKP-nahe Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) aktiv. Das IMSF arbeitete eng mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, dem Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der KPdSU, der Marx-Engels-Stiftung der DKP, der Marxistischen Arbeiterbildung (MAB) und dem MSB Spartakus zusammen. Mit der "Wende" 1989 fiel die bisherige finanzielle Unterstützung der DKP und ihres Organisationsumfeldes durch die SED weg. Dies traf auch das IMSF, das 1989 als Institut aufgelöst und als eingetragener Verein auf privater Spendenbasis fortgeführt wurde. Die neun hauptamtlichen Mitarbeiter mußten entlassen werden. Außerdem konnten die Aktivitäten des IMSF nicht mehr im früheren Umfang beibehalten werden. Die dem IMSF verbundenen Wissenschaftler wandten sich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in der DDR der PDS und deren Rosa-Luxemburg-Stiftung zu. 1982 arbeitete Butterwegge für eine kurze Zeit auch beim Parteiprojekt "Demokratische Sozialisten" mit, wo er dem Bundeskoordinationsausschuß angehörte. Hier setzte er sich für die Einbeziehung der DKP in politische Bündnisse ein, eine Forderung, die allerdings innerhalb der DS nicht mehrheitsfähig war. Butterwegge trat in der Vergangenheit auch auf Veranstaltungen der Vereinigung Verfolgter des Naziregimes/Bund der Antifaschisten auf.

Am ehrlichsten und brutalsten charakterisierte ihn vielleicht der Ende 2003 verstorbene Soziologe und Parteienkritiker Erwin K. Scheuch, der Butterwegge als "eklatante Fehlbesetzung" an der Kölner Uni und als "wissenschaftlich nicht ernstzunehmen" bezeichnete, in einem Interview mit der JUNGEN FREIHEIT (41/03): "Butterwegge, ehemaliger Kommunist mit eindeutig stalinistischen Ansichten - zum Beispiel rechtfertigte er noch in den achtziger Jahren die Mauer inklusive Schießbefehl - hat nur noch ein Thema: die Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland. Sein bevorzugtes Mittel dazu ist der Vorwurf der 'Ausländerfeindlichkeit', allerdings ohne daß er sich dazu die Mühe machen würde, seine Tiraden wenigstens formal mit Daten zu unterlegen."

Foto: Christoph Butterwegge: "Marxistisch-leninistische Umsturztheorien"

Der Extremismusforscher **Wolfgang Gessenharter**

Der Bock als Gärtner

NRW I: Auf der Fachtagung des Verfassungsschutzes tritt auch Wolfgang Gessenharter auf
Manuel Ochsenreiter

"Brücken" und "Scharniere" sind sein großes Thema. Am 8. Oktober referiert Wolfgang Gessenharter in Düsseldorf anlässlich der Fachtagung des Landesamtes für Verfassungsschutz zum Thema "Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?" vermutlich auch wieder über die "Scharnierfunktion" der "Neuen Rechten" zwischen demokratischen Konservativen und gefährlichen Rechtsextremisten. Sein Referat hat den Titel "Das Spannungsfeld: Neue Rechte und demokratische Verfassung". Die Tagung ist mittlerweile heftig umstritten, vor allem nachdem Abgeordnete der CDU-Bundestagsfraktion wegen der linksextremistischen Verstrickungen einiger Referenten mit Anfragen an die Bundesregierung tätig wurden (JF 34/03).

Gessenharter, Politik-Professor an der Bundeswehruniversität in Hamburg, scheint allein schon wegen seiner Arbeitsstelle über jeden Linksextremismus-Verdacht erhaben. Daß dem keineswegs so ist, zeigt ein Blick in seine Publikationen: Gessenharter ist Mitautor des "Handbuchs Deutscher Rechtsextremismus", herausgegeben von Jens Mecklenburg. Neben Gessenharter finden sich dort zahlreiche Personen des bundesdeutschen Linksextremismus, vom Herausgeber Mecklenburg über die ehemalige PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke bis zu dem Mitarbeiter des linksextremistischen Magazins konkret, Rolf Gössner.

Dieses zweifelhafte Umfeld des Bundeswehr-Dozenten veranlaßte bereits im Februar 1998 den CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Augustinowitz, eine Anfrage an die Bundesregierung zu stellen. Der damalige Staatssekretär im Innenministerium, Eduard Lintner, beantwortete diese eindeutig: "Eine größere Zahl der Autoren des Sammelbandes 'Handbuch deutscher Rechtsextremismus' ist im Zusammenhang mit linksextremistischen Bestrebungen bekanntgeworden. Darunter sind Mitglieder beziehungsweise ehemalige Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), des früheren Kommunistischen Bundes (KB), der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Personen der autonomen/antiimperialistischen Szene sowie ständige Autoren in linksextremistischen beziehungsweise linksextremistisch gesteuerten Publikationen." Bis heute sieht Gessenharter keinen Grund, sich von der Mitautorschaft zu distanzieren.

Doch bereits vor der umstrittenen Mitautorenschaft Gessenharters an der linksextremistischen Publikation gab es Anhaltspunkte auf dessen eigentümliches Demokratieverständnis. So wies im

Dezember 1997 der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm darauf hin, daß Gessenharter im Mai 1997 im Haus "Rissen" bei Hamburg im Rahmen einer Tagung seiner Arbeitsgruppe Demokratieforschung auch Vertreter aus dem Bereich des Linksextremismus teilnehmen ließ - darunter auch gute Bekannte wie beispielsweise den bereits erwähnten Mecklenburg oder Vertreter des linksextremistischen Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums aus Berlin. Böhm warf Gessenharter damals Denunziation und Zusammenarbeit mit Linksextremisten vor - allerdings ohne ein mediales Echo.

Seitdem scheint sich nichts geändert zu haben. Gessenharter referierte im Juni dieses Jahres vor der schleswig-holsteinischen Landeszentrale für Politische Bildung über die Gemeinsamkeiten von Ronald Schill und Jörg Haider, die er beide einer "Neuen Radikalen Rechten" zuordnet - welche wiederum eine Scharnierfunktion zwischen den Extremisten und den moderaten Rechten einnehme. "Beide sind im rechten konservativen Lager durchaus anschlussfähig", konstatiert Gessenharter in seinem Referat, das kurze Zeit später in der Frankfurter Rundschau abgedruckt wurde. Beide, Schill und Haider seien "Brüder im neurechten Geiste", so der Bundeswehr-Dozent.

Allerdings befinden sich die beiden dort in guter Gesellschaft, rückte Gessenharter doch bereits 1994 in seinem Buch "Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien" CDU-Politiker wie Steffen Heitmann, die leitenden Redakteure der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Eckhard Fuhr und Friedrich Karl Fromme sowie mehrere Redakteure der Zeitung Die Welt in die Nähe des Rechtsextremismus.

Aus Kreisen der NRW-CDU ist indes zu hören, es grenze an Ironie, daß ausgerechnet Gessenharter, der wie kein anderer Referent der Düsseldorfer Veranstaltung exemplarisch die Verquickung aus Verfassungsschutz und linksextremistischer Antifa-Ideologie repräsentiere, dort mit seinen "Scharnier-" und "Brückentheorien" demokratische Konservative "nach Herzenslust" denunzieren darf. Die Behörde mache damit einen "Bock zum Gärtner".

Die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung [Anetta Kahane](#)

Anetta Kahane
Die Zuträgerin
von Thorsten Hinz

Anetta Kahane hat den vorwegnehmenden Durchblick. Noch bevor die Fakten auf dem Tisch liegen, weiß sie sie zu deuten. Die Leiterin der Amadeu-Antonio-Stiftung ist deshalb, wann immer "im Osten" eine echte oder vermeintliche rechtsextremistische Straftat geschieht, die bevorzugte Ansprechpartnerin der Medien. Und Kahane enttäuscht sie nie. Ihre Reden sind ressentimentgeladen, die Erklärungsmuster eindimensional, ihre Forderungen maßlos. Als sie vor einigen Jahren verlangte, den "Kampf gegen Rechts" mit einem "Milliardenetat" auszustatten, verschlug das sogar der rot-grünen Bundesregierung die Sprache.

Im Potsdamer Fall des Ermyas Mulugeta im April 2006 wußte sie sofort, daß die Schlägerei auf den Rassismus, die Fremden- und die Demokratiefeindlichkeit "der Ostdeutschen" zurückgehe. Das gleiche äußert sie jetzt über das sächsische Mügeln. Weil sie aus der DDR stammt, unterstellt man ihr eine besondere Kompetenz. Tatsächlich aber zählt sie zu den mediokren Naturen, die der Westen als berufene Sprecher und Repräsentanten der Mitteldeutschen hätschelt, weil von ihnen kaum geistige Eigenständigkeit zu erwarten ist. Sie personifizieren die Artikulations- und Demokratiedefizite der Ex-DDR, die sie lauthals beklagen.

Anetta Kahane wurde 1954 in Ost-Berlin geboren. Ihr Vater Max Leon Kahane gehörte zur SED-Nomenklatura, war Auslandskorrespondent in Indien und Brasilien und Chefkomentator wichtiger DDR-Zeitungen. In den achtziger Jahren kam es zum Bruch mit dem Elternhaus. Kahane behauptet, aus politischen Gründen. Ihr manichäisches Weltbild blieb aber intakt, die SED-Ideologie hat sie inzwischen durch einen politisch korrekten Humanitarismus ersetzt.

Kahane hat Lateinamerikanistik studiert und als Übersetzerin gearbeitet. In der Wendezeit 1989/90 erkannte sie ihre Chance und avancierte zur ersten Ausländerbeauftragten Ost-Berlins. Danach streifte sie im Dschungel der politischen Projektarbeit umher. In die geplante Ernennung zur Berliner Ausländerbeauftragten durch den rot-roten Senat platzten 2003 brisante Stasi-Enthüllungen. Acht Jahre lang hatte Kahane als "IM Victoria" Kommilitonen bespitzelt. Gegenleistungen habe sie keine erhalten, versicherte sie. Immerhin durfte sie ihr Studium im "nichtsozialistischen Ausland" verbringen - für über 99 Prozent der DDR-Studenten ein unerreichbares Privileg.

Jedem anderen hätte ein Stasi-Skandal dieses Ausmaßes den Hals gebrochen. Kahane, die sich ihrem jüdischen Glauben zugewandt hat, interpretiert ihre Spitzeleien als Zeichen der "Schwierigkeit ..., einen Ort im Täterland zu finden". Die Leitung der von ihr 1998 gegründeten, äußerst rührigen "anti-rechten" Amadeu-Antonio-Stiftung darf sie seither hauptberuflich betreiben und wird dafür als "Victoria"- pardon: "Iphigenie in der Uckermark" (Micha Brumlik) gefeiert. Für viele Medien ist Anetta Kahane heute das, was sie früher für die Staatssicherheit war: eine Zuträgerin.

Der Leiter des Aussteigerprogramms „Exit“ **Bernd Wagner**

"Nazisprüche am Küchentisch"

"Kampf gegen Rechts": Das Aussteigerprogramm Exit gibt es jetzt auch als Familienpackung /
Gründer Bernd Wagner Offizier der DDR-Volkspolizei
Peter Freitag

Für Eltern, denen der Nachwuchs mit "Nazisprüchen am Küchentisch" den Tag vermässelt, gibt es jetzt professionelle Hilfe: Das Rechtsextremisten-Aussteigerprogramm Exit hat in der vergangenen Woche in Berlin seine "Familienhilfe" gestartet.

"Die Exit-Familienhilfe wendet sich an all jene, die direkte Kontakte besonders zu rechtsextrem orientierten Jugendlichen haben und sich mit der Ideologie des Kindes nicht anfreunden möchten", heißt es in einer Erklärung der Verantwortlichen. Das Angebot richte sich nicht alleine an Mütter und Väter, "sondern auch Großeltern, Geschwister, Onkel und Tanten, Freunde sowie Multiplikatoren im Umfeld des Kindes". Zielgruppengerecht sollen Netzwerke aufgebaut werden, um den Betroffenen mit individueller Beratung, aber auch langfristiger Unterstützung beistehen zu können. Vor allem vermittelt Exit auch Kontakt zu anderen "Aussteigern" und tritt besonders mit diesen unter Vertrag stehenden Ex-Nazis-zum-Anfassen gern vor die Medienöffentlichkeit.

Exit wurde im Jahre 2000 laut Eigendarstellung von "Ex-Kriminaloberrat Bernd Wagner und Ex-Naziführer Ingo Hasselbach" gegründet und verdankt seine Bekanntheit nicht nur dem im selben Jahr ausgerufenen "Aufstand der Anständigen", sondern auch der Trägerschaft durch die Amadeu-Antonio-Stiftung sowie der finanziellen und medialen Unterstützung durch einen Gas-Anbieter und den Stern.

Exit-Mitbegründer Ingo Hasselbach war Mitglied der Ost-Berliner Neonazi-Szene und nach 1989 Ansprechpartner des bekannten Hamburger Rechtsextremisten Michael Kühnen. Seit seinem literarisch verarbeiteten Ausstieg aus diesem kriminellen Milieu 1993 ("Die Abrechnung") gilt Hasselbach als der Ur-Aussteiger und erlangte ein gewisse Prominenz durch Film und Fernsehen.

Seinem Kollegen Wagner dürfte er noch als "polizeiliches Gegenüber" bekannt sein, denn der Diplom-Kriminalist verfügt ebenfalls über eine DDR-Vita: Kriminaloberrat ist nämlich die erst ab 1. Mai 1990 wiedereingeführte Dienstbezeichnung für jene, die vorher noch den Dienstgrad "Oberstleutnant der Deutschen Volkspolizei" (SED-Mitgliedschaft knapp 90 Prozent) führten.

Zu den vielen "Ex-", die für Exit tätig sind, gehört auch die langjährige Vorsitzende der gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit gerichteten Amadeu-Antonio-Stiftung, Anetta Kahane. Die Ex-Ausländerbeauftragte von Ost-Berlin wäre fast auch eine Ex-Ausländerbeauftragte des Berliner Senats - denn sie konnte dieses Amt, für das sie 2003 vorgeschlagen worden war, nicht antreten, weil sie auch eine Ex-Stasi-Zuträgerin ist. Wegen ihrer Tätigkeit als "IM Victoria" wurde erst im September vergangenen Jahres eine Veranstaltung der BIRTHLER-Behörde, bei der Kahane referieren sollte, abgesagt. Die vom Stern und der Amadeu-Antonio-Stiftung verantwortete Internetseite "Mut-gegen-rechte-Gewalt" beklagte daraufhin, Kahane werde zu Unrecht als "DDR-systemnah stigmatisiert". Auf einen kritischen Bericht der Welt über die abgesagte Veranstaltung hin hieß es dort, er enthalte alles, "was die rechtskonservative Zeitung JUNGE FREIHEIT regelmäßig lamentiert, um die Arbeit von Anetta Kahane mit Klischees zu diskreditieren".

Sie selbst sieht sich als eine Art spätberufene Widerständlerin. Schließlich habe sie, wird von ihr behauptet, von sich aus bereits im Jahr 1982 die Zusammenarbeit mit dem MfS beendet und sei dafür vom Regime hart bestraft worden - mit unverzüglicher Streichung des Reisekader-Privilegs. Auch über den ehemaligen VoPo-Obristen Wagner heißt es in eigener Sache, er sei "von seinen Aufgaben bei der DDR-Kripo entbunden worden, nachdem seine Recherchen über die Neonaziszene in der DDR immer mehr von dem zutage förderten, was der SED-Staat nicht wahrhaben wollte: daß es ein breites Netz strategisch operierender Neonazis schon zu DDR-Zeiten gab".

Nachdem im Laufe der Jahre immer mehr Verfassungsschutzämter eigene Aussteiger-Programme ins Leben riefen, bröckelte für Exit die - vor allem finanzielle - Unterstützung. Im Jahr 2006 stand das Projekt kurz vor der Pleite, erste Mitarbeiter mußten entlassen werden. Wagners Bettelbriefe fanden jedoch Gehör, und so zählt auch Exit zu den "Projektträgern", die anteilig von den 19 Millionen Euro profitierten, die die Bundesregierung im Jahr 2007 "zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie bereitgestellt" hat. Denn, so heißt es beim zuständigen Jugendministerium unter Ursula von der Leyen (CDU), auch zukünftig werde dieses Geld sachgerecht "für den Kampf gegen Rechts eingesetzt".

Die Sozialwissenschaftlerin [Renate Bitzan](#)

Denunziation unter dem Deckmantel der Wissenschaft

"Kampf gegen Rechts": Zwei Hochschullehrer rufen im Internet dazu auf, Informationen über vermeintlich "rechte Kollegen" zu liefern

Leonhard Kramer

Daß sich an deutschen Hochschulen seit der von der 68er Generation veranstalteten Kulturrevolution so manch einer mit einem Professorentitel schmücken darf, der früher keine Chance auf einen Lehrauftrag gehabt hätte, ist keine Neuigkeit. Daß diese Personen meist

händeringend immer wieder nach neuen Betätigungsfeldern suchen, genausowenig. Und wo kann man schon einfacher und mit minimalem Aufwand mehr wissenschaftliche Reputation erlangen als auf dem Gebiet der Rechtsextremismusforschung?

In Freiburg und Göttingen zeigt sich derzeit, zu welchem bedenklichen Auswüchsen diese Entwicklung mitunter führen kann. Auf dem Internetportal des Netzwerkes gegen Rechtsextremismus "Weimar zeigt sich!" bitten Albert Scherr - Professor an der Pädagogischen Hochschule (PH) in Freiburg - und Renate Bitzan - promovierte Wissenschaftliche Assistentin an der Universität Göttingen - in einem harmlos klingenden Aufruf, sie über "Erfahrungen mit rechts orientierten Studierenden oder KollegInnen" zu informieren.

Dahinter verbirgt sich allerdings mehr, denn es werden weitere Informationen gewünscht. "Gab oder gibt es unter Ihren KollegInnen, unter BewerberInnen oder PraktikantInnen Personen, die Sie der rechten Szene zuordnen würden?" Offen wird dazu aufgerufen, ihnen Personen, seien es Dozenten, Mitarbeiter oder Studenten, zu nennen, die man "aufgrund äußerer Codes oder aufgrund bestimmter Meinungsbeiträge der rechten Szene zuordnen" könnte. Damit ist der freien Denunziation Tür und Tor geöffnet.

Angeblich sollen die so gesammelten Erfahrungen nur dazu dienen, genauere Statistiken erheben zu können. Die tatsächliche Absicht des Aufrufes zeigt sich jedoch schon in der dazugehörigen E-Post-Adresse, an die man die vermeintlichen Nazis namentlich melden soll: rechtpaedagog@online.de.

Initiatoren sind einschlägig bekannt

Ziel ist das bei Linksextremisten beliebte "Nazi-Outing", durch welches vorwiegend Existenzen unliebsamer Andersdenkender zerstört werden sollen - diesmal unter dem Deckmantel der Wissenschaft.

Die beiden Initiatoren der Kampagne sind keine Unbekannten. Albert Scherrs Arbeitsschwerpunkte sind nach eigener Aussage vor allem: Migration, Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus. Der Verfasser mehrerer Bücher über Rechtsextremismus ist auch gerngesehener Gastautor in verschiedenen einschlägigen Internetplattformen, die sich dem "Kampf gegen Rechts" verschrieben haben, etwa der Seite "Mut gegen rechte Gewalt".

Wie der selbsternannte Rechtsextremismusexperte wirklich gestrickt ist, zeigt die Kampagne gegen Berufsverbote für Linksextremisten. Im konkreten Fall ging es um den Lehrer Michael Cszakóczy, dessen Einstellung aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer linksextremistischen Antifagruppe von den Kultusministerien in Baden-Württemberg und Hessen abgelehnt worden war (JF 12/06).

Der Fall hatte deutschlandweit für größeres Aufsehen gesorgt, da Cszakóczy mehrere prominente Fürsprecher hatte. Unter anderem Claudia Roth (Bundesvorsitzende des Bündnis 90/Die Grünen), Sahra Wagenknecht (kommunistische Plattform der PDS) und Petra Pau (stellvertretende Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion). Zwischen all diesen Vertretern des linken bis äußerst linken Lagers findet sich auch die Unterschrift von Albert Scherr.

Ähnlich verhält es sich mit Renate Bitzan. Auch die Expertin für Frauen in der rechtsextremen Szene schreibt des öfteren für "Mut gegen rechte Gewalt". Auch sie ist Autorin und Herausgeberin mehrerer Bücher zum Thema Rechtsextremismus. So zum Beispiel "Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten", herausgegeben vom Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus.

Finanzielle Unterstützung von der Bundesregierung

Mit Vorliebe publiziert sie ihre Werke in linksextremen Verlagen wie PapyRossa oder Elefanten-Press/Antifa-Edition. Bedenklich ist bei der ganzen Angelegenheit auch, daß die Internetseite, auf der zur fröhlichen Brandmarkung vermeintlicher und tatsächlicher "Nazis und Rechtsextremisten" aufgerufen wird, durch Gelder der Bundesregierung unterstützt wird. Diese Mittel fließen aus dem Programm "Civitas - Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche. Wohin solche Aufrufe führen, zeigt ein Fall aus dem vergangenen Jahr. Ein Student der Sozialpädagogik an der Fachhochschule Frankfurt am Main wurde als Mitglied der rechtsextremistischen Kameradschaft "Schwarze Division Germania" entlarvt. Der zweifache Familienvater stand nach bestandener Diplomarbeit kurz vor dem Abschluß. Ihm fehlte nur noch die mündliche Prüfung.

Nachdem allerdings seine Mitgliedschaft in der Kameradschaft publik gemacht worden war, weigerte sich sein betreuender Professor, ihm die Prüfung abzunehmen. Dabei mußte der Hochschullehrer zugeben, daß der betreffende Student während seines Studiums nie mit seiner politischen Gesinnung in Erscheinung getreten war.

So könnte es demnächst vielen vermeintlichen oder wirklich rechten Studenten ergehen, denn allein auf die Zerstörung der beruflichen Zukunft der Betroffenen zielt der Aufruf von Albert Scherr und Renate Bitzan ab.

Der Aufruf im Internet findet sich unter www.weimar-zeigt-sich.de

Der „Neue Rechte“-Experte **Helmut Kellershohn**

Fall "Stephan Braun": Neuer Schulteranschluß mit Linksextremisten



Unter Druck wegen linksextremen Kontakten: Stephan Braun (SPD). Foto: Privat.



Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP): Brauns Co-Autor Helmut Kellershohn hat gegenüber dieser verfassungsfeindlichen Partei keine Berührungsängste



Linksextreme Strippenzieher: Das umstrittene Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

Die Empörung über das tiefrote Antifa-Kartell um den Landtagsabgeordneten der Südwest-SPD, Stephan Braun, wächst. Doch während der "Extremismusexperte" schweigt, handeln seine

Kooperationspartner: Der stellvertretende Vorsitzende des linksextremen Duisburger Institutes für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und Co-Autor von Stephan Braun, Helmut Kellershohn, arbeitet weiterhin mit Linksextremisten zusammen.

Laut Veranstaltungsankündigungen des Ex-FDJ-Blattes *Junge Welt* sowie der linksextremen *Antifaschistischen Nachrichten* wird Kellershohn am 6. Dezember in der „Kulturkneipe F24“ in Münster einen Vortrag über die JUNGE FREIHEIT halten. Organisiert wird die Veranstaltung von der linksradikalen "Antifaschistischen Aktion Münster".

Auch der Veranstaltungsort, die „Kulturkneipe F24“, ist in linksextremen Kreisen einschlägig bekannt. Unter anderem hält dort die DKP-Münster ihre Veranstaltungen ab. Stolz rühmt man sich auf der eigenen Internetpräsenz, daß der geplante Abriß der „f24“ Anfang der siebziger Jahre durch „eine der ersten und längsten hausbesetzungen in der bundesrepublik deutschland, welche bis 1981 dauerte“, verhindert werden konnte.

Der Geschäftsführer der „Kulturkneipe“, Stefan Nierhoff, trat darüber hinaus 2004 bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen als Kandidat auf der Reserveliste des PDS-Kreisverbands Münster an.

Mehrfach Autor für linksextreme Publikationen

Solcherlei Kontakte zu linksextremen Antifa-Gruppen, der DKP und der Linkspartei sind keine Ausnahme: Im vergangenen Jahr nahm Kellershohn beispielsweise als Redner („Ist die Junge Freiheit so harmlos wie sie tut?“) an der „antifaschistischen Landeskonferenz“ in Duisburg teil, zu der unter anderem DKP, WASG, Vertreter der Linkspartei sowie die in verschiedenen Landesverfassungsschutzberichten aufgeführten "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" aufgerufen hatte.

Zudem erschienen von Kellershohn auch bereits Beiträge in den linksextremen Zeitschriften *Antifaschistischen Nachrichten* und *konkret*.

Der Herausgeber der *konkret*, Hermann Gremliza, bekannte einmal, er sei stolz darauf, „die DDR bis zu ihrem letzten Tag verteidigt zu haben“ und schrieb 1990 in seinem Buch „Krautland einig Vaterland“, daß „Deutschenhasser die einzige moralisch vertretbare Haltung“ sei, „die ein Beobachter dieser widerwärtigen Nation einnehmen“ könne. Zudem diente Kellershohn auch der linksradikalen *Graswurzelrevolution* als "Experte".

Kellershohn, der hauptberuflich Lehrer für katholische Religion und Geschichte am Gymnasium "Filder Benden" in Moers ist, lockte seine Schüler anlässlich von schulischen Projekttagen auch schon mal zum DISS. Dort brachte er seine Schüler auch mit Martin Dietzsch, dem Herausgeber der vom NRW-Verfassungsschutz beobachteten *Antifaschistischen Nachrichten*, zusammen.

Daneben verfaßte Kellershohn auch Beiträge für die beiden von Stephan Braun herausgegebenen Bücher „Rechte Netzwerke – eine Gefahr“ und „Die Wochenzeitung 'Junge Freiheit'“ .

Trotz der mehrfach nachgewiesenen Verbindungen Kellershohn zum linksextremen Spektrum, sah Braun bislang keine Veranlassung, die Zusammenarbeit mit diesem zu beenden.

Auslöse der Debatte um Stephan Braun ist die in der vergangenen Woche erschienene Studie **"Die offene Flanke der SPD. Der Fall Stephan Braun und die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Linksextremisten"** (Edition JF, 61 Seiten, 5 Euro), die Brauns Verbindungen ins linksextreme Milieu offenlegt. Danach haben beispielsweise an Brauns aktuellem Buch „Die Wochenzeitung 'Junge Freiheit' mindestens elf Autoren mitgearbeitet, die nachweislich in linksextreme Zusammenhänge verstrickt sind.

Lesen Sie zu Stephan Braun auch:

Fall Braun schlägt Wellen: SPD-Abgeordneter denunziert JF-Leser im Internet

SPD-Politiker Stephan Braun kooperiert mit Linksextremisten

Die Linkspartei-Abgeordnete Ulla Jelpke

Linksextremismus: PDS-Abgeordnete nervt Bundesregierung mit Anfragen

Antifa-Netzwerk in Bonn

von Wolf-Albert Rahm

Ulla Jelpke kann auf einen bewegten politischen Werdegang zurückblicken. Die ehemalige Aktivistin im Kommunistischen Bund (KB) und spätere Abgeordnete für die Grün-Alternative Liste (GAL) in der Hamburger Bürgerschaft von 1981 bis 1989 gehört seit 1990 für die PDS dem Deutschen Bundestag an.

Daß die heute 46jährige Jelpke lange nach Auflösung des KB im Mief der K-Gruppen und linksextremen Szene verwurzelt ist, zeigt sich an ihrer Parlamentstätigkeit nicht zuletzt dann, wenn ihr Blick auf die "rechte" Seite des politischen Spektrums fällt. Da wird der demokratische Schafspelz übergeworfen und der antitotalitäre schnell in einen antifaschistischen Grundkonsens umgedeutet. Welche Möglichkeiten sich einem Parlamentarier bieten, um am demokratischen Prozeß teilzunehmen, hat Jelpke schnell erkannt.

Den Abgeordneten steht eine Mehrzahl von Möglichkeiten zur Verfügung, Fragen an die Bundesregierung zu richten. Eine davon ist die "Kleine Anfrage", die von der Bundestagspräsidentin der Bundesregierung geleitet wird mit der Aufforderung, sie innerhalb von 14 Tagen schriftlich zu beantworten. Während die Mehrzahl der Parlamentarier dieses Instrument gezielt bei Sachfragen einsetzt, ist es bei der PDS-Abgeordneten zum politischen Kampfmittel verkommen. Da wird gebetsmühlenartig die allgegenwärtige Gefahr des "Neofaschismus" beschworen, werden konservative und nationalliberale Politiker, Wissenschaftler und Verbände mit Rechtsextremisten in einen Topf geworfen. Wer Frau Jelpke ein Dorn im Auge ist, wird gebrandmarkt, nachdem er vorher ordentlich mit der Faschismuskeule Bekanntschaft gemacht hat.

Im antifaschistischen Kampf ist die PDS-Abgeordnete nicht allein auf weiter Flur. Es ist unmöglich, hunderte von Kleinen Anfragen an die Bundesregierung zu richten, ohne über den entsprechenden Arbeitsstab zu verfügen. Während man zu KB-Zeiten mangels Finanzen auf revolutionären Elan zurückgreifen mußte, wird verfassungsfeindliche Propaganda jetzt durch einen Parlamentarierstatus in vielfacher Hinsicht erleichtert. Büroräume, EDV-Ausstattung inklusive modernster Kommunikationsmittel bis hin zum kostenlosen Reisen innerhalb Deutschlands stehen einem Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur Bewältigung seiner parlamentarischen Arbeit zur Seite, nicht zu vergessen das Budget von über 14.000 Mark, aus dem die Mitarbeiter bezahlt werden. So kann die Alt-Kommunistin als personelles Kontaktscharnier zur linksextremen Szene fungieren. Art und Umfang der kleinen Anfragen lassen ein ganzes Netzwerk linksextremistischer, antifaschistischer Akteure vermuten. Angefangen mit Jens Mecklenburg, dem Herausgeber des sogenannten "Handbuch deutscher Rechtsextremismus", das in fast jeder Anfrage irgendwie zitiert wird bis zu den *Antifaschistischen Nachrichten* des GNN-Verlags, der dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) nahesteht. Ulla Jelpke ist im "Herausgabekreis" der *Antifa-Nachrichten* – mit anderen Einzelpersonen und Gruppierungen wie der Anarchistischen Gruppe/Rätekommunisten oder VVN-BdA-Untergliederungen – genannt. Es ist also kaum verwunderlich, daß regelmäßig ihre Anfragetexte die Seiten dieses Blättchens füllen.

Zielscheibe dieser Anfragen an die Bundesregierung sind neben anerkannten und verdienstvollen Vereinen und Organisationen – zum Beispiel der Bund der Vertriebenen, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge – auch zahlreiche Einzelpersonen, die durch ihre politische oder wissenschaftliche Ausrichtung nicht in das Weltbild der PDS-Abgeordneten passen. Oft versinken die Inhalte der Fragestellungen und vor allem der Vorbemerkungen im Sumpf billiger Polemik. So heißt es in den Antworten oft genug: "Zu den Fragestellungen und Wertungen in den Vorbemerkungen der Fragesteller nimmt die Bundesregierung nicht Stellung." Manchmal fühlt sich der Antwortgeber trotzdem zu einer Stellungnahme genötigt. So hieß es zum Beispiel bei der Antwort auf die Kleine Anfrage "Der Ministerialdirektor aus dem Bundesministerium des Innern, die Landsmannschaft Ostpreußen, der Rechtsextremismus und die Mittel aus dem Bundeshaushalt". "Die in der Überschrift der Vorbemerkung sowie in den Fragen der Kleinen Anfrage zum Ausdruck kommenden polemischen Unterstellungen und die Angriffe auf die Person des Ministerialdirektors a.D. Hartmut G. weist die Bundesregierung entschieden zurück." Der Beamte habe sich stets für die freiheitliche Grundordnung eingesetzt (...) Seine Verdienste für die Vertriebenen, Spätaussiedler, für die deutschen Minderheiten und für die Erhaltung der deutschen Kultur des Ostens (...) seien in breiten Kreisen der Öffentlichkeit und auch im parlamentarischen Bereich besonders gewürdigt worden. In einer anderen Anfrage zur "bundesweiten Kampagne der Neonazi-Szene" gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung verwarft sich die Bundesregierung "entschieden gegen den in der Vorbemerkung und mit der Fragestellung unternommenen Versuch, Meinungsäußerungen oder Handlungen demokratischer Politiker auf eine Stufe mit Aktionen rechtsextremistischer oder neonazistischer Kreise zu stellen."

Tatsächlich muß sich die PDS fragen lassen, ob sie sich mit solchen politischen Exponenten wie Ulla Jelpke noch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befindet.

Die SPD-Mitarbeiterin **Angela Marquardt**

Rot und radikal

Von Paul Leonhard



SPD-Politikerin Marquardt: „Keine Versöhnung mit Deutschland!“ Foto: Dt. Bundestag

Nach der Wende war sie mit ihrer Punkfrisur in den schwarzroten Farben der Anarchie der Paradiesvogel der PDS. Angela Marquardts Auftreten reichte aus, um es bei der um ein neues Image bemühten SED zur Partei-Vize zu bringen.

Dann aber störte die überzeugte Linksradikale das in der PDS „verbreitete autoritäre und nationale Denken“. Sie stellte die Beitragszahlung ein und flog 2003 raus – um 2008 der SPD beizutreten. Kurt Beck soll sie persönlich zum Übertritt aufgefordert haben.

Den Antifaschismus mögen der 1971 in Ludwigslust Geborenen noch die DDR-Lehrer eingebleut haben. Als 15jährige wollte sie Berufsoffizier bei der Nationalen Volksarmee werden. Auch die Stasi nahm Einfluß auf das Mädchen, das in zerrütteten Verhältnissen aufwuchs. Daß sie 1987 eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hatte, wurde 2002 bekannt, als Marquardt noch im Bundestag saß.

Linksradikales Aushängeschild

1996 versuchte die Staatsanwaltschaft Berlin ihre Netzseite zu zensieren, da sie einen Link zur verbotenen linksextremistischen Zeitschrift *radikal* gelegt hatte. Ein Jahr zuvor hatte Marquardt öffentlich den Brandanschlag auf die Druckerei dieser Zeitung mit den Worten gerechtfertigt: „Ich halte es für legitim, zu verhindern, daß die JUNGE FREIHEIT gedruckt werden kann.“

Heute ist die Linksradikale Aushängeschild der 2004 von **SPD-Abgeordneten** **gegründeten** „**Denkfabrik**“. Was da gedacht wird, dreht sich offenbar allein um das Thema

„Rechtsextremismus“. Darüber hat die Politikwissenschaftlerin auch ihre Diplomarbeit geschrieben. Antifaschisten sind für Marquardt die gewaltbereiten Linksautonomen.

In diesem Zusammenhang gerät sie auch immer wieder in die Schlagzeilen. Als im Oktober im Vorfeld des zwanzigjährigen Jubiläums des Mauerfalls etwa 1.800 meist linksextreme Demonstranten unter dem Motto „Die Friedliche Revolution ein Mythos, die Freiheit eine Farce, Deutschland eine Zumutung“ durch Leipzig zogen, war die Demonstration von Angela Marquardt angemeldet worden.

„Partei ist für mich nicht Heimat, sondern Struktur, um Politik zu machen“

Und auch jetzt, anlässlich des bevorstehenden Gedenkens an die Dresdner Opfer des alliierten Bombenterrors, zieht Marquardt die Fäden, um für Bambule zu sorgen. „Keine Versöhnung mit Deutschland!“ lautet das Motto der Demo, die sie laut Pressemeldung für den 12. Februar angemeldet hat.

Inzwischen geht es ihr bei den Antifa-Protesten nicht mehr darum, den Trauerzug der von Rechtsextremen unterwanderten Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland zu blockieren, sondern das bürgerliche Totengedenken zu stören. Den „wirklichen abstoßenden Opfermythos“ könne man jährlich in Dresden erleben, schrieb sie, und noch schlimmer sei: „Die Stadt will schlicht ihre Ruhe haben.“

Die Sozialdemokraten sind für Marquardt, die seit 2006 Mitarbeiterin im Bundestagsbüro von Andrea Nahles ist, dabei nur nützliche Idioten. In einem *Zeit*-Interview 2009 gab sie zu: „Partei ist für mich nicht Heimat, sondern Struktur, um Politik zu machen.“

JF 6/10



Alexander Häusler

Häusler, der Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf ist, veröffentlichte in diesem Jahr eine Arbeit über die Pro-Bewegungen und deren „Rechtspopulismus“. Darüber hinaus schreibt Häusler allerdings auch für linksextreme Publikationen wie beispielsweise *Lotta - antifaschistische Zeitung aus NRW*. Führt Polit-Zirkusaktionen in Kirchengemeinden, Altersheimen, Schulen durch, in denen er wahrheitswidrig insbesondere gegen die PRO-Bewegung agiert.

Sein Vorgesetzter ist bzw. war bis kürzlich: Prof. Dr. Wolfgang Dreßen, (geb. 1942 in Düsseldorf) ist Historiker und Politikwissenschaftler. Und betätigte sich als Leiter der "Arbeitsstelle Neonazismus" an der Fachhochschule Düsseldorf.

Arbeitete für die linksextreme „anarchistischen-libertären Zeitschrift“ (Agit 883) welche damals einen Systemumsturz plante und Verbindungen zur RAF – Mitgliedern hatte. Prof. Dreßen studierte Philosophie und Geschichte in Tübingen und Berlin. In Tübingen war er bei den „linksradikalen Situationisten“ engagiert, in Berlin gehörte er dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund an.

Prof. Wolfgang Dreßen ist Vorstandsmitglied der Partei „DIE LINKE“ Nordrhein-Westfalen! Siehe Wikipedia:

Wolfgang Dreßen (*1942 in [Düsseldorf](#)) ist ein deutscher Historiker, [Politikwissenschaftler](#) und Ausstellungsmacher. Er ist Leiter der *Arbeitsstelle Neonazismus* an der [Fachhochschule Düsseldorf](#).

Wolfgang Dreßen absolvierte ein Philosophie- und ein Geschichtsstudium in Tübingen und Berlin. In Tübingen war er bei den linksradikalen [Situationisten](#) engagiert, in Berlin gehörte er dem undogmatischen Flügel des [Sozialistischen Deutschen Studentenbundes](#) an^[1]. Von 1968 an arbeitete Dreßen als Lektor beim [Verlag Klaus Wagenbach](#), wo er die Reihe Politik und vor der Abspaltung die *Rotbücher* betreute. Daneben arbeitete er bei der anarchistisch-libertären Zeitschrift [Agit 883](#).

In den 80er-Jahren war Wolfgang Dreßen beim [Museumspädagogischen Dienst](#) Berlin tätig. Ab 1994 übernahm er die Leitung der Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf. Er organisierte Ausstellungen unter anderem über die [Arisierung](#) Deutschlands während der Zeit des Dritten Reiches^[2], über den Konflikt zwischen Juden und Palästinensern in Israel, sowie eine Ausstellung über den mittelalterlichen Orient anhand einer Geschichte über eine [Diplomatenreise](#) im Auftrag Karl des Großen^[3]. Wolfgang Dreßen ist Vorstandsmitglied der Partei [Die Linke](#) Nordrhein-Westfalen^[4]. Wolfgang Dreßen ist Mitglied im Beirat des Internetprojektes [Informationen zur deutschen Außenpolitik](#) und im wissenschaftlichen Beirat der [Bildungsgemeinschaft Salz](#).



Ute Vogt, eine der bekanntesten Politikerinnen Baden-Württembergs

Ute Vogt ist Schirmherrin des Vereins **MEHRSi** und von **Blick nach Rechts** (siehe oben!). Am 28. September 2004 stellte die **CDU/CSU-Bundestagsfraktion** eine **Kleine Anfrage** an die **Bundesregierung** bezüglich der Förderung des BNR mit Steuergeldern. Kritisiert wurde „die Vielzahl der Links“ von der Homepage auf „offenkundig **linksextremistische** Bewegungen, die auch in Verfassungsschutzberichten erwähnt werden“. Aufgeführt wurden zehn lokale **Antifa**-Gruppen oder -Bündnisse, die **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten** und zwei Internetseiten.

Bei einigen dieser genannten Gruppen wurde auf deren Einschätzung durch das **Bundesamt** und die **Landesbehörden für Verfassungsschutz** verwiesen. Damit begründeten die Fragesteller ihren Verdacht, „dass der 'Blick nach Rechts' eine mit Steuergeldern finanzierte Plattform auch

für die Verbreitung linksextremistischer Parolen unter dem Etikett der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist.“

Die Antwort der damaligen Bundesregierung ergab, dass der BNR im Jahr 2000 mit insgesamt 56.497,75 DM aus Mitteln des **Bundesinnenministeriums** gefördert worden war. Die Eigentumsfrage habe dabei keine Rolle gespielt. Das „Anliegen des ‚bnr‘, über aktuelle Entwicklungen und Hintergründe der rechtsextremistischen Szene zu informieren und aufzuklären“, sei „unterstützenswert“. Die Bundesregierung stellte zudem klar: „*Dem Impressum des ‚bnr‘ ist zu entnehmen, dass sich der ‚bnr‘ Inhalte von Internetseiten dritter Anbieter, auf die von seinen Seiten aus verlinkt wird, nicht zueigen macht. Zusätzlich fordert der ‚bnr‘ seine Nutzer auf, ihn auf fehlerhafte oder rechtswidrige bzw. veränderte Inhalte solcher Internetseiten Dritter hinzuweisen.*“^[3] Die beanstandeten Links waren bereits von der Homepage gelöscht worden.

Andere als „Rassisten und Nazi“ öffentlich zu verunglimpfen?

a) Man unterstellt den als „Rassist“ oder "Nazi" laufend bezeichneten „*rassistische Hetze*“, insbesondere „*europäische rassistische Hetze*“. Selbst beruft man sich dabei zur Selbst-Rechtfertigung seines Handelns auf ein antifaschistisches "**Städtebündnis gegen den Rassismus**" (siehe Google : „International Coalition of Cities against Racism“ und: Lenin läßt abermals grüßen-„Bündnis-System“!).

Dieses „Bündnis“ fußt auf einer bewußt fehlinterpretierenden linken Initiative in Bezug auf Regelungen der UNESCO, Ableger der UN (United Nations= Vereinte Nationen). Diese gab am 27.11.1978 durch die zwanzigste Generalkonferenz der UNESCO eine "**Erklärung über Rassen und Rassen Vorurteile**" ab(siehe Google: „Erklärung über Rassen und Rassenvorurteile“). Gleichzeitig hat die UNESCO die "**Städtekoalition gegen Rassismus**" dann im Jahre 2004 als weitere Folge indiziert, aber nicht selbst ausgerichtet, vielmehr nach unten zu einem „Verein“ (e.V.) in Nürnberg „vor Ort“, aber **bestimmend für Europa**, delegiert.

Die grundsätzliche Idee basiert auf der zutreffenden Erkenntnis, dass *Diskriminierung und Ausgrenzung* nicht von der UNESCO zentral und weltweit, vielmehr jeweils „*nur vor Ort durch Situationskundige entwickelt werden*“ könne, insoweit operiere die **UNESCO mit einzelnen Städten in regionalen Netzen, um geeignete Strategien zur Rassenbekämpfung zu entwickeln**, die den Vorteil hätten, an die Verhältnisse vor Ort ideal angepasst zu sein. Die damit kreierte Initiativen "**Europäische Konferenz Städte für die Menschenrechte**" und "**Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus**" sind zwei **kommunale Netzwerke**. Beide haben das Ziel auf lokaler Ebene eine „Kultur der Menschenrechte“ zu unterstützen und **praktische Handlungsvorschläge gegen Rassismus und Diskriminierung** aufzuzeigen. Damit stehen sie in einem engen inhaltlichen Zusammenhang und ergänzen sich gegenseitig sozialistisch im desinformierenden wirken und steuern.

Für die untergehende und untergegangene DDR und die hinterbliebenen Mauermörder ein hervorragend geeignetes Phoenix- Sprungbrett, wieder in den politischen Sattel zu kommen und zunächst städtepolitikbestimmend europaweit durch Definitionsvergaben über Rassismus zu werden, wenn man zunächst die Grundorganisation in die Hände bekomme. Diese Ideal-Situation zur Unterwanderung haben linke Demagogen einschließlich der SPD in Führungspositionen natürlich auf ihrem untergehenden Flugschiff „DDR“ sofort erkannt und aufgegriffen.

<http://www.unesco.de/staedtekoalition.html?&L=0>

Städtekoalition gegen Rassismus



© UNESCO

Die UNESCO hat die "Städtekoalition gegen Rassismus" im Jahr 2004 initiiert. Die Idee basiert auf der Erkenntnis, dass Diskriminierung und Ausgrenzung nur vor Ort entgegnet werden kann. Die UNESCO kooperiert mit einzelnen Städten in regionalen Netzen, um geeignete Strategien zur Rassismusbekämpfung zu entwickeln, die den Vorteil haben, an die Verhältnisse vor Ort ideal angepasst zu sein.

Verantwortung für die Initiative in Europa hat die Stadt Nürnberg übernommen. In Nürnberg fiel am 10. Dezember 2004 der Startschuss für das Städtenetzwerk "European Coalition of Cities Against Racism" (ECCAR). Nürnberg ist der Koordinator des regionalen Netzes von über 70 europäischen Städten. Inzwischen sind aus Deutschland (Stand 28. Januar 2008

XIV. Verantwortung für die Initiative in

Europa, ja „Europa“, übernahm dabei die Stadt Nürnberg, in der am 10.12.2004 der Startschuss für das Städtenetzwerk "European Coalition of Cities Against Racism" entsprechend der UNESCO-Vorgabe gegründet wurde. Nürnberg wurde damit der Zentral-Koordinator der regionalen **Netze von schnell über siebzig europäischen Städten**. Köln begab sich in dieser Abhängigkeit am 07.09.2006 im Vorlauf, endgültig dann 2008 durch linke Abstimmungsmehrheit. Mit Zutritt beziehungsweise Eintritt in dieses **Netzwerk** von Seiten der Städte werden diese bei ihrer Beurteilung von Initiativen der Bevölkerung in Bezug auf beziehungsweise mit Migranten „Political Correct“=Politisch Korrekt in der Definition, wer ist „*Rassist & Nazi*“ und muß massiv auf Basis der UNESCO Regelungen bekämpft werden, festgelegt.

Während dabei die oben bezeichnete „Erklärung über Rassen und Rassen- Vorurteile“ von der UNESCO direkt stammt, wobei offen ist, ob es sich bei den Initiatoren auch dort bereits um linke Unterwanderer-Figuren handelte (was derzeit noch geklärt wird), **wird jeweils vor Ort im Rahmen der Städte „Political Correct“ per Kommunistendefinition praktisch bestimmt, wer entsprechend „ein Rassist und wer kein Rassist“ ist.**

Dieses Hilfsmittel wurde für die mit dem Untergang der DDR zunächst basislosen Mauermörder der rettende Strohalm zur schleichenden Desinformation und Vorbereitung der europäischen Machtübernahme, also nicht nur national, vielmehr nun europaweit sitzt man am „Drücker“ für Begriffsauslegung der UNESCO-Erklärung (Begriffs- und Deutungshoheit; Lenin: Begriffe besetzen!) Man macht sich selbst definitionsmäßig zum „Weißen Ritter“ über die Bestimmung „*Wer ist Rassist und Nazi?*“, „*Wer nicht?*“ ; **alle anders**

Denkenden als die Anti-Rassisten sind die „bösen Rassisten“ und deshalb auch „Nazis“, für deren Definition man sonst nichts anderes braucht und auch erkennbar nicht will und gegen die man das Recht hat vorzugehen, wenn notwendig „gewaltsam“ (siehe *Eingangsbilder*). Weder den Nachweis braunen Gedankengutes brauchte man dazu, noch Anhänglichkeit an Hitler und seine Ideen. **„Gegen Migranten sein“, egal ob konstruktiv kritisch oder nicht**, reicht für die linke Verachtung und den Fingerzeig „beseitigen“ bereits aus. Deshalb Schrammas „*Toilettenspülung*“ und die „*braune Sauce*“ für Wirges, Köln.

Auf diese Art und Weise erlangt man mit Backup der UNESCO direkte europäische Bestimmungsmacht über 70 Beitrittsstädte (Städtenetzwerk) und die Möglichkeit, im Rahmen der erklärten „Political Correctness“ direkt den politischen Gegner dort aktionsmäßig willfährig zu machen, da er ansonsten sich den Vorwurf des „*Rassisten und Nazis*“ gefallen lassen muß. Das entweder mal hier und da oder geballt als Aktion in allen deutschen und/oder europäischen Städten zugleich, was im Vergleich zu den linken aufstandsartigen Zuständen bei den Anti-Islamierungs-Köln-Kongressen und das damit verfügbare linke Umsturz-Gewaltpotentiale erkennen läßt, um letztlich möglicherweise zu einem generellen Staatsumsturz durch lähmenden Volksaufstand zu gelangen. Letztlich hatte Steffenhagen im September **2009 in Köln vor der Übermacht durch Verbot** der weiteren Durchführung des Kongresses vor der geballten Gewalt **kapituliert**. Das Potential für Hochverrat ist also damit gegeben.

Was passiert also, wenn mehr als 70 europäische Städte das Problem zur gleichen Zeit bekommen? Clever, clever, die Sozialisten- und Kommunistenstrategie, aber in Ausgangspunkt und Durchführung durchsichtig. Offenkundig nicht für den Staats- oder Verfassungsschutz, das NRW-Innenministerium oder die Kölner Staatsanwaltschaft, die alle auf dieses Problem bereits schriftlich kürzlich hingewiesen wurden.

XV. Es geht erkennbar um die Vorbereitung des Umsturzes auf Basis der UNESCO



Schablone Schriftzug auf der Kölner Ehrenstraße. Wer schon eine Schablone dafür nutzt, hat bekanntlich mehr vor.

Regelungen

Deshalb wohl auch die unberührte Haltung und Gleichrichtung der politischen wie laienkirchlichen Kölner Führungen, die, obwohl sie es bei einiger Bildung und Informationssuche selbst erkennen und wissen müßten „*uni Sono*“ ins gleiche Horn bezüglich der Rassistenbezeichnungen stoßen, sich bei als „*Nazis*“ verketzerte Mitmenschen mit „*brauner Soße*“, „*Toilettenspülung*“ usw. beschäftigen, üblen Nachreden die bewußt und gewollt ehrabschneidend sind und sein sollen, aber in Anzeigen von der Staatsanwaltschaft so analytisch nicht zur Kenntnis genommen werden wollen, ohne sich zunächst die richtigen Informationsmittel zur Bildung der eigenen Meinung zu beschaffen. Diese Faktum belegt neben Dummheit, daß man weitere Informationen gar nicht will, weil sie das Handeln einschränkend beeinflussen könnten. So handeln nur designierte „*Maulwürfe*“, die einen politischen Auftrag haben. In Österreich ließ man unter Hitlerzeiten Juden unter Gejohle der

erschienenen Sympathisantenmasse die Straßen schrubben, vielleicht kommt auch das zwecks Umerziehung, in der Radikal-Sozialisten und Kommunisten ja Fachleute sind, „vom Rassisten zum Anti-Rassisten“ demnächst wieder zur Geltung beim 3. Anti-Islamisierungskongress 2010.

Das entsprechende gute Exempel für die Beurteilung, wie man ideologisch in den politischen Alleinbestimmungssattel gelangt und Konkurrenten verbal wieder einmal „sozial abschießt“ wie unter Hitler und Honecker, bringt gerade der Anti-Islamisierung-Kongress Köln und seine Hinterlassenschaft in zahlreichen aufschlußreichen Videos. Mit der Kurzbezeichnung „Rassist oder Nazi“ wird diese Aufgabe kurz und bündig erklärt. Auffallend dabei die massive Mitwirkung der gesamten Linken als Tonangeber, die Mitläufer übernehmen im Rahmen des mitlaufens ungeprüft diese durch Schnellbezeichnungen vorgenommene Einstufung von damit praktisch als "Unfreien" qualifizierten Untermenschen (keine Meinungsfreiheit), die das Problem Rassismus nicht verstanden haben und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zurechtgestutzt werden müssen, Dinge, die für Deutschland irgendwie geschichtlich bekannt vorkommen. Die deutlichen Parallelen zur unsäglichen Deutschen Geschichte werden in neuen deutschen Menschen wieder deutlich.

Vergleicht man die Erklärung der UNESCO vom Jahre 1978 mit den Beschimpfungen der Linksbewegung, fällt dem unbefangenen Leser schnell auf, dass die beigetretenen Städten aus vorgenommener linkslastiger Koordination und Städte-Koalition mehr als ideologisch einseitig linkslastig ausfällt und man diese Institution zu eigenem linkem ideologischen Zweck in der Städtspolitik im Einzelnen und mittlerweile auch im Städteverbund der beigetretenen Städte ausnutzt.

Insoweit ist auch mittlerweile verständlich, warum bei allen Gegendemonstrationen, auf denen **DIE LINKEN** und die Antifa zugegen ist, die die Anti-Islamisierung betreffend, nur Kommunisten auftauchen und sehr selten Islamisten. Man betreibt ein eigenes ideologisches kommunistisches Geschäft unter dem **Rassistentenvorwand** zwecks politischer Ausschaltung des politischen deutschen Partei-Gegners und mißbraucht dazu das Islamisierungsproblem bewußt fehlinterpretiert. Gleichzeitig kooperiert man mit Radikal-Islamisten und macht für die die Schmutzarbeit vor Ort und bei den einzelnen Demonstrationen. Die Islamisten halten sich bewußt zurück, würden sie mitmischen, wacht die Massenbevölkerung auf und man bekommt keine der planmäßig vorgesehenen 7 Moscheen / Stadtbezirk mehr verwirklicht. Sind die gewünschten Moscheen erst errichtet, kann man über den nächsten Schritt, der von Islamisten bereits vielseitig vorgegeben wird, nachdenken. **Der Widerspruch: Obwohl Kommunisten wie Islamisten separat die Weltherrschaft anstreben, arbeitet man zusammen? Wie paßt das zusammen?** Samuel Huntington gibt zumindest eine von plausiblen Antwortmöglichkeiten.

Islamisten wollen auch die Welt, lehnen den Westen als Abendland aber komplett ab, nutzen aber alle seine technischen Vorteile zum Weltmachtkampf aus. Marx war Westler, also ein weiterer Ablehnungspunkt der islamischen Welt, die aber die Komintern für ihr Weltmachtbild braucht, weshalb man halbherzig kooperiert und vorlügt. Die Islamisten verfahren genau so, liegt doch die erlaubte Lüge innerhalb des Erlaubten zur Erringung des Zieles. Kohmeini war islamisch konsequent, nachdem die Kommunisten ihm in den Sattel halfen, ließ er sie hinrichten. Sozialismus und Islam sind sich auch

nicht fremd, wie die Baath Partei im Irak, Syrien usw. zeigt. Gadafi plegt einen islamischen Sozialismus, wohl gemerkt, nicht sozialistischen Islamismus! Ähnliches Beispiel: Palestina.). Sind die Sozialisten und Kommunisten also nach wie vor einfüchtig und lebensmüde, weil sie der Islam ebenfalls erledigen wird, sobald er kann?

Mancher fragte sich auch, was das Verhalten des Oberbürgermeisters Schramma in Köln, welches mehr als kooperativ mit dieser Fehlleitung des ursprünglichen guten UNESCO-Vorsatzes zu sein schien, bedeuten soll. Hier lässt sich im Rahmen des aufgebauten Kooperationschemas über Nürnberg nur feststellen: Der Städtekoalition beigetreten, kann der Oberbürgermeister selbst wenn er anders denkt nicht anders handeln als für die Städtekoalition vordefiniert, sonst wird er ebenfalls zum „Rassisten“ weil er gegen die Regelungen der Städtekoalition verstößt. So wird man in Köln zum „Türken-Fritz“.

Die Stadt Köln ist dem Städtebündnis 2008 endgültig beigetreten und hat die Statuten in Form eines Anti-Rechten diskriminatorischen, einen Teil der Urbevölkerung bekämpfenden 10-Punkte-Programms, das sich eindeutig in der Auslegung gegen die Idee der UNESCO-Erklärung und des von dieser geforderten neutral gehaltenen 10 Punkte-Aktions-Programms wegen falscher ideologischer Auslegung richtet, nun zu berücksichtigen, theoretisch die Regelung der UNESCO, faktisch fehlgerichtet die der kommunistischen Unterwanderung, die selbst bestimmt, wer „vor Ort „,Rassisten“ ist um ihn politisch nach DDR-Art zu bekämpfen und wer nicht. Die entsprechenden Unterlagen dazu sind erstellt und auch vom damaligen linksgeprägten Kölner Rat beschlossen. Multipliziert auf mehr als siebzig Städte



kann man sich selbst sehr schnell vorstellen, was das bedeutet.

Dieses Städtebündnis hat eine **außerparlamentarische Oppositionsmacht in Bezug auf die Rassistenidentifizierung und Anti-Rassismus-Betätigung** aufgebaut und bestimmt erkennbar, wie bei den Anti-Islamisierungs-Kongressen, als künftiger „*Revolutions-Pöbel*“ die Straße und den Oberbürgermeister nebst Verwaltung in deren Entscheidungen zu Rassismusedscheiden. Dies parallel

vorbei an und zu den Institutionen der Landesregierungen und der Bundesregierung, die auf diese lokalen Vorgänge, die sich später auch alle gleichzeitig bei siebzig Städten oder mehr schlagartig wie in Köln beim Kongreß aufstandartig durchführen lassen, wenn man das nur zur politischen Durchsetzung von Zielen will, initiiert und organisiert. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Auffallend die diesbezügliche stete Hintergrundtätigkeit von **DIE LINKE.**, in vorderster Linie Ulla Jelpke und Sara Wagenknecht, Links-außen-Vertreter der Mauerermördermentalität, wie sie im Buche steht.

Man sollte sich als Leser dieser Ausführungen bitte dringend jetzt oder anschließend die UNESCO-Erklärung über Rassen und Rassenvorurteile, insbesondere die dortigen Artikel der UNESCO näher betrachten. Man bemerkt dann sehr schnell, daß sie von der UNESCO noch ausgeglichen formuliert sind, in der Praxis aber ideologisch umgesteuert und auslegungsmäßig ideologisch mißbraucht und verformt in falsche Hände fiel, Ideologen, die

eigennützig die UNESCO-Regelungen völlig verfremdet und selbst diskriminatorisch als mentale Waffe anders Denkenden gegenüber zur Erreichung des eigenen politischen Ziels auslegend mißbrauchen und dazu notfalls, soweit die Polizei, die teilweise zu diesem Punkt ebenfalls bereits meinungsmäßig unterwandert zu sein scheint und natürlich auch die UNESCO Regelungen zu beachten hat, sie wirken läßt (*befehlsmäßig? Warum fällt dabei der Name Steffenhagen, PolPräs. Köln sofort in den Sinn?*), ihr Ideologieziel mit Gewalt unter dem Dach der UNESCO in Europa gegen die europäische Urbevölkerung und deren Kultur als angebliche Nazi-Bekämpfer durchsetzen. Sind die oberen UNESCO-Stellen darüber informiert? Warum handeln sie nicht korrektiv? **Die UNESCO wirkt damit selbst rassistisch und kulturverachtend gegenüber der Urbevölkerung der einzelnen europäischen Länder, d.h. bestehender, aber immigrierter Kulturen wie der unsrigen.**

Wer ist das in Nürnberg? Verantwortlich für die Durchsetzung der UNESCO Resolution?

<http://www.bnr.de/projekte/internationale-staedtekoalition-gegen-rassismus>

Schnell findet man aus dem ausschließlich linken Spektrum kommende aus



Köln bereits bekannte Desinformanten wieder, wie Niedecken von BAP oder endlich Schrammas Fundstelle für Nazidreck!

Das Impressum offenbart bereits, wer mit „drin hängt“ in diesem üblen Spiel nach dem Motto: die SPD

Zitate aus der Homepage von „Blick nach Rechts“

„Impressum: Schirmherrschaft **Ute Vogt** (Mitglied des SPD-Präsidiums und Schirmherrin des



Vereins MEHRSi, und von Blick nach Rechts, Vizepräsidentin der DLRG, Ehrenpräsidentin der THW-Jugend Baden-Württemberg). Daneben ist sie Mitglied im Auto Club Europa, ADFC, AK Asyl Stuttgart, Bergwacht Schwarzwald, BiWu - Beschäftigungsinitiative Wiesloch und Umgebung e.V., EuroSolar, Europa-Union Deutschland e.V. (Landesverband BW - EUD BW), Fördermitglied im BUND, Förderkreis Kulturhaus Osterfeld, Gegen Vergessen - Für Demokratie, Gewerkschaft ver.di, Kinderzentrum Maulbronn, Kuratorium der Fachhochschule für Wirtschaft und Gestaltung Pforzheim,



Lilith e.V., Männergesangsverein Arlinger, Mieterverein Stuttgart, Naturfreunde, SGK Baden-Württemberg und weiteren örtlichen Vereinen.)

Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V. , Helmut Lölhöffel

Redaktion sich mit :Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Fon: (030) 255 94 174

Fax: (030) 255 94 192

E-Mail: nandlinger@bnr.de

über uns

Sie haben den Informationsdienst „blick nach rechts“ angeklickt. Wir freuen uns, dass Sie zu uns gefunden haben.



Der bewährte „blick nach rechts“ reiht sich ein in zahlreiche Publikationen, die ebenfalls über das rechtsextreme Spektrum berichten und den Rechtsextremismus aktiv bekämpfen. Wenn Sie über das frei abrufbare Material hinaus mehr wissen wollen, abonnieren Sie uns online für nicht einmal 10 Euro im Jahr. Dann gehören auch Sie zu denen, die auf einem Gebiet bestinformat sind, das die meisten Medien nicht ausführlich genug beachten.

Wir füllen die Lücke. Füllen Sie die Abo-Bestellung aus. Mit besten Grüßen



Herausgeber, Redaktion und Verlag

Helmut Löhöffel

Gabriele Nandlinger

Guido Schmitz

Die **Internationale Städtekoalition gegen Rassismus** wurde 2004 von den **Vereinten Nationen** ins Leben gerufen. Derzeit beteiligen sich 42 europäische Städte wie Barcelona, London, Lyon, Nürnberg, Paris, Stockholm und Berlin an der Koalition. Herzstück des Projekts ist ein Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus mit konkreten Handlungsanweisungen. Dieser sieht beispielsweise die Evaluation kommunalpolitischer Initiativen gegen Rassismus vor.

Kontakt:

Sekretariat der Internationalen Städtekoalition gegen Rassismus, Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt – Menschenrechtsbüro, Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg

Fax: + 49 911 231 30 40 E-Mail: menschenrechte@stadt.nuernberg.de

Verlag: **Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft** mbH

Geschäftsführer Guido Schmitz

Eingetragene Gesellschaft Berliner vorwärts Verlag mbH

Amtsgericht Berlin

HRB 62522, Postfach 610 322, 10925 Berlin

Fon: (030) 255 94 100

Fax: (030) 255 94 192

„Die Inhalte der Internetseite des blick nach rechts dienen der Information der Öffentlichkeit. **Auf die Richtigkeit und Aktualität der veröffentlichten Inhalte wird sorgfältig geachtet.** Ungeachtet der ständigen Pflege der Seiten sind folgende Einschränkungen geboten:“